



universität
wien

Institut für Politikwissenschaft

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Watchdog“-Staatssekretäre und beschattende Ministerienverteilung als Garanten einer langen (Koalitions-)Regierungsdauer?

Eine empirische Analyse von 25 europäischen Demokratien (1944-2018)

verfasst von / submitted by

Christoph Steinkellner, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfillment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2021 / Vienna 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Claudius Müller

Inhaltsverzeichnis

Diagrammverzeichnis.....	3
Tabellenverzeichnis.....	3
1 Einleitung	4
2 Forschungsstand und Literaturübersicht.....	10
2.1 Grundlegende Definitionen	10
2.2 Regierungsdauer	12
2.3 „Watchdog“-Staatssekretäre	18
2.4 Beschattende Ministerienverteilung.....	21
3 Forschungsfrage und Hypothesen.....	26
4 Forschungsdesign	31
4.1 Das Modell.....	31
4.2 Die Methode	38
4.3 Der Datensatz.....	42
5 Empirische Analyse.....	45
5.1 Deskriptive Analyse	45
5.2 Regressionsanalyse.....	53
5.3 Zusammenfassende Ergebnisse dieses Kapitels	66
6 Fazit und Ausblick	69
7 Literaturverzeichnis	72
Anhang I: Inkludierte Koalitionsregierungen	84
Anhang II: Datenquellen	85
Anhang III: Zusammenfassung der erklärenden Variablen	87
Anhang IV: Abstract (deutsch).....	88
Anhang V: Abstract (englisch)	89
Anhang VI: Danksagung.....	90

Diagrammverzeichnis

Diagramm 1: Durchschnittliche Tage im Amt pro Staat.....	46
Diagramm 2: Durchschnittliche relative Dauer im Amt pro Staat.....	47
Diagramm 3: Kernel Density Estimate zu allen Koalitionsregierungen.....	48
Diagramm 4: Nelson-Aalen Cumulative Hazard Estimate zu allen Koalitionsregierungen.....	49
Diagramm 5: Kaplan-Meier Survival Estimate zu Koalitionsregierungsformen.....	50
Diagramm 6: Kaplan-Meier Survival Estimates zu Anteil Watchdogs.....	51
Diagramm 7: Kaplan-Meier Survival Estimates zu Anteil beschatteter Ministerienpaare.....	52
Diagramm 8: Predicted Cox-Snell Residuals vs. Observed Nelson-Aalen Values	62

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: "Cox Proportional Hazards"-Modelle zur (Koalitions-)Regierungsdauer	60
Tabelle 2: Minderheitsregierungen vs. Mehrheitsregierungen.....	64
Tabelle 3: Vorgezogene Neuwahlen vs. Fliegende Regierungswechsel	66

Anmerkung: Aufgrund des an sich geschlechtsneutralen Themas und zur besseren Lesbarkeit wird in der vorliegenden Arbeit auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen, sofern vorhanden, verzichtet. Die gewählte männliche Form bezieht sich immer zugleich auf Männer und Frauen.

1 Einleitung

Wie lange ist eine Regierung im Amt? Diese Fragestellung stand als Teilgebiet des „Lebenszyklus von Regierungen“ bereits im Mittelpunkt einiger Forschungsarbeiten (vgl. dazu: Laver/Schofield 1990/1998; Strøm et al. 2008; Jäckle 2009; Müller et al. 2019).

Grundsätzlich spielen neben Konzepten, Annahmen und Theorien zur

1. allgemeinen Regierungs-, Parteien- und Akteurslehre (vgl. Laver/Schofield 1990/1998: 1-61),

2. Regierungsbildung (vgl. Müller 2004; Martin/Stevenson 2001; Tavits 2008; Döring/Hellström 2013) und

Dauer der Regierungsbildung (vgl. De Winter/Dumont 2008; Diermeier/Van Roozendaal 1998; Martin/Vanberg 2003; Ecker/Meyer 2017),

3. quantitativen (vgl. Laver/Schofield 1990/1998: 164-181; Warwick/Druckman 2006; Carroll/Cox 2007; Bäck et al. 2009) und

qualitativen Allokation politischer Ämter (vgl. Laver/Schofield 1990/1998: S. 181-194; Browne/Feste 1975; Budge/Keman 1990; Dumont 1998; Druckman/Warwick 2005; Bäck et al. 2011; Ecker et al. 2015) und

4. (strategischen) Regierungsbeendigung (vgl. Lupia/Strøm 1995; Strøm/Swindle 2002)

vor allem folgende Parameter eine wichtige Rolle in der vergleichenden (Koalitions-)Regierungslehre:

5. Regierungsdauer (Regierungsbeständigkeit/-stabilität) (vgl. Laver/Schofield 1990/1998: 144-163; Jäckle 2009; Krauss 2018) sowie

6. „Ex-ante“- (vgl. Müller/Strøm 2008; Spence 1974; Strøm/Müller 1999; Strøm et al. 2010; Moury 2011; Indridason/Kristinsson 2013; Schermann/Ennsner-Jedenastik 2014; Bowler et al. 2016; Krauss/Klüver 2016) und

„Ex-post (Ad-hoc)“-Kontrollmechanismen (gemeinsamen Regierens) (vgl. Müller/Meyer 2010a/2010b; Thies 2001; Kim/Loewenberg 2005; Martin 2004; Martin/Vanberg 2004/2005/2011; Andeweg/Timmermans 2008; Verzichelli 2008; Lipsmeyer/Pierce 2011; Carroll/Cox 2012; Fernandes et al. 2016)

Ausgangspunkt für viele Studien ist dabei, dass in weiten Teilen Europas Regierungen fast nie die volle Länge der vorgesehenen Dauer durchhalten. In den meisten Staaten gibt es eine gesetzlich vorgeschriebene Legislaturperiode (des Parlaments) von vier oder fünf Jahren. Die daraus resultierenden Regierungen sollten ähnlich lange im Amt sein. Vorzeitige Regierungsaufösungen sind aber eher die Regel als die Ausnahme.

Dass keine Regierung auf ewig halten kann ist unstrittig. Interessant ist daher vielmehr, aus welchen Gründen eine Regierung abtritt und wie lange es dauert, bis dies geschieht. Für Lijphart (1984) spielt die Dauerhaftigkeit einer Regierung zweifellos auch für die politische Stabilität eine große Rolle. Gegenbeispiele, wie die 4. Französische Republik (1946-1958) oder die „Pentapartito“-Ära in Italien (1980-1992), zeigen aber auch, dass häufige Regierungswechsel nicht unbedingt ein Maßstab dafür sind, dass, solange ein stabiler Kern an politischen Entscheidungsträgern bestehen bleibt, ein politisches System grundlegend an Stabilität einbüßen muss (vgl. Siegfried 1956: 399 f.; Dogan 1989: 239). Auch für Von Beyme (1971: 69) ist die personelle Kontinuität innerhalb verschiedener Regierungen für die politische Stabilität maßgebender als die bloße Regierungsdauer an sich.

Der Begriff „Stabilität“ in Bezug auf lange Regierungsdauern ist deshalb mit Vorsicht zu genießen. Die Bezeichnungen „Beständigkeit“ oder „Dauerhaftigkeit“ eignen sich, laut Jäckle (2009: 8), dafür eher, da diese die zeitliche Komponente besser in den Vordergrund rücken und keine vermeintliche Stabilität unterstellen.

Zieht man weitere Studien heran, sind Rückschlüsse auf die Stabilität über die Regierungsdauer in Teilen aber durchaus legitim. So zeigen beispielsweise Harmel und Robertson (1986), dass häufige Regierungswechsel in der Bevölkerung starken Unmut auslösen können, welche sich in weiterer Folge negativ auf das politische System und dessen Stabilität auszuwirken vermögen. Die Regierungsdauer stellt für sie, neben der Betrachtung personeller Kontinuität und „Policy-Outcomes“, demnach einen der relevantesten erklärenden Faktoren zur Kennzeichnung von Stabilität dar.

Die Koalitionsforschung nimmt in der Regierungsliteratur den Mammutanteil wissenschaftlicher Arbeiten ein, denn Koalitionen sind es auch, die überwiegend gebildet werden (müssen), um eine parlamentarische Mehrheit hinter sich zu vereinen. Diese parlamentarische Mehrheit soll in erster Linie sicherstellen, dass neue Gesetze ohne große Umwege beschlossen werden können und Regierungen, vor allem in Demokratien mit negativem Parlamentarismus, nicht ständig um ihre Abwahl bangen müssen. Koalitionsregierungen stellen, laut der weltweiten Demokratieanalyse der Nachkriegszeit nach Cheibub et al. (2004), zirka drei Viertel in parlamentarischen und etwas mehr als die Hälfte in präsidentiellen Systemen dar und repräsentieren somit den größten Teil der verschiedenen Regierungsformen. Minderheitsregierungen sind rechtlich in den allermeisten Fällen zwar auch möglich, doch müssen für neue Gesetze erfahrungsgemäß immer wieder neue Mehrheiten gesucht werden. Sie gelten daher als weniger „stabil“. Alleinregierungen mit absoluter Mehrheit einer Partei sind auf der anderen Seite zwar nicht auf weitere Partner angewiesen, kommen jedoch, besonders im heutigen, immer größer werdenden Parteienspektrum selten zustande und eignen sich daher für eigene große N-Analysen nicht.

Koalitionen sind zwar der häufigste Regierungstyp, der gebildet wird, sie sind aber keineswegs vor frühzeitigem Regierungszusammenbruch gefeit. Ein vorzeitiges Regierungsende ist in dieser Regierungsform ebenso allgegenwärtig.

„[...] while the parties that make up a coalition may have more or less compatible policy preferences, it is hardly ever the case that all of their policy preferences can be realized simultaneously” (Müller/Strøm 2008: 166).

Dieser potentielle Konflikt stellt eine Koalitionsregierung bei jedweden ökonomischen, sozialen, politischen oder anderen exogenen „Schocks“ stets auf die Probe und rüttelt dabei immer wieder erneut an ihrer Stabilität (vgl. Lupia/Strøm 1995; Laver/Shepsle 1998). Politische Stabilität ist, laut Ecker et al. (forthcoming a: 2), aber eine *conditio sine qua non*, um viele Vorhaben umsetzen zu können. Ständige Regierungszersplitterungen stören die Delegationsvorgänge und Verantwortlichkeiten im Verwaltungsapparat (vgl. Strøm et al. 2006), minimieren die Chance Wahlversprechen umzusetzen (vgl. Thomson et al. 2017) und haben einen schädlichen makroökonomischen Einfluss auf wirtschaftliches Wachstum, Investitionen aus dem Ausland und die Inflation (vgl. Alesina et al. 1996).

Um die mit Regierungsämtern verbundenen Vorteile (Ämtervergabe, Agenda-Setting etc.) beizubehalten, müssen die Koalitionspartner versuchen, sich bestmöglich gegen solche Schocks zu rüsten und über Mittel nachdenken, die ihre „Festung“ verstärken. Formale Verfassungen nehmen sich solchen Themen der Regierungsarchitektur normalerweise nicht an. Soweit sie Governance-Mechanismen kodifizieren, handelt es sich hierbei eher um Instrumente für den Notfall (z. B. ein Vertrauensvotum). Diese Mittel sind zwar hilfreich in Krisensituationen, können jedoch kaum routinemäßige Governance-Instrumente sein. Koalitionsparteien ist daher zu raten, je nach aktuellem politischem Umfeld, eigene Lösungen für ihr Kabinett zu adaptieren (vgl. Ecker et al. forthcoming b: 1).

Eine dieser Lösungen ist das Installieren von Kontrollmechanismen. Die Literatur bestätigt, dass diese Mechanismen tatsächlich sehr häufig genutzte Instrumentarien sind „to keep tabs on each other’s ministers“ (Thies 2001: 580). Grob lassen sich diese Apparate in zwei Kategorien einteilen. Zum einen in „Ex-ante“-Kontrollmechanismen, zu welchen vor allem Screenings und Koalitionsabkommen zählen, und zum anderen in „Ex-post“-Kontrollmechanismen, unter die parteifremde Staatssekretäre, überlappende Kompetenzverteilungen in Form von spiegelseitiger Ministerienvergabe, Koalitionsmeetings und die Nutzung parlamentarischer Kontrollrechte (z. B. Ausschuss, Misstrauensvotum, Fragerecht etc.) subsumiert werden können. Die beiden letztgenannten Begriffe können auch als Ad-hoc-Kontrollmechanismen betitelt werden, fallen aber, der obengenannten Abgrenzung nach, der Kategorie „ex post“ zu. „Ex-post“-Instrumentarien kommen, ihrem Namen nach, erst bei Konflikten während der Legislaturperiode zum Einsatz, also frühestens zu Koalitionsbeginn, wohingegen bei „Ex-ante“-Kontrollmechanismen versucht wird, Probleme oder Unstimmigkeiten schon vor Koalitionsbeginn auszumerzen (vgl. Ecker et al. forthcoming a: 2 f; Ecker et al. forthcoming b: 1).

Während es schon eine Vielzahl an Studien gibt, die entweder Kontrollmechanismen oder Regierungsbeständigkeit unter die Lupe nehmen, ist der Anteil an übergreifenden Arbeiten überschaubar. Timmermans/Moury (2006) und Saalfeld (2008) boten erste Annäherungen, eine umfassende Erklärung der Einflussnahme von Kontrollmechanismen auf die Regierungsdauer lieferten beide Untersuchungen aber nicht.

Timmermans' und Mourys (2006) Ziel ihrer Arbeit waren die Unterschiede von (zwei) Staaten (Belgien und Niederlande), die sich in Bezug auf ihre erhöhte Volatilität bei Wahlen und der Stabilität von Regierungen ähneln, im Hinblick zur Bewältigung von Regierungskrisen, zu untersuchen. Saalfeld (2008) testete Vorhersagen über die Kovariation zwischen den Ressourcen der relevanten Akteure, ihre politischen Präferenzen, den institutionellen Zwängen, denen sie ausgesetzt sind, und den Risiken, die durch zufällige Ereignisse einerseits und die Beständigkeit des Kabinetts andererseits entstehen. Der Fokus dieser beiden Artikel lag also auf der Ergründung institutioneller Strukturen und dem Management von Krisen und weniger auf dem Einfluss dieser Faktoren auf die Regierungsdauer.

Dieser Frage widmete sich in einer umfassenderen Art und Weise bislang nur Krauss (2018) in ihrer Analyse über den Einfluss von Koalitionsabkommen auf die Regierungsdauer. Sie erklärt darin, warum nicht nur die Existenz, sondern auch die Länge von Koalitionsverträgen, die Dauer von Regierungen verlängert. Krauss zeigt in ihrer Studie „lediglich“ den Einfluss von Koalitionsabkommen auf die Regierungsdauer. Diese Abkommen sind dem Bereich der „Ex-ante-Kontrolle“ zuzuordnen, also einem Kontrollmechanismus, der noch vor dem ersten gemeinsamen Amtstag begründet wird. Die „Ex-post-Kontrolle“ wird in dieser Studie hingegen nicht abgedeckt, wenngleich in der Conclusio ein Anreiz für spätere Forschung, auch diesen Bereich zu untersuchen, gegeben wird.

Diesem Auftrag scheinen sich bereits Ecker et al. (forthcoming a) anzunehmen. Daten zu Koalitionsabkommen werden hierin um Angaben zu Arenen für Ad-hoc-Entscheidungen und der Stärke von Parlamentsausschüssen ergänzt und in den weiteren Variablenpool mit aufgenommen. Auch sie kommen zu positiv korrelierenden Ergebnissen.

Diese Beispiele zeigen, dass Kontrollmechanismen nicht nur dazu verwendet werden können, um deskriptiv darzustellen, wie bzw. in welchem Umfang sich Koalitionspartner gegenseitig kontrollieren, sondern auch welche Auswirkungen die Installation solcher Mechanismen auf die Regierungsdauer haben kann.

In folgender Arbeit soll der empirisch denkbare Kreis zur „Ex-post“-Kontrolle geschlossen werden und auch der Einfluss von „Watchdog“-Staatssekretären, also Staatssekretäre, die nicht derselben Partei des („Senior“-)Ministers angehören, und einer beschattenden Ministerienverteilung (der drei europaweit prestigeträchtigsten,

kompetenzüberlappenden Ministerienpaare, vgl. Druckman/Warwick 2005: 37-41; Fernandes et al. 2016) durchleuchtet werden. Während „watchdogs“ oft zumindest als Co-Variable in anderen Studien zur Regierungsdauer vorkommen, mangelt es an Variablen zur Ministerienaufteilung gänzlich.

Ich erwarte, dass auch hier Präsenz und Umfang von Überwachungsapparaten einen positiven Effekt auf die Regierungsdauer haben werden. Dies entspricht ferner der Erwartungshaltung von De Swaan (1973), der argumentiert, dass Parteien den Anreiz haben, Regierungen zu wählen, von denen sie glauben, dass sie am längsten halten. Kontrollinstrumente gemeinsamen Regierens sollten, meiner Annahme nach, diesem Begehren von Parteien als einheitliche politische Akteure dienlich sein. Wenngleich Diermeier et al. (2003) vereinzelt zu anderen Ergebnissen kommen, indem sie vorher sagen, dass Parteien in manchen Fällen kürzere Regierungsperioden bevorzugen, wird meine Untersuchung unabhängig davon zeigen, welchen Einfluss die genannten Überwachungsinstrumente hierbei haben.

Nach einem Literaturüberblick zu Regierungsdauer, Staatssekretären und Ministerienverteilungen im Theorieteil folgen in einem weiteren Schritt Erläuterungen zur Forschungsfrage, den Hypothesen und dem Forschungsdesign. Die Erwartungen werden mittels eines kombinierten Datensatzes aus West- und Osteuropa zu 398 Koalitionsregierungen in 25 parlamentarischen Demokratien getestet. Nach deskriptiven Schätzungen zur Überlebenszeit der inkludierten Koalitionsregierungen folgen weitergehende Analyseschritte mittels „Cox Proportional Hazards“-Regressionsmodellen zum gesamten Sample, aber auch zu zwei Subsets der verfügbaren Daten.

Die Ergebnisse zeigen, dass eine mäßige Präsenz dieser Kontrollmechanismen durchaus einen positiven Einfluss auf die (Koalitions-)Regierungsdauer hat, eine übermäßige Installierung solcher Instrumentarien aber schnell zum gegenteiligen Effekt führt. Künftige Arbeiten sind dazu angehalten, zusätzliche Rechenschritte zu setzen, um das Sample für einschlägigere Analysen auszudehnen. Darüber hinaus sind weitere Ansätze im Modell- wie auch im Methodenbereich zur Beantwortung gleichgelagerter Forschungsfragen denkbar.

2 Forschungsstand und Literaturübersicht

Dieses Kapitel präsentiert die theoretischen Grundlagen, auf denen diese Arbeit aufgebaut ist. Zunächst werden grundlegende Definitionen zur zeitlichen Bestimmung von Regierungen dargeboten. Anschließend wird die Entwicklung der Forschung auf dem Gebiet der Regierungsdauer bzw. Regierungsbeständigkeit skizziert. Danach steht der Kontrollmechanismus der Staatssekretäre, insbesondere der parteifremder Staatssekretäre („Watchdog“-Staatssekretäre), im Vordergrund. Schließlich gibt die Arbeit noch Einblick in die Literatur zur strategischen Vergabe von Ministerportfolios der, europaweit gesehen, mit Ausnahme des Premierministeramts, sechs prestigeträchtigsten Ministerien.

2.1 Grundlegende Definitionen

Bevor wir zu einem weitergehenden Einblick in die wissenschaftliche Regierungsliteratur gelangen können, ist es elementar, über die substanzielle Definition von „Regierung“ Bescheid zu wissen. Für eine seriöse, forschungsgemäße Analyse muss die Dauer von Regierungen tagesgenau bestimmt werden. Dazu ist notwendig, sich zunächst vor Augen zu führen, welche Vorkommnisse vom Start bzw. Ende einer Regierung sprechen lassen. Die wissenschaftliche Literatur entwickelte bislang eine Vielzahl an Konzepten zur theoretischen Herangehensweise zur Bestimmung von Anzahl und Dauer von Regierungen, was den Ergebnisvergleich dieser Studien erschwert (vgl. Jäckle 2009: 8).

Das einzige Kriterium, das bislang durchgehend in allen namhaften Studien Verwendung fand, ist die Veränderung der parteipolitischen Zusammensetzung des Kabinetts (vgl. z. B. Taylor/Herman 1971; Dodd 1984; King et al. 1990; Warwick 1994). Hierfür muss sich, nach Blondel (1968: 190), die Zusammensetzung der „unterstützenden Parteien“ ändern. Die neuere Literatur verständigte sich aus praktikablen Gründen darauf, dass als Kabinettsparteien nur solche gezählt werden sollen, die mindestens einen Minister im Regierungskabinetts stellen und jene weggelassen werden sollen, die, meist ohnehin temporär, lediglich eine Unterstützungspolitik aus dem Parlament heraus praktizieren.

Als zweites relevantes Merkmal zur Definition eines Regierungswechsels lässt sich der politischen Debatte der Wechsel des Premierministers entnehmen. Laut Laver/Shepsle (1994: 304 f) stellt der Premierminister häufig mehr als bloß einen „primus inter pares“ dar und bestimmt, dieser Ansicht nach, die Regierungspolitik mehr als jeder andere Minister. Es kann dabei zwischen von Staatsoberhaupt akzeptieren (formellen) und anderen (informellen) Wechseln unterschieden werden. Ebenso ist eine Unterteilung in politische und unpolitische Gründe gängig. Oftmals sind diese Rücktrittsarten aber nicht klar auszumachen. Für Jäckle (2009: 9) ist es daher sinnvoll, alle dabei entstehenden Veränderungen im Premiersamt als Regierungsende zu werten. Als drittes Kennzeichen für den Ausgangspunkt einer neuen Regierungsperiode sind Wahlen zu nennen. Demnach wird ein Kabinett nach einer Wahl auch dann als neue Regierung gewertet, wenn die Parteikomposition unverändert bleibt. Was auf den ersten Blick vielleicht etwas abwegig erscheinen mag, hat bei genauerer Betrachtung aber durchaus seine Berechtigung. Die Stimmanteile innerhalb der Legislative werden durch praktisch jede Parlamentswahl neu zusammengesetzt. Dadurch ergeben sich für die Parteien zwar nicht immer zwingend neue Regierungsalternativen, in jedem Fall ändert sich aber das „issue environment“ (Browne et al. 1984b: 6). Dabei ist es irrelevant, ob es sich um reguläre oder vorgezogene Wahlen handelt. Würde man Wahlen nicht als regierungsterminierendes Ereignis werten, könnten „bizarre“ (Sanders/Herman 1977: 350) Fälle eintreten, in denen die Regierungsdauer die gesetzliche Legislaturperiode des Parlaments deutlich übersteigt. Dem generellen Kennzeichen parlamentarischer Systeme, dass die Exekutive von der Legislative abhängig ist, würde demzufolge in keiner Weise mehr Rechnung getragen werden (vgl. Jäckle 2010: 43).

Im diesem kombinierten Datensatz der Arbeiten von Müller/Strøm (2000a), Bergman et al. (2019) und Döring/Manow (2020) wird all diesen Parametern Rechnung getragen. Ebenso werden Übergangszeiten, in denen eine alte Regierung eigentlich bereits beendet ist, aber noch solange die Amtsgeschäfte fortführt bis die neue Regierung angelobt ist, nicht mitgerechnet. Solche Übergangsperioden können je nach Regierungsbildungskomplexität wenige Tage bis mehrere Monate dauern. Dafür, diese Zeiträume mitzuzählen, spricht, dass es auch in der Realität nie eine offizielle regierungslose Zeit gibt und bisherige Datensätze ebenfalls immer nur einen einzigen Zeitpunkt für das Ende der alten und den Beginn der neuen Regierung verwendeten. Dagegen spricht, dass Regierungen in solchen Zeiten traditionellerweise keine großen

Gesetzesvorhaben mehr umsetzen (können) und nurmehr die Alltagsgeschäfte fortführen. In manchen Fällen fehlt einer Regierung ab dem Zeitpunkt einer neuen konstituierenden Sitzung des Parlaments auch eine legislative Mehrheit (vgl. Jäckle 2010: 45). In der amerikanischen Politikwissenschaftsszene wird der Regierungschef bzw. die gesamte Regierung während dieser Periode häufig als „lame duck“ (Filzmaier/Plaszer 1997: 101) betitelt.

Der verwendete Datensatz beinhaltet also immer die restriktivste Regierungsdauer. Dezierte Übergangregierungen werden in der empirischen Analyse ebenfalls keine Rolle spielen. Zum einen wegen dem vorher genannten Grund der geringe(re)n politischen Bedeutung, zum anderen deshalb, weil die zur Analyse stehenden Kontrollmechanismen gemeinsamen Regierens ihren Wert nur in Regierungen mit zwei oder mehr Parteien entfalten können. Übergangregierungen bestehen häufig aus unabhängigen (parteilosen) Experten ihrer jeweiligen Fachgebiete. Unbestimmt wäre hier schon die Frage, ob solche Kontrollinstrumente als beschattend eingestuft werden sollen, da nicht seriös gesagt werden kann, ob eine solche Regierung als eine einheitliche „Partei“, als jeder Minister für sich stehend oder gar als Mischform der beiden gezählt werden kann (vgl. McDonnell/Valbruzzi 2014).

Solche „Caretaker“-Regierungen werden daher in dieser Studie nicht behandelt. Welche (Koalitions-)Regierungsarten aber unzweifelhaft ihren Platz im empirischen Teil finden und einer differenzierten Begutachtung unterzogen werden sind: Minderheitskoalitionen („minority coalitions“), minimale Gewinnkoalitionen („minimal winning coalitions“) und übergroße Koalitionen („surplus coalitions“).

2.2 Regierungsdauer

Forschungsarbeiten zur Dauer von Regierungen reichen bereits bis in die 1960er Jahre zurück (vgl. z. B. Blondel 1968). Wissenschaftler stellten sich die Frage, ob hinter der Tatsache, dass manche Regierungen früher als andere aus dem Amt scheiden, kausale Mechanismen stecken. Schließlich könnte dies auch völlig zufällig, ohne einen zugrunde liegenden Prozess, geschehen. Um diesem Rätsel auf die Spur zu kommen, begannen Forscher, Merkmale politischer Systeme zu identifizieren, welche die Wahrscheinlichkeit vorzeitiger Regierungsbeendigungen erhöhen oder verringern könnten (vgl. Warwick 1994: S. 1-7).

Ein Ansatz, der sich aus ersten tiefergehenden Arbeiten entnehmen lässt, wird unter dem Begriff „Deterministischer Attribute-Ansatz“ (vgl. Warwick 1979; Strøm 1985) zusammengefasst. Dieser gliedert sich wiederum in drei Unterkategorien, nämlich „institutionelle Bestimmungen des Rechtssystems“, „Faktoren des Parteiensystems“ und „Attribute der Regierung“.

Institutionelle Faktoren, die Einfluss auf die Regierungsbeständigkeit haben könnten, sind beispielsweise Sperrklauseln, da sie die Anzahl an Parteien im Parlament verringern und somit die Komplexität von Regierungsverhandlungen erhöhen können. Des Weiteren kann es je nach Wahlsystem zu unterschiedlichen Einflüssen auf die Regierungsdauer kommen. Tendenziell sollte es in Mehrheitswahlsystemen zu weniger komplexen Verhandlungssituationen kommen als in Verhältniswahlsystemen. Dadurch könnten beständigere Regierungen hervortreten. Als weiterer Einflussfaktor wird oft noch die Investiturabstimmung genannt. Beim sogenannten positiven Parlamentarismus kann eine solche Abstimmung eine Regierung bereits früh zu Fall bringen, sichert ihr aber dafür bei zusagendem Ergebnis Rückendeckung für die kommende Legislaturperiode. Beim negativen Parlamentarismus kommt eine Regierung ohne die dezidierte Legitimation des Parlaments an die Macht. Dieses hat aber die Möglichkeit, die Regierung abzuwählen, sobald bestimmte Voraussetzungen und Mehrheiten gegeben sind. Eine Regierung kommt hier also zwar leichter an die Macht, muss aber ständig darauf bedacht sein, eine Mehrheit im Parlament hinter sich zu haben. Dies fällt Minderheitsregierungen naturgemäß schwerer. Ebenfalls kann die Macht bzw. der Kompetenzbereich des Staatsoberhauptes einen starken Einfluss auf die Regierungsdauer haben (vgl. Laver/Schofield 1990/1998: 147-158).

Unter den Parteiensystem-Faktoren lassen sich vor allem folgende Parameter subsumieren. Erstens kann die Komplexität der Regierungsverhandlungen die folgende Regierungsperiode in negativer Art und Weise beeinflussen. Die Anzahl der Parteien bzw. die Fragmentierung des Parteiensystems spielen hierbei eine wesentliche Rolle. Ideologische Differenzen können als zweiter Faktor genannt werden. Zum einen kann es der Anteil an Anti-System-Parteien sein, der die Beständigkeit von Regierungen negativ beeinträchtigt, sei es in der Regierung selbst oder auch in der Opposition. Zum anderen kann allgemein die ideologische Polarisierung eines Parteiensystems Konsequenzen auf die Länge von Regierungsperioden haben. Diese Konsequenzen können nicht nur negativer, sondern auch positiver Natur sein, da ein breit gefächertes Parteiensystem, besonders in Demokratien, einen stabilisierenden Charakter haben kann.

Als weiterer Punkt wird oft noch die Bedeutung von Wahlen für die Regierungsbildung angeführt. Dabei spielen Wissenschaftler auf die Größenordnung, die Wahlen für Regierungsbeteiligungen haben können, an. Konkret gefragt: Führen Wahlsiege von Parteien regelmäßig auch zu Regierungsbeteiligungen (vgl. ebd.)?

Als dritter und letzter Faktor darf jener der Regierungsattribute genannt werden. Darunter fällt vor allem die Hypothese, dass ein Mehrheitsstatus Regierungen stabiler machen soll. Empirisch konnte dies in einigen Studien, speziell für minimale Gewinnkoalitionen und Einparteien-Mehrheitsregierungen, belegt werden. Ein zweiter, zu nennender Faktor in diesem Bereich ist jener der ideologischen Reichweite. Regierungen tendieren länger zu halten, wenn die Polarisierung innerhalb des Kabinetts, aber auch der Legislative, kleiner ist (vgl. ebd.).

Browne, Frensdreis und Gleiber (1984a, 1986) kritisierten den Attribute-Ansatz stark. Sie wiesen darauf hin, dass sich dieser Ansatz nur auf Faktoren bezieht, die bereits am Tag der Regierungsbildung feststehen und somit der Anschein erweckt werde, dass nur diese Faktoren erklären können, wie lange eine Regierung halten wird. Zudem weise er auch eine nicht allzu hohe Erklärungskraft auf. Der „Ereignis-Ansatz“ bzw. „Event-Ansatz“ wurde ins Leben gerufen.

“[...] the existing methodology has, perhaps, reached an upper level of predictability. A continued search for new or reconceptualized determinants is likely to yield little gain in reducing unexplained variance, since that variance that remains to be explained may in fact not be explicable with new measures of actor and setting attributes. We believe that contributing significantly to this variance in cabinet duration is the occurrence of critical events in the life of a government, the timing and intensity of which are unpredictable by political actors (and analysts)” (Browne et al. 1986.: 634).

Die Autoren argumentierten, dass Regierungen zu jedem Zeitpunkt ihrer Lebenszeit Ereignissen („events“) ausgesetzt sind. Die Anzahl und Intensität dieser Ereignisse sollten ihre Lebensdauer beeinflussen. Beispiele hierfür sind Korruptionsskandale, sinkende Umfragewerte, steigende Arbeitslosigkeit oder Verluste bei anderen Wahlen (wie z. B. EU-Wahlen oder Regionalwahlen). Durch Modellierung der Überlebensdauer (in Tagen) als Poisson-Verteilung, sollte mittels einer Formel über die Wahrscheinlichkeit des Scheiterns einer Regierung zu einem gewissen Zeitpunkt Auskunft erlangt werden (ebd.).

Die Ergebnisse zeigten teilweise sehr gute Ergebnisse (Belgien, Finnland, Italien, Israel). In vielen anderen Staaten lieferte der Event-Ansatz jedoch keinerlei Aussagekraft (Österreich, Dänemark, Deutschland, Island, Irland, Niederlande, Norwegen, Schweden). Hinzu kommt, dass diese Ereignisanalyse zwar in manchen Ländern Potential hat, aber auch dann keinerlei Erklärungsfaktoren beinhaltet.

Strøm et al. (1988) merkten zudem an, dass politische Akteure durchaus sehr gut in der Lage seien, solche Ereignisse zu beeinflussen und dabei oft alles andere als nur eine passive Rolle spielen. Darüber hinaus berücksichtige der kritische Eventansatz weder strategische Terminationsüberlegungen einzelner Koalitionsmitglieder noch die unterschiedlichen Ziele, die Parteien innerhalb einer Regierung verfolgen können (z. B. das Streben nach Ämtern vs. Politikinhalt-Umsetzung).

Genauso wie der deterministische Attribute-Ansatz Ereignisse nach der Regierungsbildung außer Acht lässt, ignoriert der Event-Ansatz systematische Merkmale, die bereits zu Regierungsbeginn bestehen.

„What the Browne team failed to do [...] is to identify in any convincing manner the factors that are related to the inherent stability of certain cabinets” (Laver/Schofield 1990/1998: 160).

Der „vereinigte KABL-Ansatz“ („unified KABL approach“) von King, Alt, Burns und Laver (1990) nahm sich dieser Problematik an und verband die beiden Ansätze zu einem Gesamtmodell. Der Anspruch der Verfasser war es, Variablen aus beiden Pools in die Analyse zu integrieren und dabei mindestens genauso gute Ergebnisse zu generieren. Das Regierungsscheitern ist demnach zwar auch abhängig von Events, aber ebenso von der Idee getragen, dass je nach vorhandenen Attributen zu Beginn, das Eintreten solcher Events mehr oder weniger wahrscheinlich ist. Ihre Methode ist auch unter dem Begriff „Ereigniszeitanalyse“ bekannt (vgl. ebd.: 846-848).

Nochmal den Ereignis-Ansatz vor Augen haltend, würde dieser besagen, dass kritische Events die Hauptursache für die Auflösung von Kabinetten sind. Diese Events träten zufällig auf. Demnach habe jede Regierung zu jedem Tag ihrer Periode eine gleich hohe Gefährdungsrate („hazard rate“) zu zerfallen. Wenn diese Ereignisse tatsächlich zufällig eintreten, würde dies eine konstante Gefährdungsrate der Regierung über die Zeit bedeuten – was wiederum hieße, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kabinett am ersten Tag zusammenbricht, dieselbe wäre wie beispielsweise zwei Jahre später (vgl. ebd.: 849).

King et al. behielten diese konstante Gefährdungsrate in ihrem neuen einheitlichen Modell zwar bei, ließen sie aber von bestimmten Regierungsattributen abhängen. Die Autoren taten dies unter anderem mit der Inkludierung von sogenannten länderspezifischen Faktoren („country-fixed effects“), welche, laut ihrer Aussage, – je nach der Ausgestaltung des politischen Systems – die Auswirkung kritischer Schocks auf die Regierungsdauer abschwächen oder verstärken können (vgl. ebd.: 850).

Warwick/Easton (1992) sowie Warwick (1994) demonstrierten in weiteren Studien, dass die „hazard rate“ nicht konstant ist. Vielmehr steigt diese Rate je länger eine Regierung im Amt ist und je näher sie den verfassungsrechtlich vorgeschriebenen nächsten Wahlen kommt. Dieses einheitliche Modell ist bis heute der vorherrschende theoretische Standard für Überlebenszeitanalysen von Regierungskabinetten. Darauf aufbauende empirische Studien finden sich beispielsweise bei Laver/Shepsle (1998) oder Diermeier/Stevenson (1999, 2000).

Vom deterministischen Attribute-Ansatz über den Event-Ansatz bis hin zur Ereigniszeitanalyse wurde schließlich der Grundstein für viele weitere wissenschaftliche Arbeiten gelegt. All die dabei relevanten Faktoren können unter die Kategorie „Risiken des Regierungsscheiterns“ subsumiert werden.

Auf der anderen Seite finden sich in der Literatur aber auch „strategische Gründe“, die einen Regierungszusammenbruch bewusst provozieren. Einer oder mehreren Parteien wird hier unterstellt, von sich aus ein Regierungsende herbeiführen zu wollen bzw. bereits herbeigeführt haben. Gründe hierfür können zum Beispiel gute Umfrageergebnisse einer Regierungspartei, eine gute wirtschaftliche Lage, niedrige Arbeitslosigkeit o. Ä. sein. Ein Faktor, der Neuwahlen, gegenteilig, eher unwahrscheinlich macht, ist beispielsweise die Unsicherheit, ob ein vorhergesagter Wahlerfolg umgesetzt werden kann oder ob Wähler eine Partei nicht eher dafür abstrafen, staatsbudgetbelastende Neuwahlen ausgerufen zu haben und den Verwaltungsapparat nun „grundlos“ wieder vor neue Umstrukturierungsmaßnahmen zu stellen, die bei neuen Kabinetten zwangsläufig, zumindest teilweise, von Nöten sind. Ebenfalls bedeutend ist die Unsicherheit, ob Wahlen überhaupt zu einer erneuten Regierungsbeteiligung führen werden, weil man als Partei möglicherweise ab nun als „illoyaler“ Partner angesehen wird (vgl. Tavits 2008).

Dieses strategische Timing von Wahlen untersuchten beispielsweise Lupia und Strøm (1995). Ihre Kernargumente waren, dass gute Umfrageergebnisse nicht

notwendigerweise zu Neuwahlen führen, es auch andere mögliche Ergebnisse neben Neuwahlen gibt (Status quo, fliegender Regierungswechsel etc.) und die Wahrscheinlichkeit für ein (vorzeitiges) Regierungsscheitern vor allem auch davon abhängt, wie einfach sich die zuvor geführten Verhandlungen herausstellten und wie hoch die Kosten bei Wahlen sind. Ihre Schlüsse waren, dass es nur dann zu Neuwahlen kommt, wenn eine parlamentarische Mehrheit gegen den Status quo existiert und jede der Regierungsparteien Neuwahlen gegenüber allen möglichen Nachverhandlungen präferiert. Der Status quo bleibt, laut ihren Angaben, nur bestehen, wenn es keine parlamentarische Mehrheit für Neuwahlen gibt und dieser aktuelle Zustand gegenüber allen anderen Möglichkeiten bevorzugt wird. Zu Regierungsumbildungen innerhalb des bestehenden Parlaments kommt es in allen anderen Fällen (vgl. ebd.: 648).

Institutionelle Faktoren waren Hauptgegenstand im Modell von Strøm und Swindle (2002). Diese Faktoren sind ähnlich der des Attribute-Ansatzes, wurden von den Autoren jedoch aus einem systematischeren Blickwinkel betrachtet. Demnach sollten konstitutionelle Regeln und das politische Umfeld ebenfalls einen großen Beitrag zur Dauer von Regierungen leisten. Ihre Annahmen wurden mittels logistischen und „Cox Proportional Hazards“-Verfahren in parlamentarischen Demokratien zwischen 1960 und 1995 getestet. Sie kamen zum Schluss, dass Parlamentsauflösungen häufiger zu einem früheren Zeitpunkt in der Amtsperiode auftreten, wenn es sich um Minderheitsregierungen handelt, das Staatsoberhaupt eine unbedeutende Rolle spielt und das Parlament oder das Kabinett nicht direkt involviert sind (vgl. ebd.: 575).

Obwohl frühere Studien unser Verständnis zur Regierungsdauer sicherlich verbesserten, gibt es einen Aspekt, der bislang noch wenig Aufmerksamkeit erhielt: der Einfluss von Kontrollmechanismen. Um das Risiko frühen Regierungszerfalls zu minimieren, installieren Koalitionsparteien regelmäßig verschiedene dieser Mechanismen, um Konflikte zwischen ihnen zu regeln. Während sich der „Ex-ante“-Kontrollbereich mit einigen Studien zu Screening und Koalitionsabkommen bereits gut abgedeckt sieht, fehlt es im „Ex-post“-Bereich noch an umfassenderen Analysen. Diese Arbeit nimmt sich dieser Forschungslücke an und ergründet in den weiteren Kapiteln den Einfluss von „Watchdog“-Staatssekretären und einer beschattenden Ministerienverteilung der (abgesehen vom Premierministeramt) sechs wertvollsten Regierungsressorts auf die (Koalitions-)Regierungsdauer.

2.3 „Watchdog“-Staatssekretäre

Regierungen bzw. Kabinetten in parlamentarischen Demokratien ist es inhärent, dass sie sich aus einer Vielzahl von individuellen Ministern zusammensetzen. Für jedes Ministerium ist dabei jeweils zumindest einer dieser Minister als Kopf vorgesehen, der die dazugehörigen Geschäfte leitet (vgl. Müller/Strøm 2000b: 19). Die verschiedenen Kompetenzbereiche werden dabei, um den wissenschaftlichen Terminus des Prinzipal-Agent-Ansatzes zu verwenden, an die Minister „delegiert“ (vgl. z. B. Thies 2001). Wenn es eine Mehrheitspartei im Parlament gibt, ist es fast immer der Fall, dass sie alleine auch die Regierungsämter besetzt. In Mehrparteienkoalitionen muss die Delegation dagegen die Parteigrenzen überschreiten. Die beteiligten Parteien sind hier naturgemäß der Situation ausgesetzt, auch dem/den Koalitionspartner(n) eine gewisse Anzahl an Ministerämtern zuzuerkennen. Während die Parteien in der Lage sein sollten, die Delegation an „ihre“ Kabinettsminister zu überwachen und zu kontrollieren, genießen sie wohl keine solche Kontrolle über Minister anderer Parteien. Solche Delegationsprobleme können die Regierungsarbeit in vielen Fällen erschweren, da man als Koalitionspartei immer auch ein Auge auf den Regierungspartner haben möchte und deswegen die eigene Arbeit manchmal nicht die Aufmerksamkeit erhält, die sie benötigen würde (vgl. Tsebelis 1995: 301-313; Thies 2001: 580). Dies könnte mit ein Grund sein, warum Mehrparteienregierungen eine tendenziell kürzere Lebensdauer genießen als Einparteien(mehrheits)regierungen (vgl. Lijphart 1984: 274-277; Thies 2001: 580). Ebenso könnte es erklären, warum sich Koalitionen zwischen Parteien mit ähnlichen politischen Präferenzen („connected coalitions“) eher bilden und länger überleben als Koalitionen zwischen Parteien mit sehr unterschiedlichen Interessen (vgl. Axelrod 1970; Thies 2001: 580).

Eine lange Forschungstradition lieferte uns dazu bisher aber nicht nur Einblicke über das „making and breaking [of] governments“ (Laver/Shepsle 1996) selbst, auch die Durabilität von Ministern war bereits Thema wissenschaftlicher Studien (vgl. z. B. Von Beyme 1971; Berlinski et al. 2007; Huber/Martinez-Gallardo 2008; Greene/Jansen 2014). Die Ergebnisse zeigten in vielen Fällen, dass die Stabilität der Minister unabhängig vom Kabinett ist und häufig auch darüber hinaus geht. Wenn beispielsweise eine Partei aus der Regierung ausscheidet, ist es nicht selten, dass die Zusammensetzung des Regierungsteams der anderen Parteien zur Gänze unverändert bleibt.

Was können Koalitionspartner aber nun tun, um Delegationsproblemen zu entgegenen? Nach Thies (2001: 580 f) eröffnen sich hierzu zwei Möglichkeiten. Erstens die Kontrolle über den/die jeweiligen „Policy“-Bereich(e) dem/den vorstehenden Minister(n) zu überlassen und „auf das Beste zu hoffen“ oder zweitens Schritte zu unternehmen, um diese Delegation auch nach dem Ins-Amt-Kommen des Ministers bestmöglich zu managen. Die meisten entscheiden sich für den zweiten Weg und versuchen mittels der Installation verschiedener Kontrollplattformen, die Vormachtstellung der Minister der anderen Parteien zu durchbrechen. Eine Möglichkeit dazu ist die Implementierung von sogenannten Staatssekretären („junior ministers“) in die vom Koalitionspartner geführten Ministerien. Als Kontrollinstrument können hier also nur jene Staatssekretäre angesehen werden, die nicht derselben Partei wie der („Senior“-)Minister angehören. Diese Staatssekretäre werden in der Literatur gemeinhin als „watchdogs“ bezeichnet. Solche „Watchdog“-Staatssekretäre haben bereits Zugang zum Willensbildungsprozess der im jeweiligen Ministerium entstehenden Vorhaben und können somit frühzeitig der eigenen Partei über mögliche Abweichungen von der Koalitionslinie Auskunft geben. Als Subminister sind Staatssekretäre aber ihren jeweiligen Ministern unterstellt und können damit Maßnahmen nicht direkt verhindern. „They are therefore ‚watchdogs‘ on the leash who can only ‚bark‘” (Ecker/Meyer/Müller forthcoming b: 5). In der Koalitionspolitik kann ein solcher „fire alarm“ (McCubbins/Schwartz 1984) der „Watchdog“-Staatssekretäre aber dazu führen, dass der Fall in eine Konfliktlösungsarena gebracht wird oder Sanktionen drohen, zum Beispiel das Verhalten des Ministers einer parlamentarischen Kontrolle auszusetzen oder ein Veto gegen die Umsetzung der diskutierten Politik einzulegen (vgl. Thies 2001: 585).

Staatssekretärposten sind in vielen Fällen dadurch gekennzeichnet, Politikern in der frühen Phase ihrer Karriere einen Einblick in die Politikgestaltung zu gewähren und Fachwissen in bestimmten Themenbereichen zu sammeln. Das politische Geschäft ist kurzlebig und vor allem in Demokratien kommt es daher nur selten vor, dass jemand ein Amt über einen sehr langen Zeitraum innehat. Das muss nicht gleich das politische Karriereende bedeuten. Im Gegenteil, vielversprechenden Politikern bietet dies die Möglichkeit, Erfahrung in verschiedenen Bereichen zu sammeln, bevor sie allenfalls selbst einmal Minister o. Ä. werden (vgl. ebd.: 587).

Es besteht allgemein Einigkeit darüber, dass „Juniorminister“ die Macht nicht mit ihren „Seniorministern“ teilen. Sie haben, in den meisten Fällen, kein Stimmrecht im

Ministerrat und können auch nur gelegentlich an Kabinettsitzungen teilnehmen. Wie bei Ministerposten ist es auch bei Staatssekretärposten so, dass jede Regierungspartei ihren gerechten Anteil („fair share“) erhalten möchte (vgl. Gamson 1961). Staatssekretärposten wären demnach lediglich Patronagepositionen, die Regierungsparteien an ihre Mitglieder vergeben (vgl. Riker 1962; Strøm 1990; Mershon 1996, 2001, 2002). Infolgedessen sollte es gleichgültig sein, ob ein Staatssekretär von derselben Partei stammt wie der entsprechende Minister oder nicht. Die Allokation ist in diesem Fall zufällig, vorbehaltlich der Einschränkung, dass jede Partei ihren gerechten Anteil erhält. Das Modell des „ministerial government“, welches davon ausgeht, dass der jeweilige Minister „policy dictator“ in seinem jeweiligen Ressort ist, basiert dagegen auf der Vorstellung, dass politische Erwägungen die spezifische Zuweisung von Kabinettsposten bestimmen (vgl. Laver/Shepsle 1990, 1994, 1996). Parteien ist daher zu raten, Ämter unterhalb des Ministers nicht unachtsam zu vergeben. Staatssekretäre sollten, dieser Logik nach, am besten nicht aus der gleichen Partei wie der Minister stammen (vgl. Thies 2001: 587). Dadurch könn(t)en sich Koalitionspartner vor der allgegenwärtigen Gefahr von „postcontract opportunism“ (Manow/Zorn 2004: 5) schützen.

Ist die Allokation von Staatssekretärposten nun „office-seeking“ oder „policy-seeking“? Bisherige Forschungsarbeiten bedienten sich zumeist entweder des einen oder des anderen Strangs als überwiegende Erklärungslinie. Ob unterschiedliche Annahmen ähnliche oder unterschiedliche empirische Ergebnisse liefern würden, fand bisher noch wenig Beachtung. Dies führte auch dazu, dass Autoren die gleichen Belege zur Unterstützung ihrer jeweiligen Theorien anführten. Manow/Zorn (2004) synthetisierten die beiden Theoriestränge in einer umfassenden Studie. Sie argumentierten, dass sich auch in der realen Welt beide Allokationsmotive immer bis zu einem gewissen Grad vermischen und dieser Umstand daher eine sauber getrennte Analyse zwischen „Office“- und „Policy“-Motiven erschweren kann. Was sich der Empirie nach aber ohne großen Zweifel sagen lassen ist, dass diese Vermischungen nicht über alle Parteien und Parteiensysteme identisch sind. Ihre Ergebnisse decken sich weitestgehend mit den Ergebnissen der Expertenbefragung von Laver/Hunt (1992). Während es beispielsweise in Italien ein starkes Indiz für eine ämterorientierte Staatssekretärzuweisung gibt, zeigt sich gegenläufig in Schweden ein deutliches Bild in Richtung „policy“-motivierter Verteilung (vgl. Manow/Zorn 2004: 19 f).

Egal welchem Theoriestrang man nun folgen mag, die europaweite, kontinuierliche Nutzung von Staatssekretären ist evident. Anmerkungen, in welchen Fällen sie mehr oder weniger wahrscheinlich sind, können ebenso getroffen werden. In geringerem Maße werden sie in Ministerien eingesetzt, die für die jeweilige Partei, in salienztechnischer Sicht, weniger von Bedeutung sind (vgl. Falco-Gimeno 2012: 354). Außerdem benötigen Parteien, deren ideologische Reichweite relativ gering ist, tendenziell weniger Kontrolle. Auch kann die Notwendigkeit einer Überwachung auf Kabinettssebene sinken, wenn eine zuverlässige Aufsicht innerhalb oder außerhalb des Kabinetts mittels anderer Kontrollmechanismen besteht (vgl. Lipsmeyer/Pierce 2011: 1152).

Der Gebrauch von „Watchdog“-Staatssekretären hat aber nicht nur positive Züge. Ihre Präsenz und ihr Umfang können dem Koalitionspartner ein Gefühl von Misstrauen implizieren und den Anschein erwecken, dass ihre Politik ohne Kontrolle wohl nicht Abgemachtem oder Vereinbartem entsprechen würde. Dies kann sich sowohl auf den Ruf der Partei, die den „Watchdog-Juniorminister“ einsetzt, als auch auf jenen der Partei des („Senior“-)Ministers auswirken, indem erstgenannte misstrauisch erscheint, während letztere nicht vertrauenswürdig sei. Da die Koalitionsbildung kein „one-shot game“ (ebd.: 1155) ist, kann diese Reputation den Parteien zukünftige Verhandlungen erschweren bzw. gänzlich kosten (vgl. ebd.; Tavits 2008).

Ob all dieser Überlegungen sind „watchdogs“ ein häufig genutztes Kontrollinstrument in Europa. Fast 50 Prozent der zirka 400 Koalitionsregierungen dieser Arbeit beinhalten zwischen einem und 50 dieser beschattenden Subminister (siehe Anhang II). Während bereits einige Studien zur Regierungsdauer sich ihrer als einfache dichotome Kontrollvariable (Ja-Nein-Kontrollvariable) bedienen, fehlt es bislang an Untersuchungen, in denen ihre Anzahl Teil der Analyse ist. Dieser empirischen Unvollständigkeit wird in vorliegender Studie Rechnung getragen.

2.4 Beschattende Ministerienverteilung

Ein zweiter Kontrollmechanismus, der in der bisherigen politikwissenschaftlichen Forschungsliteratur zu Regierungsbeständigkeit eine gar noch größere Lücke erkennen lässt, ist jener der beschattenden Zuständigkeitenverteilung benachbarter bzw. kompetenzüberlappender Ministerien im Zuge der Ämterallokation bei Regierungsbeginn.

Bisherige Forschungsarbeiten legten ihren Fokus hauptsächlich auf die generelle Zuteilung von (Minister-)Ämtern. Der Löwenanteil konzentrierte sich dabei auf die sogenannte quantitative Allokationsforschung, welche der Frage nachgeht, wie viele Ministerämter eine Regierungspartei erhält. Dieser Strang kann sich auf eine durch die Koalitionspraxis sehr stark unterstützte Theorie, nämlich auf jene von Gamson (1961), berufen, die besagt

„that the percentage share of ministries received by a party participating in a governing coalition and the percent-age share of that party’s coalition seats will be proportional on a one-to-one basis” (Gamson 1961, zit. n. Laver/Schofield 1990/1998: 171).

Die Gründe dieses starken Zusammenhangs wurden bis dato zwar noch nicht ausreichend erforscht, aufgrund der empirischen Evidenz, bietet „Gamson’s law“ aber unstrittigmaßen ein gutes Fundament, um verschiedenste Annahmen und Hypothesen darauf aufzubauen. Die überwiegende Literatur beurteilt diese Dynamik als einen Akt der Fairness oder Gerechtigkeit, an den sich Parteien naturgemäß halten (vgl. z. B. Browne/Frendreis 1980; Laver/Schofield 1990/1998: 169; Müller/Strøm 2000b: 22). Aber auch Abweichungen lassen sich ausmachen, und das in beide Richtungen. Während manche Verhandlungsvorteile bei der Formateurspartei sehen (vgl. z. B. Baron/Ferejohn 1989), verzeichnen andere einen leichten Vorteil kleinerer Parteien (vgl. z. B. Morelli 1999).

Jüngere Studien (vgl. z. B. Bäck et al. 2011) begannen ihr Augenmerk immer mehr in Richtung einer qualitativen Analyse der Ministerienallokation im Zuge des Regierungsformationsprozesses zu richten. Diese Allokation stellt einen zentralen Punkt für die folgende Legislaturperiode dar. Inmitten der Regierungsarbeit können, aufgrund der parteipolitischen Besetzung eines jeweiligen Ministeriums, Informationen dahingehend gesammelt werden, welche Partei oder welche Parteienkonstellation welche Art von Maßnahmen setzte (vgl. ebd.: 441). Wie auch in der theoretischen Arbeit zu Staatssekretären, können hier ebenso Schlüsse zu parteipolitischen Affiliationen, entweder zu Ämtern oder zu Politikgehalten, gezogen werden. Aber egal, ob eine Partei als „Office-“ oder „Policy-Seeker“ identifiziert werden kann, es steht außer Zweifel, dass sie in einem Ministerium, dass sie kontrolliert, einen entscheiden Vorteil darin hat, präferierte Vorhaben umzusetzen, als wenn es ein Koalitionspartner innehaben würde. Vor allem auf die beherrschten Ministerien wird von der Wählerschaft und den

Klientelgruppen auch ein besonderes Augenmerk dahingehend gelegt, ob und in welchem Ausmaß entsprechende Versprechen umgesetzt werden (vgl. ebd.: 443).

Fernandes, Meinfelder und Moury (2016) versuchten als erste, die Ministerienverteilung aus einer klar strategischen Sicht heraus zu erklären. Um Machtdysbalancen auszugleichen und eine stabile Regierungsarbeit zu garantieren, sollen Parteien teilweise auf „Office-“ und „Policy-Goals“ verzichten. Dies geschehe dadurch, dass Koalitionspartner Ministerämter in der Art und Weise unter sich aufteilen, dass jeweils eines von zwei kompetenzüberlappenden Ministerien an verschiedene Parteien geht. Die involvierten Parteien werden dabei von den Autoren als „wary partners“, also als „vorsichtige Partner“, bezeichnet. Das Argument basiert auf der Betrachtungsweise, dass es auch in privatrechtlichen Unternehmen verschiedene Abteilungen mit teilweise ähnlichen Kompetenzbereichen gibt. Führungskräfte sind hier von Natur aus gezwungen, Informationen auszutauschen und die Politikgestaltung demgemäß zu koordinieren. Fernandes et al. testeten ihre Hypothese an drei Ministerienpaaren, nämlich Finanzen und Wirtschaft, Inneres und Justiz und Äußeres und Landesverteidigung. Das Ergebnis war, dass ein diesbezügliches strategisches Verhalten der Koalitionsregierungen in den meisten Fällen bestätigt werden konnte (vgl. ebd.: 1272-1273).

Mit Blick auf den deutschen Fall, erklärte Saalfeld (2000) die strategische Ministerallokation zum Zwecke der strategischen Koalitionsausgestaltung folgendermaßen:

„Cooperation and coordination between such “neighboring” ministries is usually close and involves early and regular mutual information and consultation. Legislative proposals are frequently sponsored by two or more such departments with one in charge of the overall coordination process. If ministries controlled by both coalition partners are involved in the drafting process, both parties gain early, low-cost information on the “other-side’s” compliance with the letter and the spirit of the coalition agreement” (Saalfeld 2000: 70).

Auch weitere Fallstudien erläuterten, warum „wary partners“ als institutionelles Kontrollinstrument in Koalitionsregierungen optimal sind. Zum Beispiel zeigten Andeweg und Timmermans (2008), dass in den Niederlanden wichtige Gesetzentwürfe in der Regel von mehreren Ministern ausgearbeitet werden. Solche „Unterkabinettsausschüsse“ sind dortzulande sogar formell verankert (vgl. Fernandes et al. 2016: 1289).

Im Gegenzug eröffnet dies den Ministern die Möglichkeit, sich gegenseitig im Auge zu behalten, indem sichergestellt wird, dass ein Ministerkollege den mittleren Präferenzen der Koalition folgt. Die Literatur bestätigt auch in Irland eine weitgehende Interdependenz zwischen einzelnen Ministerien. Die dortige klare Meinung ist, dass sich ein Bereich sehr schnell und sehr stark auf einen anderen auswirken kann. Minister arbeiten demzufolge nicht jeder für sich allein, sondern müssen in ihren Entscheidungen immer auch die Interessen ihrer Kollegen mitberücksichtigen (vgl. Farrell 1994: 78). Ebenso herrscht in Belgien die Ansicht, dass ein Vorhaben in einem Ministerium Konsequenzen in starkem Ausmaß auf ein anderes haben kann und dabei eine klärende Aussprache ohnehin unvermeidlich wird (vgl. Timmermans 1994: 115). Schließlich hat auch in Finnland, einem Land, in dem Staatssekretäre nicht gebräuchlich sind, die systematische Ministerienverteilung einen umso höheren Stellenwert im Koalitionszirkus (vgl. Nousiainen 2000: 283).

Zudem hat das „wary partner“-Kontrollinstrumentarium, im Vergleich zu anderen Mechanismen, einige nennenswerte Vorteile. In Gegenüberstellung teilen Staatssekretäre nicht die Macht mit anderen (Sub-)Ministern, nehmen nur gelegentlich an Kabinettsitzungen teil und genießen, im Größenschluss, in den allermeisten Fällen, auch kein Stimmrecht in solchen. Dies macht sie hierarchisch unterlegen und weniger dazu imstande, Informationen rasch zu extrahieren und ihrer Partei darüber Bericht zu erstatten. Ihr vorstehender Minister könnte sogar versuchen, diese Informationen zu filtern, besonders wenn er nicht der gleichen Partei angehört. Demgegenüber besteht für die „Seniorminister“ aber die Gefahr, in Kabinettsitzungen zu unterliegen, wenn sie ihre Vorhaben nicht mit ihren „Nachbarministern“ koordinieren. Sie sind also dazu angehalten, Informationen und Absichten, zumindest mit den „Seniorkollegen“, möglichst transparent abzustimmen (vgl. Fernandes et al. 2016: 1278).

Ebenso keine direkte Autorität im Exekutivgeschehen genießen Ausschusssysteme („committee systems“). Sie können Missstände lediglich „ex post“ aufklären. In parlamentarischen Demokratien ist die (mehrheitliche) Zustimmung der Legislative zwar entscheidend für das Zustandekommen von Gesetzen, die Exekutive und insbesondere die Minister sind dabei als „agenda setter“ aber in der klar besseren Position. Bei einer legislativen Mehrheit hinter sich vereint, sind Regierungen zumeist in der Lage, Vorschläge zu erarbeiten, anschließend dem Parlament vorzulegen und schließlich nurmehr auf den positiven Ausgang zu warten. Ausschüsse greifen im Falle erst

nachträglich ein und können auch dann oft nur Abänderungsanträge stellen. Mitzubedenken bei vergleichenden Analysen ist jedenfalls die unterschiedliche Stärke der einzelnen (nationalen) Ausschusssysteme.

Die Frage, wie man mit nationalstaatlichen Unterschieden umgeht, stellt sich, wie bei fast allen Variablen, gewiss auch bei der Analyse von Ministerienverteilungen. Erstens haben nicht alle Regierungen die gleiche Portfoliostruktur. Zweitens spielen dabei die Anzahl der Koalitionsparteien und ihre Mandatsstärke im Parlament eine nicht weniger bedeutende Rolle. Drittens gibt es schlicht nicht in jedem Staat und zu jeder Zeit dasselbe Repertoire an Ministerien. Vollumfassende Untersuchungen zu Verteilungsstrategien wären realistischerweise nur staatenintern durchzuführen, da allein hier schon ein großer Umfang an Daten benötigt werden würde, um festzustellen, welche Ministerien jeweils als kompetenzüberlappend charakterisiert werden könnten. Bei potentiellen, staatenübergreifenden Modellen müsste man sich darüber hinaus die Frage stellen, inwieweit diese Sinn machen würden und wie eine probate Vorgehensweise aussehen könnte.

Fernandes et al. (2016) zeigten in ihrer Studie eine denkbare Möglichkeit auf. Sechs Ministerien sind es, die, mit wenigen Ausnahmen, bisher über Raum und Zeit bestanden und sich dabei auch untereinander als überlappend darstellen lassen können, ohne unbedingt spezifische(re) länderinterne Nachforschungen anstellen zu müssen. Die Rede ist von den Kompetenzbereichen „Finanzen und Wirtschaft“, „Inneres und Justiz“ und „Äußeres und Landesverteidigung“. Wenngleich diese auch nicht immer den exakt gleichen Namen haben mögen, der Kompetenzbereich eines Amtes kann meistens unstrittig einem dieser Portfolios zugeordnet werden. Diese Unterteilung stellt daher auch die Grundlage meiner Arbeit dar.

3 Forschungsfrage und Hypothesen

Vorhergehende Ausführungen zeigen, dass noch große Lücken bei der Forschung zur Synthese von Kontrollmechanismen und Regierungsdauer bestehen. Arbeiten der letzten Jahrzehnte können aber bereits auf einen respektablen Pool an Variablen zurückblicken. Diese lassen sich grob in drei Kategorien einteilen, nämlich in strukturelle Eigenschaften des Kabinetts (wie der Mehrheitsstatus und die ideologische Heterogenität), in Merkmale des Parteiensystems (wie parlamentarische Polarisierung und Fragmentierung) sowie in institutionelle Bestimmungen (wie Investiturabstimmungen und den Umfang der Befugnisse des Staatsoberhauptes) (vgl. Ecker et al. forthcoming a: 5). Der Fokus und die Ergebnisse diesbezüglicher Arbeiten lassen vermuten „that coalition parties are trapped in their bargaining environment“ (ebd.). Sie sind demnach in großem Umfang von Faktoren abhängig, die nur in geringem Maße ihrer direkten Einflussphäre unterliegen. Wenngleich die Wahl des Regierungspartners in den meisten Fällen frei gehandhabt werden kann, ist die Auswahl der Ressourcen, welche in die Koalition eingebracht werden sollen, ein herausfordernder und immer wieder neu zu bewertender Prozess. Vor allem die Installation von überwachenden Kontrollmechanismen soll es ermöglichen, den/die Regierungspartner immer im Auge zu behalten und dadurch stabiler kritischen Events in der nächsten Legislaturperiode entgegen zu können. Zwei dieser Mechanismen, die in der bisherigen Forschung noch kaum Beachtung fanden, werden Thema dieser Masterarbeit sein. Das darauf gründende Forschungsinteresse kann sich in folgenden Worten zusammenfassen lassen:

Welchen Einfluss haben die Präsenz und der Umfang von „Watchdog“-Staatssekretären und beschattenden Ministerienverteilungen auf die Koalitionsregierungsdauer in europäischen parlamentarischen Demokratien?

Bisherige Studien zu Kontrollmechanismen gemeinsamen Regierens zeigten im Durchschnitt einen durchaus positiven Effekt auf die Regierungsbeständigkeit. Einige dieser Mechanismen stehen (künftigen) Regierungsparteien aber oft nicht sofort zur Verfügung und erfordern eine gewisse Vorlaufzeit. So ist es zum Beispiel beim Kandidatenscreening. Problem sind hier weniger die gegnerischen Parteileute, auf die man ohnehin wenig Zugriff hat, als vielmehr die eigenen potentiellen Regierungsmitglieder.

Der Kandidatenpool ist normalerweise auf hochrangige Parteigenossen beschränkt, den Knackpunkt stellen dabei häufig „unwilling and/or unable agents“ (Müller/Meyer 2010: 1073) dar. Die Identifizierung (und etwaige Eliminierung) solcher Personen mit unzureichenden Kenntnissen oder Fähigkeiten stellt Parteien regelmäßig vor große Probleme (vgl. ebd.). Zum einen möchte man interne Streitigkeiten vermeiden, zum anderen starke und vor allem parteitreue Kandidaten für ein Regierungsamt. Um das Beste aus der Situation herauszuholen, können künftige Koalitionspartner Kabinettsmitglieder ersatzweise gemeinsam auswählen. Dies kann realistischweise aber auch nur dazu führen, dass zumindest die radikalsten Parteigänger vermieden werden. Die meisten Koalitionen einigen sich dann tatsächlich doch lieber darauf, jedem freie Hand bei der Besetzung der jeweils zugeteilten Ministerämter zu lassen (vgl. Müller/Strøm 2000c: 574). Der genaue Einfluss solcher Screenings allgemein bzw. von Kandidaten, die diese Screenings „bestehen“, und der Einfluss dessen auf die Regierungsdauer sind aber noch strittig.

Anders sieht es im Bereich der Koalitionsabkommen aus, welche unter anderem auch häufig Vereinbarungen über Postenbesetzungen enthalten. Diese Abkommen umfassen aber nicht nur Übereinkünfte über Personen, auch das Festhalten von Verfahrensregeln, Abstimmungsregeln oder der Ministerienaufteilung sind Teil davon. Regierungsparteien verständigen sich hierin, je nach Situation, zu bestimmten Verhaltensweisen. Bei solchen Übereinkünften geht es in Wirklichkeit aber eher um die Verankerung von Standards, an denen die Koalitionspartner (mit Überwachung) Abweichungen messen können. Parteien wären schlecht beraten, nur aufgrund dieser Abmachungen, die gegenseitige Kontrolle zu vernachlässigen. Solche festgelegten Regeln können aber auch immensen Druck auf die beteiligten Parteien selbst erzeugen, nämlich in dem Sinn, ob, wie viel und mit welcher Geschwindigkeit sie Wahlversprechen in der Zeit nach den Verhandlungen umsetzen bzw. umsetzen können (vgl. Müller/Meyer 2010: 1074 f). Die wohl bekannteste Studie dazu, von Krauss (2018), zeigt nichtsdestotrotz signifikante, positive Ergebnisse bezüglich der Präsenz und des Umfangs von Koalitionsabkommen auf die Regierungsdauer.

Ähnlich ist es im „Ex-post“-Bereich. Zu nennen sind hier vor allem intrakoalitionäre Konfliktmanagementarenen, welche die Kontrolle von Regierungspartnern erleichtern sollen. In der Regel handelt es sich dabei um mehr oder weniger ständige Gremien mit Vertretern aller Koalitionsparteien einschließlich Kabinettsmitgliedern, Parteiführern und Parlamentsvorsitzenden in verschiedenen Kombinationen (vgl. Müller/Strøm

2000a; Andeweg/Timmermans 2008). Laut Ecker et al. (forthcoming a: 10) lässt bereits die Installation solcher Arenen selbst darauf schließen, dass Parteien eine höhere Dauerhaftigkeit erwarten. Aber ähnlich der Kosten, die mit der Entwicklung detaillierter, politischer Programme verbunden sind, erfordert auch die politische Koordinierung solcher Koalitionsausschüsse Ressourcen (Personal, Zeit, Geld etc.). Die Tatsache, dass Parteien bereit sind, diese Kosten auf sich zu nehmen, um Konflikte und Reibungsverluste zu verringern, signalisiert ihren (potenziellen) Koalitionspartnern, dass sie Vorteile aus ihrer Zusammenarbeit erwarten, die diese Investitionen wert sind. Das ist wiederum ein glaubwürdiges Signal für guten Willen und Vertrauen und sollte die Regierungspartnerschaft stabilisieren (vgl. ebd.).

Ebenso denkbar ist die extensive Nutzung von parlamentarischen Ausschusssystemen. In jeder parlamentarischen Demokratie ist die Nutzung solcher Ausschüsse möglich, Unterschiede bestehen aber in Bezug auf ihre Stärke. Vorausgesetzt, diese parlamentarischen Ausschüsse verfügen über ausreichende Ressourcen und umfassen Abgeordnete jeder Regierungsfraktion, können sie den Interessen der gesamten Koalition wirksam dienen. Informationen über das Verhalten einzelner Minister können so schneller ans Licht gebracht und dadurch Unsicherheiten innerhalb der Regierung minimiert werden (vgl. Müller/Meyer 2010: 1075). Ecker et al. (forthcoming a) demonstrieren in ihrer Studie, dass starke Ausschüsse die ohnehin schon bestehende positive Korrelation von Koalitionsabkommen und exekutiven Konfliktlösungsarenen auf die Regierungsdauer noch einmal verstärken.

Ähnlich sollte es, meiner Erwartung nach, mit „Watchdog“-Staatssekretären und beschattenden Ministerienverteilungen sein. Während „watchdogs“ bereits in einigen Studien zur Regierungsbeständigkeit zumindest als Kontrollvariable bezüglich ihrer Präsenz enthalten sind, mangelt es an kombinierten Studien von Portfolioverteilungen und Regierungsdauer gänzlich. Dieser Forschungslücke nimmt sich diese Arbeit an. Aufgrund meiner bisherigen Ausführungen, die zum Teil auf Ergebnissen anderer Kontrollmechanismen aufbauen, erwarte ich auch bei den beiden, in dieser Studie zur Untersuchung stehenden, einen positiven Einfluss auf die Amtsdauer. Die Hypothesen dazu lassen sich wie folgt ausdrücken:

H1a: Die Präsenz von „Watchdog“-Staatssekretären verringert das Risiko einer frühen Koalitionsbeendigung.

H1b: Je mehr „Watchdog“-Staatssekretäre existieren, desto geringer ist das Risiko einer frühen Koalitionsbeendigung.

H2a: Die Präsenz von beschattenden Ministern bei den drei wertvollsten Ministerienpaaren verringert das Risiko einer frühen Koalitionsbeendigung.

H2b: Je mehr beschattende Minister innerhalb der jeweiligen Ministerienpaare existieren, desto geringer ist das Risiko einer frühen Koalitionsbeendigung.

Alle vier Vorhersagen gehen somit davon aus, dass die Anwesenheit von Kontrollmechanismen einen positiven Effekt auf die Beständigkeit von Koalitionsregierungen hat.

Wenngleich diese Hypothesen in der gesamten Betrachtung durchaus ausreichen würden, ist es, aufgrund von Erfahrungswerten früherer Studien, ergänzend sicherlich von Vorteil, auch noch zwei subsidiäre Differenzierungen des Datensatzes vorzunehmen. Der erste Vergleich beinhaltet die Gegenüberstellung von Minderheits- und Mehrheitsregierungen. Minderheitsregierungen sind im Durchschnitt kürzer im Amt als Mehrheitsregierungen. Sie sind ständig dem Risiko ausgesetzt, von ein oder mehreren Oppositionsparteien gestürzt zu werden. Auch für die gesetzliche Umsetzung von Vorhaben sind in den allermeisten Fällen über 50 Prozent der Stimmen der Legislative von Nöten. So müssen ständig Kompromisse gefunden werden, um auch weiter auf eine Duldung ihrer Regierungsfunktion zu hoffen. Die Demokratie kann diesem Zustand gewiss Positives abgewinnen, da dadurch mehr Parteien am politischen Willensbildungsprozess beteiligt sind und die Regierungspartner mehr für ihre Ziele kämpfen müssen. Daraus kann geschlossen werden, dass eine Koalition mit Minderheitsstatus, vor allem regierungsintern, noch mehr darauf bedacht sein wird, geschlossen aufzutreten, um lange zu überleben. Kontrollmechanismen sollten daher in Minderheitsregierungen einen stärkeren stabilisierenden Effekt haben als in Mehrheitsregierungen.

H3: Kontrollmechanismen (hier: Watchdogs, Ministerienverteilung) haben einen größeren positiven Effekt auf die Koalitionsdauer in Minderheitsregierungen als in Mehrheitsregierungen.

Die zweite Differenzierung soll der Fragestellung nachgehen, ob der Effekt von Instrumenten zur gegenseitigen Kontrolle bei Koalitionen, die nach vorgezogenen Neuwahlen entstanden sind, derselbe ist, wie bei Koalitionen nach einem fliegenden Regierungswechsel. Wie zu Beginn dieser Arbeit schon angemerkt, ist in europäischen parlamentarischen Demokratien grundsätzlich eine gesetzliche Legislaturperiode von vier oder fünf Jahren vorgegeben. Dieser Zeitraum gilt auch als ungefähre maximaler Zeitraum für Regierungen. Bezugnehmend auf meine Untersuchung, muss dabei mitbedacht werden, dass nach fliegenden Regierungswechseln die Uhr nicht von Neuem zu laufen beginnt, während nach (vorgezogenen) Wahlen Regierungen wieder die volle mögliche Zeitspanne zur Verfügung steht. Aufbauend auf dieser Tatsache, kann davon ausgegangen werden, dass es für Parteien in der zweitgenannten Regierungssituation mehr Sinn macht, Kontrollapparate zu installieren, da ihr noch die ganze gesetzliche Periode zur Amtsausübung zur Verfügung steht. Für Koalitionen, die während des gesetzmäßigen Zyklus, ohne Neuwahlen entstanden sind, bieten sich diese Mechanismen wohl gar nicht erst in großem Maße an. Nach vorgezogenen Neuwahlen sollten Regierungsparteien also eher dazu angehalten sein, Instrumentarien einzusetzen, die eine gegenseitige Beobachtung bestmöglich garantieren und die Chance auf eine lange Zusammenarbeit dadurch erhöhen.

H4: Kontrollmechanismen (hier: Watchdogs, Ministerienverteilung) haben einen größeren positiven Effekt auf die Koalitionsdauer nach vorgezogenen Neuwahlen als nach fliegenden Regierungswechseln.

Zusammen bilden diese sechs Hypothesen die Grundlage zur Ergründung des Einflusses bislang noch weniger beachteter Kontrollmechanismen auf die Koalitionsregierungsdauer. Die Untersuchung dieses Zusammenhangs wird im Empirieteil dieser Arbeit noch ausführlich dargestellt. Zuvor folgt im nächsten Abschnitt eine Darstellung des Forschungsdesigns.

4 Forschungsdesign

Zur besseren Übersicht dieser Arbeit werden in diesem Kapitel nun das Modell, die Methode und der verwendete Datensatz genauer veranschaulicht. Im ersten Teil wird demgemäß näher auf den strukturellen Aufbau des empirischen Teils dieser Arbeit eingegangen. Darin beinhaltet sind Ausführungen zu den geplanten Untermodellen, den Subsets, der abhängigen Variable „(Koalitions-)Regierungsdauer“ sowie den inkludierten unabhängigen/erklärenden Variablen.

In einem zweiten Schritt wird, neben zunächst beschreibenden statistischen Eindrücken der Daten, das „Cox Proportional Hazards“-Modell, kurz Cox-Modell genannt, präsentiert. Die „Hazard“-Funktion, der genaue Untersuchungsgegenstand und ein Exkurs zum Copula-Approach von Chiba, Martin und Stevenson (2015) werden die weiteren Bestandteile dieser Erläuterungen sein.

Zuletzt erfolgt noch eine Beschreibung der verwendeten Datenquellen samt einem Einblick in die Thematik der Datenzensierung.

4.1 Das Modell

Das „Cox Proportional Hazards“-Modell, unterteilt in verschiedene Attributsgruppen, wird das Kernstück der empirischen Analyse dieser Arbeit sein. Die Koalitionsregierungsdauer auf der einen Seite und verschiedene Ausformungen der hier untersuchten Kontrollmechanismen, inklusive einer Hand voll standardmäßig verwendeter Kontrollvariablen, auf der anderen Seite werden dabei in elf Untermodellen vergleichend gegenübergestellt.

Die Dauer, die jede der inkludierten Regierungen im Amt war, stellt dabei die abhängige Variable dar. Diese ist in Tagen angegeben. Zum einen deshalb, weil es die allermeisten Datensätze in Bezug auf Regierungsdauern schlichtweg so vorgeben, zum anderen, weil das Zeitmaß „Tage“ den optimalen Kompromiss zwischen maximaler Genauigkeit und noch messbarer Unterscheidbarkeit darstellt (vgl. Jäckle 2010: 95). Der hier verwendete Datensatz definiert eine jeweilige Regierungsperiode jeweils zwischen dem Tag, an dem die Regierungsgeschäfte aufgenommen werden (also Tag der Angelobung oder Tag der positiven Absolvierung der Investiturabstimmung im

Parlament) und dem Tag, an dem die Regierung einer Veränderung in der parteipolitischen Zusammensetzung, einem Wechsel des Regierungschefs oder einer generellen Wahl ausgesetzt ist.

Vor allem bei Regierungen, die durch Wahlen beendet wurden, ist es empirisch unmöglich herauszufinden, wie lange sie gehalten hätten, wenn das verfassungsmäßige Ende der (Zwischen-)Wahlperiode („constitutional inter-election period“, CIEP) nicht dazwischengekommen wäre. Diese Problematik versucht man mit der Einspeisung einer entsprechenden Kontrollvariable betreffend der übrigen Wahlperiodenzeit mitzubearbeiten, so auch in dieser Studie.

Die unabhängigen/erklärenden Variablen meiner Untersuchung werden, wie schon eingangs erwähnt, Variablen zur Rubrik „Kontrollmechanismen gemeinsamen Regierens“ sein. Genauer gesagt stehen dabei „Watchdog“-Staatssekretäre und „beschattende Ministerienverteilung“ im Fokus.

Während sich die Präsenz von „Watchdog“-Staatssekretären bereits in einigen Studien als zusätzliche Indikator-Kontrollvariable wiederfindet, fehlt es an einer umfassenderen Betrachtung gänzlich. Eine Art der Bezifferung gab es lediglich insofern, dass manche Studien eine Existenz erst ab einer Anzahl bejahten, die mindestens jener der Koalitionsparteien selbst entsprach. Eine zusätzliche intervallskalierte Variable bezüglich der Auswirkung einer steigenden Anzahl dieser Sekretäre fand bis dato aber noch in keine namhafte Studie Einzug. Diesem Forschungsinteresse wird die vorliegende Arbeit mit der Variable „Anzahl Watchdog-Staatssekretäre“ gerecht. Darüber hinaus sind in der Analyse noch die Parameter „Anzahl aller Staatssekretäre“ (also auch die, der derselben Partei wie der „Seniorminister“ angehören) und „Anzahl Ministerien“ erfasst. Damit soll auf Verzerrungen hinsichtlich unterschiedlicher Regierungsgrößen Rücksicht genommen werden und ausgeschlossen werden, dass hohe „Watchdog“-Zahlen schlichtweg nur deswegen einen Einfluss auf die Regierungsdauer haben, weil bei großem Ämtervolumen eine hohe Anzahl dieser ohnehin wahrscheinlicher ist.

Variablen zu (beschattenden) Ministeramtsverteilungen lassen sich, im Gegensatz zu Staatssekretären, in Analysen zur Regierungsbeständigkeit bisher sogar durchweg vermissen. Studien, wie jene von Fernandes et al. (2016), geben zwar Einblick in den Aufbau und strategischen Überlegungen dahinter, Auswirkungen auf Determinanten, wie die Regierungsdauer, liefern sie aber nicht. Dieser Lücke wird vorliegende Untersuchung primär mit den Variablen „Beschattende Ministerienverteilung“ (als Dummy-

Variable) und „Anzahl beschatteter Ministerienpaare“ (wiederum als intervallskalierte Variable) gerecht. Bei der Aufbereitung des Datensatzes wurden, wie schon gesagt, nicht immer alle Ministerien aller Regierungen gegenüberstellend zusammengeführt, sondern immer nur die sechs international prestigeträchtigsten. Hauptgrund dafür war, dass es diese Ministerien bislang in allen verwendeten europäischen Demokratien über einen langen Zeitraum hinweg gab und es aus Vergleichszwecken wenig Sinn gemacht hätte, alle noch so kurz bestandenen, länderspezifischen Ministerien einzubauen. Als Kontrollvariable fungierte auch in den Modellen zur beschattenden Ministerienverteilung die Anzahl der Ministerien. Die Gesamtzahl der Staatssekretäre auch hier miteinzubeziehen hätte hingegen keinen Sinn gemacht. Allerdings wurden die drei verwendeten Ministerienpaare auch noch einzeln als erklärende Variablen miteingebaut, um so etwaige starke Einflüsse eines oder mehrerer dieser Paare separat zu entschlüsseln.

Zu guter Letzt finden sich in drei kombinierten Modellen der Haupttabelle noch Angaben zur Korrelation und Signifikanz beider Kontrollmechanismen gemeinsam. Da alle zwei der Kategorie „ex ante“ angehören, war es naheliegend, auch noch den kombinierten Effekt darzustellen und zu analysieren. Die Existenz dieser beiden Mechanismen wurde, aufgrund weiterer Variablen zur jeweiligen Anzahl, bereits ab einer Zahl von einem „watchdog“ bzw. einem von drei Ministerienpaaren pro Kabinett angenommen.

In zwei Subsets werden in weiteren zwei Tabellen die Hypothesen 3 und 4 untersucht. Das Interesse liegt hier zum einen in der Gegenüberstellung von Minderheits- und Mehrheits(koalitions-)regierungen. Minderheitsregierungen sind naturgemäß ständig der Gefahr ausgesetzt, von den Oppositionsparteien gestürzt zu werden. Durch rege Interaktion und Einbindung eines mehrheitssichernden Bündnisses oder ähnlichen Kooperationen mit zumindest einem Teil der restlichen Parlamentsparteien, versuchen sich solche Regierungen in den meisten Fällen über Wasser zu halten. Eine stabile interne Regierungspartnerschaft ist dafür Grundvoraussetzung. Die Installation von Kontrollmechanismen sollte daher besonders bei Minderheitsregierungen eine größere Rolle spielen und der stabilisierende Effekt gleichsam stärker sein.

Zum anderen findet sich in der Literatur auch häufig die Unterscheidung zwischen vorgezogenen Neuwahlen und fliegenden Regierungswechseln. Regierungen, die inmitten einer Zwischenwahlperiode ins Amt kommen, bleiben dem Umstand entsprechend

nur eine verkürzte mögliche Restperiode bis zur nächsten Wahl zu Verfügung. Etwaige Instrumentarien zur gegenseitigen Kontrolle stehen daher in solchen Koalitionsregierungen wohl gar nicht erst groß auf der Agenda. Nach vorgezogenen Neuwahlen bietet es sich demnach eher an, Kontrollmechanismen einzusetzen. Eine dadurch gewährleistete gegenseitige Beobachtung sollte, den Hypothesen zu Folge, die Chance auf eine lange Zusammenarbeit erhöhen.

Die genannten, potentiellen Effekte der zur Erörterung stehenden Kontrollapparate werden durch elf Modelle in der Haupttabelle und je drei Modellen in den Nebentabellen näher beleuchtet. Folgende unabhängige Variablen fungieren hierbei als zusätzliche Kontrollparameter:

Medianpartei: Ordnet man die Parteien eines Staates auf einer klassischen, eindimensionalen Links-Rechts-Skala an, wird unter der Medianpartei diejenige Partei verstanden, die jeweils mit dem kumulierten Sitzanteil ihrer ideologischen linken bzw. rechten Seite eine Mehrheit von über 50 Prozent erreicht. Nehmen wir an, in einem politischen Spektrum gibt es nach einer Wahl, von links nach rechts gesehen, die Parteien A, B, C und D mit Sitzanteilen von 20, 15, 40 und 25 Prozent. Die Medianpartei wäre in diesem Fall C (vgl. Carmignani 2002: 274). Die entscheidende Rolle dieser Partei liegt dabei nicht (nur) zwingend in ihrer Größe, sondern, mindestens ebenso bedeutsam, in ihrer ideologisch zentralen Position. Ohne die Beteiligung der Medianpartei kann eine minimale Gewinnkoalition nur sehr erschwert und eine minimale verbundene Gewinnkoalition gar nicht zustande kommen. Daher wird in den meisten Studien auch erwartet, dass die Anwesenheit von Medianparteien in Regierungen einen positiven Einfluss auf die Regierungsbeständigkeit hat (vgl. ebd.: 255 f).

Status quo: Ein weiterer Faktor, der in Regierungsanalysen häufig eine Rolle spielt, ist jener des Status quo. Damit soll überprüft werden, ob und in welcher Weise ein Einfluss besteht, wenn die parteiliche Zusammensetzung von einer zu nächsten Regierung dieselbe bleibt. Hier kann es je nach Umstand des Zerfalls einer Regierung und der Art der Forschungsfrage zu sehr unterschiedlichen, signifikanten Ergebnissen kommen. Während beispielsweise Strøm, Budge und Laver (1994) solchen Regierungen einen bevorteilten Stand bei Regierungsverhandlungen und darüber hinaus

prophezeiten, sagten ihnen zum Beispiel Baron und Diermeier (2001) einen negativen Effekt voraus. Egal welcher Meinung man sich anschließt, der Status quo sollte in den meisten Arbeiten zumindest als Kontrollvariable Beachtung finden, so auch in dieser.

Ideologische Reichweite: Neben der Medianpartei-Hypothese haben Forscher in den letzten Jahrzehnten eine weitere „policy“-orientierte Erklärung zu Regierungsbildungen und Regierungsdauern entwickelt. Bereits erste wissenschaftliche Studien (vgl. z. B. Axelrod 1970; De Swaan 1973; Warwick 1994) gehen davon aus, dass Koalitionen ideologisch weit auseinanderliegender Parteien kürzer im Amt sind als ideologisch kompaktere. Hauptgrund sei vor allem der Umstand, dass die beteiligten Parteien hier schlichtweg größere „Policy“-Kompromisse finden müssen und diesem Prozess freilich mehr Konfliktpotential inhärent ist. Das Messen der ideologischen Distanz der Regierung kann auf viele unterschiedliche Weisen erfolgen. Die einfachste und für meine Untersuchung praktikabelste Methode ist auch hier wieder eine Berechnung durch das Heranziehen des eindimensionalen Politikspektrums. Angelehnt an den ParlGov-Datensatz von Döring/Manow (2020), wurden hier alle Parteien der jeweiligen parlamentarischen Politiklandschaft auf einer Skala von 0 bis 10 angeordnet. Die Differenz der jeweils am weitesten links und rechts stehenden Regierungspartei ergab schließlich die ideologische Reichweite der Koalitionsregierung. Je höher dieser Wert ist, desto polarisierter kann die Regierung angesehen werden und vice versa.

Sitzanteil im Parlament: Eine weitere Kontrollvariable, die oft Einzug in wissenschaftliche Studien findet, ist jene des parlamentarischen Stimmgewichts der ins Amt strebenden Parteien. Im Durchschnitt zeigen die bisherigen Ergebnisse folgendes Bild: Je höher der Sitzanteil einer Regierung ist, desto mehr Rückhalt im Parlament genießt sie und desto weniger Querschüsse von der Opposition muss sie befürchten. Dies sollte eine Koalition grundsätzlich stabilisieren, aber nur bedingt. Zieht man sich Studien zu verschiedenen Regierungsformen heran, kann festgestellt werden, dass tendenziell Kabinette, die nur knapp eine parlamentarische Mehrheit erreichen, oft länger halten als „übergroße“ Kabinette. Die Variable des „Sitzanteils im Parlament“ ist ein gutes Beispiel dafür, dass unabhängige Variablen, wie ihr Name vielleicht anmuten lässt, nicht immer auch unabhängig von anderen Variablen gesehen werden sollten, sondern als großes Ganzes. Isoliert betrachtet, sollte die Variable wohl aber eine leicht positive Tendenz in Bezug zur Regierungsdauer aufweisen, je höher der Sitzanteil ist.

Übergroße Koalitionen halten in den meisten Staaten im Schnitt nämlich länger als Minderheitskoalitionen. Weitere Informationen dazu folgen noch später im deskriptiven Empirieteil.

Anzahl der Regierungsparteien: Sowohl aus „Office“- als auch aus „Policy“-Sicht macht es für politische Akteure Sinn, die Anzahl der an der Regierung beteiligten Parteien gering zu halten. Erstens gibt es weniger Unstimmigkeiten über Ämterverteilungen, zweitens weniger Disput bei thematischen Auseinandersetzungen. Schon Leiserson (1968) schreibt vom sogenannten „size principle“, wo er vorbringt, dass Regierungsmitglieder immer nach der geringst möglichen Anzahl an Partnern streben sollten, da es kleineren Gruppen vermutlich leichter fällt, Vereinbarungen zu treffen. Weniger Unstimmigkeiten sollten dementsprechend auch die Überlebenszeit der Koalition verlängern. Über diesen Standpunkt herrscht breiter Konsens in der Literatur. Die entsprechende Variable wird daher auch in meine Arbeit inkludiert.

Minderheitskoalition: Solche Regierungen bzw. Koalitionen sind vom Ruf geprägt, unbeständiger und kurzlebiger zu sein als Mehrheitskabinette. Obwohl dies in einigen Fällen zutrifft, muss dieser Grundsatz teilweise relativiert werden. Minderheitsregierungen, die Unterstützung oder zumindest Toleranz einer oder mehrerer Oppositionsparteien erfahren, fällt es naturgemäß leichter, ähnlich lange im Amt zu bleiben, als jenen ohne Abmachungen mit der Opposition (vgl. Krauss/Thürk 2021). In vielen Staaten, in denen es keine Investiturabstimmung gibt, ist es zwar problemlos möglich, ohne parlamentarische Mehrheit ins Amt zu kommen, Akzeptanz und Beständigkeit sind dagegen die andere Seite der Medaille. Politischer Druck oder Misstrauensabstimmungen bringen sie oft früh zu Fall. Da Mehrheitsregierungen in der Regel keine Unterstützung von Nichtkabinettsparteien benötigen und sich auf ihre eigene Mehrheit im Parlament verlassen können (mit Ausnahme von Gesetzesänderungen im Verfassungsrang), müsste es ihnen grundsätzlich möglich sein, länger als Minderheitsregierungen zu bestehen. Dieser Effekt sollte, trotz der zuvor beschriebenen Relativierung, auch in meinem Datensatz, zumindest zu einem gewissen Grad, zum Vorschein kommen. Durch eine dichotome Variable wird dem Einfluss von Minderheitskoalitionen auf die Amtsdauer in der späteren Analyse Rechnung getragen.

Minimale Gewinnkoalition: Theorien zu diesem binären Koalitionsindikator sind vielfältig. Erste Hypothesen finden sich bereits in Studien aus den 1950er und 1960er Jahren (vgl. Von Neumann/Morgenstern 1953; Gamson 1961; Riker 1962). Die genannten Autoren schlagen vor

„that if parties are seeking office to capture a fixed quantity of portfolios, they will form coalitions that win (that is, control a majority of seats in the legislature) without including any members unnecessary to the government's majority, thereby ensuring that individual members of the coalition obtain the maximum possible office benefits“ (Martin/Stevenson 2001: 34).

Diesen Gedankengang kennen wir schon von der Variable über die Anzahl der Regierungsparteien. Hier äußerte Leiserson (1968) den Standpunkt, dass Regierungsmitglieder versuchen sollten, die Anzahl der Partner gering zu halten, da es kleineren Parteiengruppen vermutlich leichter fällt, Einigungen zu erzielen. In weiteren Arbeiten findet sich auch der Hinweis, dass die jeweils größte Partei den „zentralen Akteur“ in Koalitionsverhandlungen darstellt und zumeist Teil der Regierung sein wird (vgl. Peleg 1981; Van Deemen 1989). Axelrod (1971) und De Swaan (1973) ergänzen in späteren Arbeiten diese eher „office“-basierten Theorien um die „Policy“-Komponente und bringen vor, dass es häufig zu minimalen Gewinnkoalitionen kommt, um Transaktionskosten in Verhandlungen zu minimieren. Zusätzlich zur geringst möglichen Parteienanzahl sei dabei auch der ideologische Faktor nicht wegzudiskutieren. Minimale Gewinnkoalitionen, die auch ideologisch benachbart sind, sollten eine umso höhere Chance haben, lange im Amt zu bleiben.

Investiturabstimmung: Eine Investiturabstimmung ist ein Mechanismus des positiven Parlamentarismus. Damit eine Regierung hier ins Amt kommen kann, benötigt sie die mehrheitliche Zustimmung des Parlaments. Dieser Abstimmung muss sich entweder nur der Regierungschef (z. B. Deutschland) oder die ganze Regierung (z. B. Belgien) stellen (vgl. Bergman 1993). Es ist davon auszugehen, dass Regierungen, die sich einer solchen Abstimmung unterziehen müssen, beständiger sein werden als jene ohne diesem Erfordernis.

Übrige Wahlperiodenzeit / „constitutional interelection period“ (CIEP) (geloggt): Durch die Inkludierung dieser Variable wird der Umstand berücksichtigt, dass nicht alle

Regierungen dieselbe Zeit zu regieren genießen. Kürzere, verfassungsbedingte Legislaturperioden oder Amtsantritte innerhalb einer laufenden Wahlperiode können Gründe dafür sein. Regierungen, die direkt nach einer Wahl ins Amt kommen, haben naturgemäß größeres Potential eine längere Zeitspanne an der Macht zu sein, ceteris paribus. Zur besseren Darstellbarkeit wurden die hohen Zahlenwerte der einzelnen Regierungsdauern logarithmiert, was aber nichts an der Größenrelation zueinander änderte.

Osteuropa: Als letzte erklärende Kontrollvariable fungiert die Kennzeichnung der osteuropäischen Staaten. Die wesentlich längere parlamentarische Tradition der meisten westeuropäischen Demokratien war die Ursache für das Miteinbeziehen dieser Variable. Ein eigenes Modell „Westeuropa versus Osteuropa“ wäre für diese Studie nicht geeignet gewesen, da der Datensatz wesentlich mehr west- als osteuropäische Fälle enthält und es somit zu ungewollten Verzerrungen hätte kommen können. Erwartungen in Richtung eines positiven oder negativen Einflusses der Osteuropastaaten auf die Regierungsstaaten gibt es nicht.

Zusammen bilden diese vorgestellten Kontrollvariablen zugleich das erste Modell der empirischen Regressionsanalyse dieser Arbeit.

4.2 Die Methode

Nach deskriptiven Veranschaulichungen des Datensatzes folgen einige Tabellen und Ausführungen zu einer der bedeutsamsten Methoden zur Analyse von Überlebenszeiten. Gemeint ist das von Sir David Cox (1972, 1975) entwickelte „Cox Proportional Hazards Model“. Es ist durch seine semi-parametrische Ausgestaltung gekennzeichnet. Das heißt, dass es zwar, so wie parametrische Modelle, ebenfalls eine zeitliche Abhängigkeit annimmt, aber diese im Gegensatz nicht genauer spezifiziert werden muss. Solche Spezifizierungen sind in vielen Fällen zudem auch nicht einfach zu tätigen und bergen bei leichten Ungenauigkeiten schnell die Gefahr einer gänzlichen Verfälschung des Ergebnisses (vgl. Jäckle 2010: 89).

Die Form des „baseline hazard“ wird daher nicht benötigt, um das Modell zu berechnen. Die inkludierten Co-Variablen werden zwar ebenso parametrisiert, die

Verteilungsfunktion der verschiedenen Überlebenszeiten hingegen nicht. Daraus ergibt sich als zweiter Vorteil, dass ein Cox-Modell, im Vergleich zu parametrischen Modellen, auch mit deutlich weniger Annahmen bzw. Variablen berechnet werden kann (vgl. ebd.).

Jede zusätzliche Annahme birgt natürlich die Gefahr einer potentiellen, weiteren Fehlerquelle. Das Cox-Modell ist daher, drittens, in der Lage, diese Tücke auf ein Minimum zu reduzieren. Somit kann auch besser mit zensierten Datenangaben umgegangen werden, da nicht zwingend immer alle Informationen gegeben sein müssen. Mithilfe der von Cox entwickelten „Partial Likelihood“-Methode (PL-Methode) werden diese fehlenden Informationen geschätzt. Ein „baseline hazard“ kann und muss dabei eben nicht berechnet werden, da dieser eine vollständige Datenmenge benötigen würde (vgl. ebd.).

Letztlich können auch kategoriale Variablen unbedenklich in solch ein semi-parametrisches Modell miteinbezogen werden (vgl. ebd.).

Im Cox-Modell besteht, auf der anderen Seite, das Manko, dass ausschließlich relative Überlebensdauern, ohne exakte Zeitpunkte, verwendet werden müssen. Theoretisch könnte solch ein Informationsverlust zu merklichen Verzerrungen der Resultate führen. Frühere Studien zeigten aber bereits, dass bei ausreichend großer Stichprobenzahl, die Cox-Variante, hinsichtlich Effizienz und Präzision, ähnliche Ergebnisse liefert. Der Einsatz genauer Anfangs- und Endzeitpunkte von Regierungen würde zwar weitere Informationen über die Risikorate zu jeweiligen Zeitpunkten geben, ein größerer Erkenntniswert bezüglich der Auswirkung bestimmter unabhängiger Variablen auf die Überlebenswahrscheinlichkeit konnte in bisherigen Studien aber nicht klar bejaht werden (vgl. ebd.: 89 f).

Ein weiteres Charakteristikum des Cox-Modells, auf welches bisher noch nicht eingegangen wurde, ist, dass für die Berechnung zunächst alle Ereignisse in eine zeitliche Reihenfolge gebracht werden müssen. Gibt es zwei oder mehrere Events, die dieselbe Überlebenszeit („clock-time“) aufweisen, spricht man von sogenannten „tied events“. Da der „hazard“ (das Risiko) des Cox-Modells stetig verläuft, kann die PL-Funktion solche gebundenen Ereignisse nicht berücksichtigen. Um diese Beeinträchtigung auszumerzen, gibt es mittlerweile drei Methoden, die sich dieser Problematik annehmen – nämlich die „Breslow“- , die „Averaged Likelihood“- und die „Exact Partial Likelihood“-Methode. Die am häufigsten, auch in dieser Arbeit verwendete Methode ist die

„Breslow“-Methode. Sie ist in den meisten Statistik-Programmen als Standardvariante eingestellt. Es handelt sich bei ihr um eine relativ einfach handzuhabende Methode, die selbst bei einer nennbaren Anzahl an „ties“ (Gleichständen; von Regierungsdauern, Anm.) noch gute Ergebnisse liefert. Mit „tied events“ wird so umgegangen, dass das Programm bei dieser Approximation annimmt, dass solche Events nacheinander aus einem „risk set“ heraus scheitern (vgl. ebd.: 94-96).

Da also inzwischen etwaige methodische Hindernisse sehr gut gemanagt werden können, findet das Cox-Modell, auch über die Sozialwissenschaften hinaus, weitverbreitete Anwendung (vgl. ebd.: 89).

Wie in multiplen, linearen Regressionsmodellen und in logistischen Regressionsmodellen, ist auch in Cox-Modellen das Ziel, den Einfluss verschiedener unabhängiger, erklärender Variablen auf eine abhängige Variable bestmöglich zu ermitteln. Dabei wird hier die „Hazard“-Funktion in Abhängigkeit der inkludierten Einflussvariablen betrachtet. Die dazugehörige Funktion lässt sich mathematisch folgendermaßen darstellen:

$$h(t) = h_0(t) \cdot \exp (\beta_1 X_1 + \beta_2 X_2 + \dots + \beta_m X_m).$$

Die Bezeichnung „exp“ steht hier, genauso wie in der logistischen Regression, für die Eulersche „e“-Funktion, „X₁“ bis „X_m“ repräsentieren die Werte der Einflussvariablen und „β₁“ bis „β_m“ die zu schätzenden Regressionskoeffizienten der Einflussvariablen, aus denen sich adjustierte „hazard ratios“ als Maß für die Stärke des Zusammenhangs berechnen lassen. Die Größe „h₀(t)“ stellt den „baseline hazard“ dar und gibt das Risiko des Regierungsscheiterns in „t“ (= „time“/Zeitpunkt) an, wenn alle Einflussvariablen null sind (vgl. Ziegler et al. 2007: 2 f).

Die zentrale Annahme im Cox-Modell ist, dass der Quotient von Risiken über die Zeit hinweg konstant und somit proportional ist. Dies ist zugleich eine Stärke und eine Schwäche. Denn ein konstantes, relatives Risiko scheint nur bei bestimmten Untersuchungsgegenständen oder Beobachtungszeiträumen angebracht. Zum Beispiel würde das Cox-Modell bei psychotherapeutischen Therapien unterstellen, dass ein Behandlungseffekt einer Therapie A, sofern er denn besteht, über die Zeit hinweg konstant ist.

Demnach würde diese Therapie zu jedem Zeitpunkt einen Vorteil gegenüber einer anderen Therapie B haben. Behandlungseffekte zum Beispiel nur früh oder nur spät in der Zeit würden damit nicht bemessen. In solchen Fällen muss dann auf andere statistische Verfahren ausgewichen werden (vgl. ebd.: 2). Bei Überlebenszeitstudien zu Regierungen ist das Cox-Modell unter Beziehung entsprechender Co-Variablen aber eine gängige Methode. Durch eine Einteilung in vier Modellgruppen mit unterschiedlichen Variablenpaaren wurde dieser Überlegung im empirischen Analyseteil dieser Arbeit Rechnung getragen.

Der Untersuchungsgegenstand sind dabei die jeweils tatsächlich gebildeten Regierungen. Jüngere Studien innerhalb der „Duration“-Literatur ziehen zu manchen Fragestellungen alle potentiell bildbaren Regierungsvarianten bei (vgl. z. B. Chiba et al. 2015). Während jeder Formationsmöglichkeit ergibt das $2^n - 1$ mögliche Regierungsvarianten („n“ = „number“/Anzahl der Parlamentsparteien, Anm.), von denen jeweils immer nur eine tatsächlich die Amtsgeschäfte aufnimmt. Je mehr Parteien also bei einer möglichen Formationsmöglichkeit im Parlament vertreten sind, desto mehr mögliche Regierungsvarianten gibt es auch. Ein Parlament bestehend aus fünf Parteien ließe demnach 31 potentielle Fälle zu, davon fünf Alleinregierungen, eine Allparteienregierung und 25 Koalitionsregierungen ($2^5 - 1 = 31$). Datensätze, die viele Staaten mit stark zersplitterten und polarisierten Parteiensystemen enthalten, können schnell eine Fallzahl im dreistelligen Tausenderbereich aufweisen.

Während es klarerweise nicht möglich ist, nicht gebildete Regierungen während einer potentiellen Amtszeit zu beobachten, ist es hingegen denkbar, ihre Bildungswahrscheinlichkeit mithilfe eines „multinomial choice model“ – genauer gesagt, mit einem „conditional logit model“ – zu schätzen (vgl. Greene 2012: 806 f). Chiba et al. (2015: 42) gehen davon aus, dass sich Parteien ihre Koalitionspartner immer auch im Hinblick auf die erwartete Regierungsdauer auswählen.

„[W]hen legislative parties negotiate over the composition of the government, they presumably do so with an eye to the expected stability of that government“ (ebd.).

Diese erwartete Dauer muss nicht immer die längst mögliche sein, wie zum Beispiel De Swaan (1973) anspricht. In manchen Fällen scheint auch eine kürzere Periode erstrebenswert (vgl. Diermeier et al. 2003). Egal welcher Meinung man folgen mag,

beide lassen darauf schließen, dass der Formations- und der Überlebensprozess von (Koalitions-)Regierungen eng miteinander verbunden sind. Das bedeutet aber auch, dass wir kabinettsspezifische Merkmale prinzipiell nicht ohne Weiteres als erklärende Variablen in Regressionsmodelle einfließen lassen können (vgl. Chiba et al. 2015: 42). Diermeier (2006) spricht in diesem Zusammenhang von einem „selection problem“ oder „selection bias“. Chiba et al. offerieren mit ihrem Copula-Approach einen möglichen Lösungsweg, dieser potentiellen Verzerrung entgegenzuwirken. Zu beachten ist aber, dass im Copula-Modell, im Vergleich zu normalen Regressionsmodellen, viele kabinettbezogenen Variablen ihre Signifikanz verlieren. Grund hierfür ist, dass der Einfluss potentieller Koalitionspartner auf die Regierungsbeständigkeit bereits vor einem möglichen Amtsbeginn miteinkalkuliert wird.

Dieser Approach mag für attributsbezogene Forschungsarbeiten einen Gewinn darstellen. In Studien wie dieser, in denen es um nicht im Vorhinein feststellbare oder kalkulierbare Variablen, wie „Ex-post“-Kontrollmechanismen, geht, eignet sich dieser Ansatz jedoch weniger. Staatssekretäre oder Ministerienverteilungen sind Dinge, die in den allermeisten Fällen erst in Koalitionsverhandlungen selbst besprochen werden. Etwaige Schätzungen für alle potentiellen Regierungen wären wohl technisch möglich, erscheinen aber für die Bedürfnisse dieser Untersuchung unsachgemäß. Aus diesem Grund stützt sich diese Arbeit in der empirischen Regressionsanalyse ausschließlich auf den von Cox entwickelten „Proportional Hazards“-Ansatz. Im Folgenden wird nun der zugrunde gelegte Datensatz dazu näher skizziert.

4.3 Der Datensatz

Der hier verwendete Datensatz enthält Informationen zu 398 Koalitionsregierungen aus 15 west- und zehn osteuropäischen parlamentarischen Demokratien zwischen 1944 und 2018. Somit soll nicht nur die westeuropäische Datensammlung weiter mit Forschungsfragen und Hypothesen bearbeitet werden, sondern auch der jüngeren Datenlage aus Osteuropa Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Daten zu Westeuropa stammen von Müller/Strøm (2000a), jene zu Osteuropa aus einer analogen Studie von Bergman et al. (2019).

Zu den enthaltenen Informationen zählen umfangreiche Daten zur Dauer und Governance-Struktur von Regierungen sowie detailreiche Auskünfte zu den Attributen jedes Parteiensystems. Um all diese Daten zu erlangen, wurde ein hoher logistischer und zeitlicher Aufwand durch die jeweiligen Länderexperten betrieben. Alle Angaben wurden auf Basis einer Vielzahl von Quellen erhoben. Darin inkludiert sind Koalitionsdokumente (einschließlich Koalitionsvereinbarungen), Medienberichte, semi-strukturierte Interviews mit Politikern und politischen Experten usw. (vgl. Ecker et al. forthcoming a: 15).

Der Datensatz enthielt leider keine Hinweise zur ideologischen Einstufung der einzelnen Parteien – weder zur Regierung noch zur Opposition. Diese Lücke wurde mithilfe der ParlGov-Daten von Döring/Manow (2020) geschlossen. Ebenso fehlte es an Informationen zu den in dieser Arbeit zur Diskussion stehenden Kontrollmechanismen gemeinsamen Regierens. Während Variablen zur Ministerienverteilung noch durch das Zusammenführen anderer Werte händisch ergänzt werden konnten, mussten die generierten Felder zu „Watchdog“-Staatssekretären fast gänzlich durch externe Recherche hinzugefügt werden. Eine genaue Auflistung dazu findet sich im Anhang. Der Überwachungsmechanismus der „watchdogs“ muss im Gegensatz zur „shadowed portfolio distribution“ nicht zwingend bestehen. Von den 398 behandelten Koalitionen fanden sich Daten zu dieser Art von Staatssekretären in 173 Fällen. Die anderen 225 Kabinette verwendeten diesen Kontrollapparat entweder nicht oder es ließen sich keine oder nur unzureichende Daten dazu finden.

Einige Regierungen mussten, des Weiteren, aus der Analyse exkludiert werden. Dies betraf vor allem Einparteienregierungen, da diese schlicht das Koalitionskriterium nicht erfüllen. Außerdem wurden „Non-partisan“-Regierungen vom Datensatz gestrichen, da hier weder festgestellt werden kann, ob es sich um eine Koalition handelt noch wie viele „Parteien“ dabei sind, da die amtierenden Minister hier zumeist keiner übergeordneten Gruppierung – sei es eine Partei oder eine andere Organisation – angehören. Von den gesamt 582 Kabinetten wurde demgemäß auf die besagten 398 reduziert. Zwei der 398 Fälle fielen zudem während der Regressionsanalyse heraus, da eine Variable fehlte. Dabei handelte es sich um die ersten beiden italienischen Koalitionen der Nachkriegszeit von Parri und De Gasperi. Sie wurden vom König ernannt und ihnen stand kein Parlament gegenüber. Somit mangelte es an der Variable „Cabinet Seat Share“.

Ein häufiges Problem bei wissenschaftlichen Datensätzen ist zudem die Datenzensierung („data (right-)censoring“). Dieser Einschnitt tritt vor allem dann auf, wenn sehr aktuelle Materialien herangezogen werden. Dort ist es oft der Fall, dass der Untersuchungszeitraum während einer laufenden Regierungsperiode endet. In diesen Fällen weiß man nur, dass die Amtsperiode irgendwann nach Forschungsende aufhören wird, man kennt aber nicht das genaue Datum. Diese Gegebenheit bestand im hier verwendeten Datensatz in einigen westeuropäischen Staaten. Um dahingehende Verzerrungen in der Analyse auszuschließen, wurden die betroffenen Fälle von mir im Nachhinein ergänzt. Dies betraf die Regierungsdauer selbst sowie einige weitere Kontrollvariablen, die bei Untersuchungsende noch nicht feststanden.

Eine weitere Art der Datenzensierung stellt auch das Ende einer verfassungsmäßig festgelegten Legislaturperiode (CIEP) dar. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Regierung, die diesen Zeitpunkt erreicht, auch noch länger gehalten hätte, ist in vielen Fällen sehr hoch. Durch die Inkludierung einer dementsprechenden Kontrollvariable wurde dieser Faktor aber ebenso berücksichtigt.

5 Empirische Analyse

Dieser Abschnitt gibt in einem ersten Teil, zur besseren Veranschaulichung des Datensatzes, eine ausgedehnte statistische Aufbereitung der wichtigsten, in dieser Arbeit zum Einsatz kommenden Variablen.

Daran angeschlossen folgen vertiefendere „Cox Proportional Hazards“-Regressionsmodelle zur Koalitionsregierungsdauer. Dabei wird der Einfluss der Kontrollmechanismen „Watchdog“-Staatssekretäre und beschattende Ministerienverteilung zu Beginn mittels des gesamten Datensatzes und im Anschluss durch zwei Subsets davon berechnet und dargeboten.

Zum Schluss folgen noch eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse und einzelne abschließende Bemerkungen.

5.1 Deskriptive Analyse

In den ersten beiden Diagrammen soll zunächst der Unterschied zwischen der durchschnittlichen absoluten Amtsdauer und der durchschnittlichen Amtsdauer in Relation zur maximalen CIEP der 25 Staaten von Interesse dargestellt und verglichen werden. Ziel dieser Veranschaulichung ist, einen guten Startpunkt für die folgenden vergleichenden Überlebenszeitanalysen der Koalitionsregierungen zu setzen und allgemein ein besseres Verständnis des zugrundeliegenden Datensatzes zu ermöglichen. Während es zum einen große Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten gibt, sind zum anderen auch die Divergenzen von absoluter und relativer Regierungsdauer innerhalb der Staaten teilweise sehr markant.

Diagramm 1 wendet sich dem Punkt der im Durchschnitt absoluten Dauer der Koalitionen zu. Länder mit hohen, überdurchschnittlichen Werten sind zum Beispiel Luxemburg (1.201 Tage), Irland (998 Tage) oder Island (920 Tage). Eher kurzweilige, mehrparteiliche Kabinette finden sich in Portugal (340 Tage), Lettland (332 Tage) und Griechenland (117 Tage). Die durchschnittliche absolute Amtsdauer, über alle Nationen hinweggesehen, liegt bei 644 Tagen – also zirka einem Jahr und neun Monaten. Die Slowakei stellt mit im Schnitt 663 Tagen Koalitionsdauer das Maßstabsland dar.

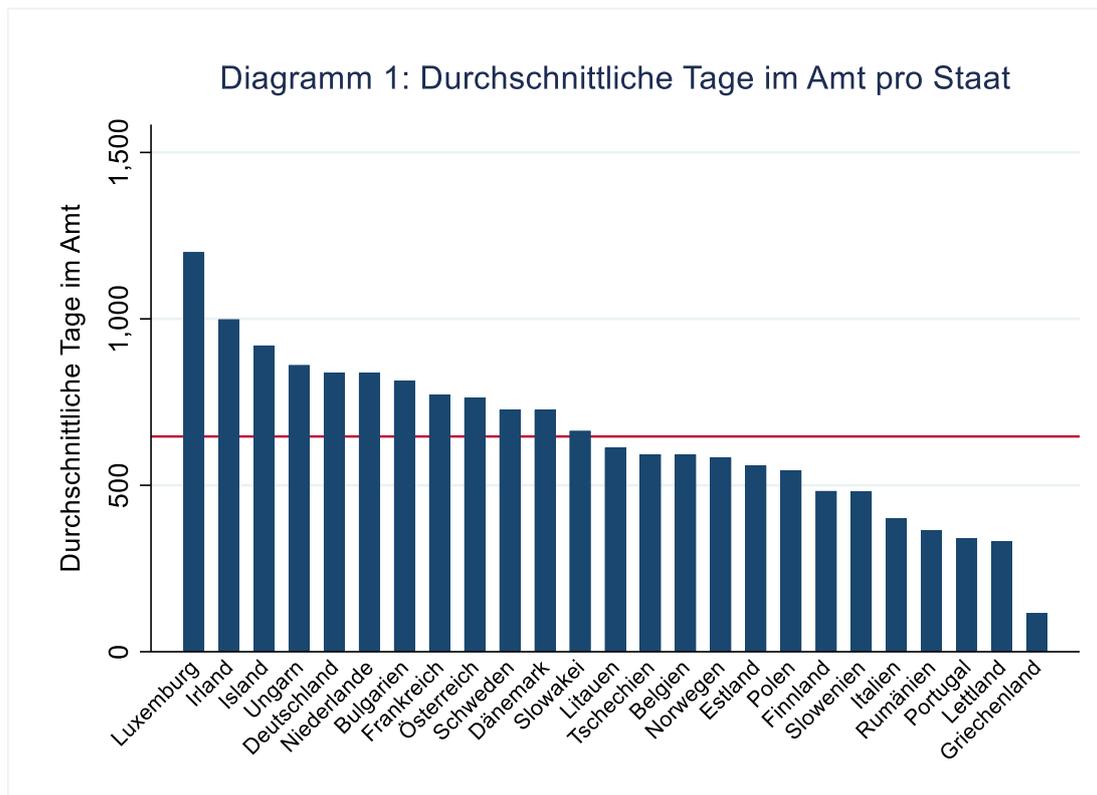
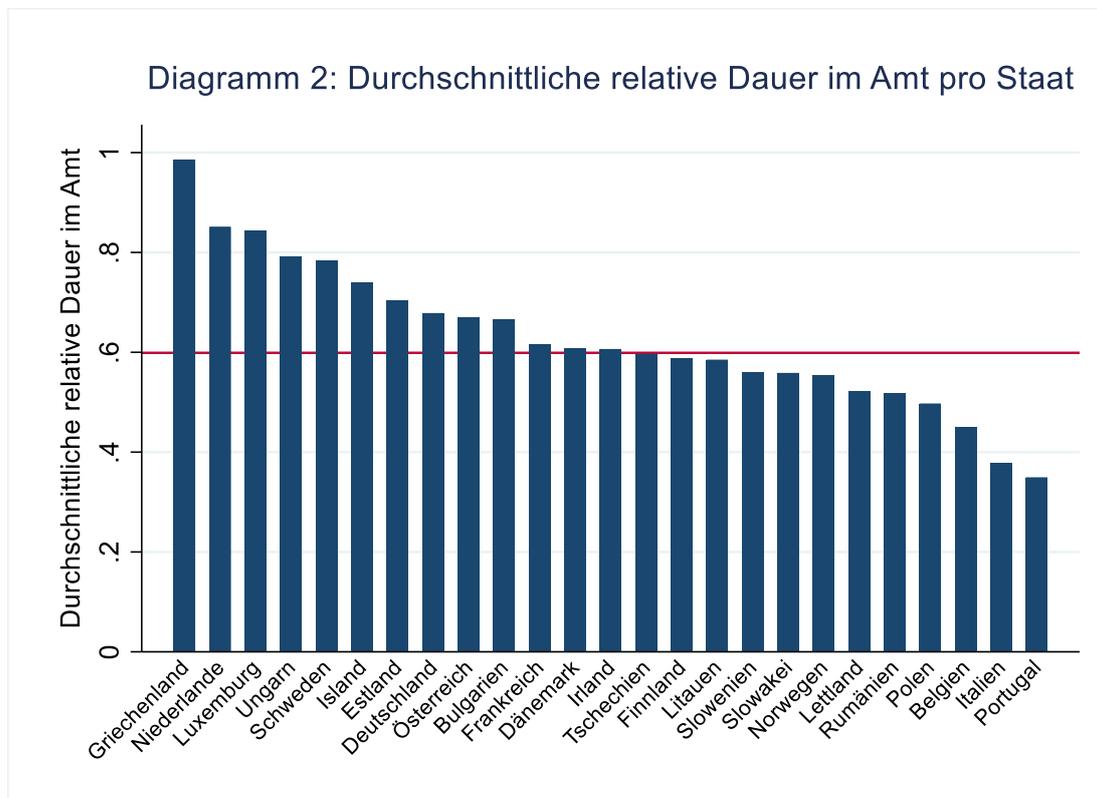


Diagramm 2 verdeutlicht, in einem spezifischeren Schritt, die durchschnittliche Länge der Amtszeiten im Verhältnis zu den jeweiligen, maximal möglichen Zeiträumen (PMPD = „percentage of the maximum potential duration“). Die Berechnung dazu lässt sich mit folgender Formel ausdrücken:

$$\text{PMPD} = \left(\frac{\text{Koalitionsregierungsdauer in Tagen}}{\text{übrige Wahlperiodenzeit in Tagen}} \right) \times 100$$

Unangefochten an der Spitze findet sich, konträr zum ersten Balkendiagramm, Griechenland (mit etwa 99 % relativer Koalitionsdauer). Demnach nutzen hier Koalitionen ihr Potential am besten aus. Diese Zahl muss jedoch etwas relativiert werden, da im Datensatz Griechenland mit lediglich zwei Koalitionen nur sehr wenige Fälle zu bieten hat. Das ist zu gering, um zweifelsfrei von einem repräsentativen Ergebnis sprechen zu können. Auf den Plätzen zwei und drei liegen die Niederlande und Luxemburg mit Prozentwerten in der Höhe von 85 bzw. 84. Am unteren Ende der Grafik befinden sich Belgien (45 %), Italien (38 %) und Portugal (35 %), welche immerhin keine übermäßig niedrigen Werte aufweisen. Die durchschnittliche relative Amtsdauer, über alle

Nationen hinweggesehen, liegt bei 60 Prozent. Tschechien liegt mit eben so vielen Prozentpunkten genau im Schnitt.

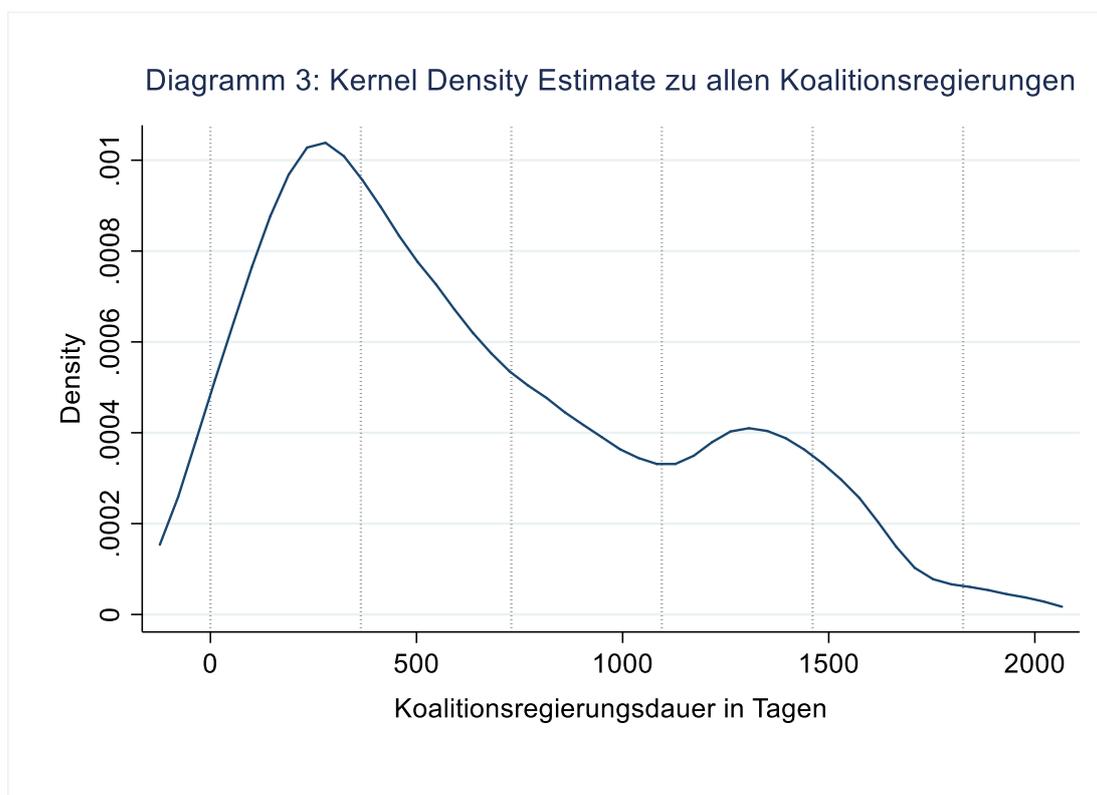


Beide Diagramme zeigen, dass es große Unterschiede zwischen den Staaten, betreffend ihrer Regierungsbeständigkeit, gibt. Während Länder wie Luxemburg in beiden Grafiken auf den oberen Plätzen rangieren, ist für Koalitionen aus Portugal oder Italien ein Blick weiter unten (bzw. rechts im Bild) nötig. Dabei darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass in dieser Arbeit nicht alle Regierungen zur Diskussion stehen, sondern nur von politischen Parteien geführte Koalitionen (also keine Einparteien- oder „Experten“-Regierungen). Des Weiteren lassen die unterschiedlichen Fallzahlen der Staaten keine unumstößlichen Aussagen zu. Auch könnten in den meisten Nationen noch sogenannte „country-fixed effects“ mitbedacht werden, welche das Ergebnis eventuell beeinflussen würden – so zum Beispiel das Institutionendesign, die Pfadabhängigkeit oder die politische Kultur.

Da wir nun die breite Variation der Koalitionsregierungsdauer der einzelnen Staaten herausgearbeitet haben, drängt sich umgehend die Frage auf, ob bzw. wo nicht auch potentielle Gemeinsamkeiten bestehen. Die Abstraktion in Diagramm 3 geht dieser

Frage auf den Grund. Der „Kernel Density Estimator“ ist ein statistischer Überlebensschätzer und ähnelt vom dargebotenen Inhalt her einem Histogramm. In diesem Fall schätzt er die Dichte („density“) aller inkludierten Regierungen und weist auf, zu welchen Zeitpunkten Kabinette häufiger zerfallen.

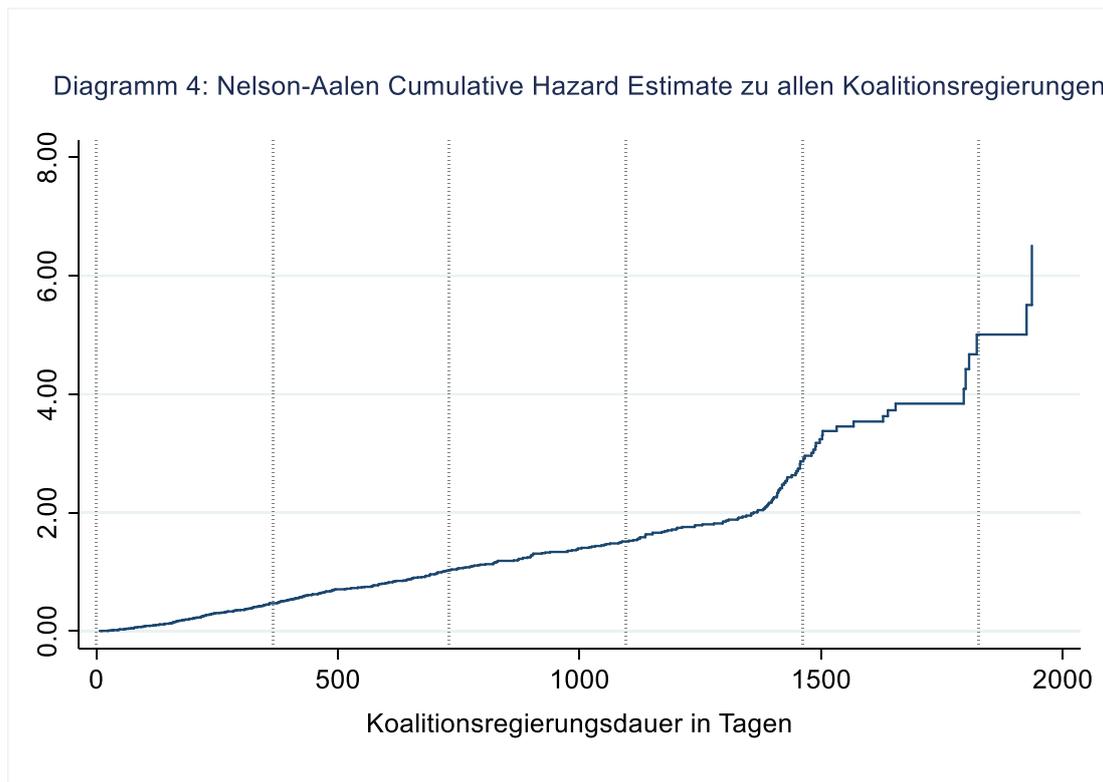
Der zugrunde gelegte Datensatz dieser Arbeit gibt Werte bis zu einer Tageszahl von ungefähr 2.000 Tagen an. Koalitionsbeendigungen sind um die Tage 300 und 1.400 besonders frequent. Dies zeigt, dass Koalitionspartner häufig entweder bereits während dem ersten Jahr wieder getrennte Wege gehen oder aber vermehrt die volle Legislaturperiode, die in zirka drei Viertel der Fälle vier Jahre beträgt, überdauern.



Möchte man zusätzlich zur Schätzung der durchschnittlichen Koalitionsdauer auch noch die Risikorate („hazard rate“) des Zerfalls während des gesamten Zeitverlaufs hinzunehmen, bietet sich der „Nelson-Aalen Cumulative Hazard Estimator“ an (siehe Diagramm 4). Dieser schätzt, wie der Name schon verrät, den kumulierten „hazard“ von Regierungen an einem bestimmten Tag aufgrund eines bestimmten Ereignisses zu enden. Voraussetzung dafür ist, dass dieses Ereignis nicht bereits schon einmal an einem der Tage zuvor stattfand. Zusammengefasst gesagt gibt die kumulierte „Hazard“-Funktion die Wahrscheinlichkeit an, dass ein Event – in unserem Fall die

Regierungsauflösung – zu einem bestimmten Zeitpunkt eintritt, vorausgesetzt dass dieses Event nicht schon zuvor eintrat.

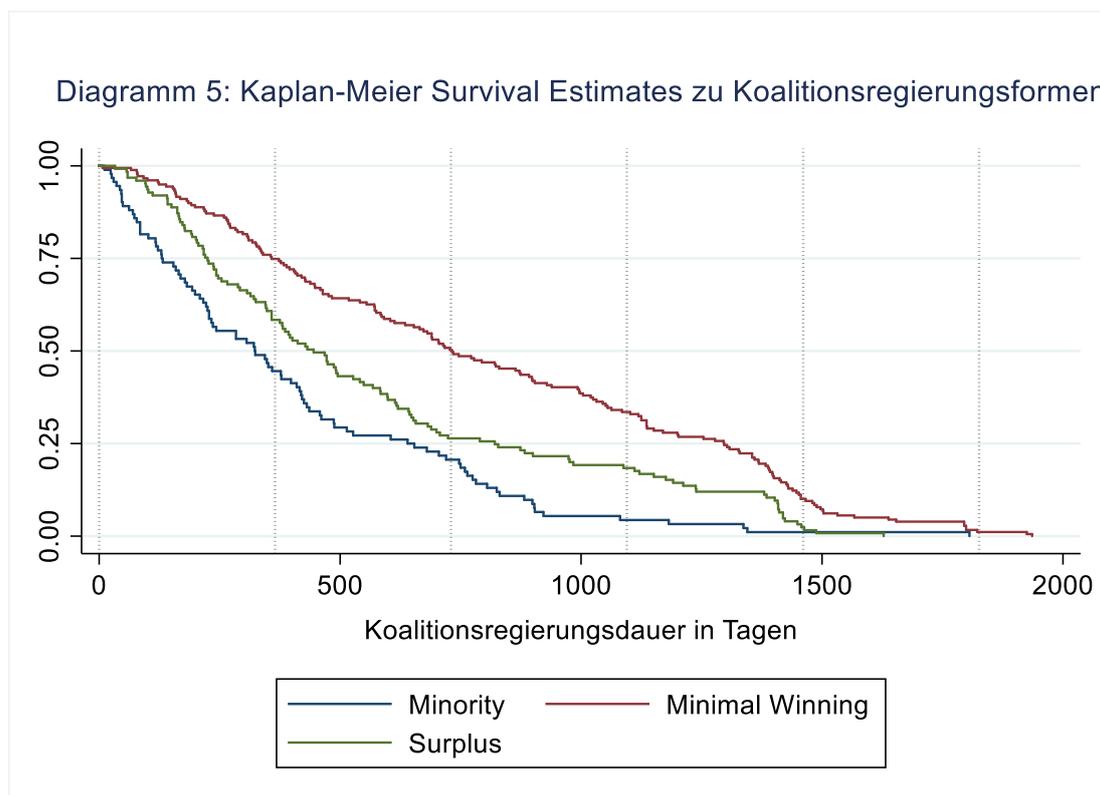
Vergleicht man Diagramm 4 mit Diagramm 3 lässt sich zudem eine besondere Häufung von Regierungsbeendigungen ab dem Tag 1.400 feststellen. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kabinett an Tag 1.401 oder darüber hinaus als beendet gilt, ist also sehr hoch. Wirft man zum Vergleich noch einmal einen Blick auf Diagramm 3, bemerkt man, dass hier die Wahrscheinlichkeit einer Koalition, beispielsweise genau an Tag 1.401 zu scheitern, sehr gering ist. Grund dafür ist, dass der „Nelson-Aalen Estimator“ in die Berechnung miteinkalkuliert, dass ein Kabinett bereits 1.400 Tage hielt. Bis zum Tag 1.400 weisen die inkludierten Regierungen eine ziemlich linear steigende Wahrscheinlichkeit einer „government termination“ auf. Eine erhöhte Zerfallswahrscheinlichkeit um den Tag 300, wie in Diagramm 3, kann unter der genannten Prämisse nicht festgestellt werden.



In der nächsten Darstellung (Diagramm 5) wechseln wir von einer Gesamtbetrachtung des Datensatzes zu einer spezifischeren Unterteilung in die einzelnen (Koalitions-)Regierungsformen. Die Zergliederung in Minderheits- („Minority“), übergroße („Surplus“) und minimale Gewinn- („Minimal Winning“) Koalitionen stellt dabei die gängigste Form

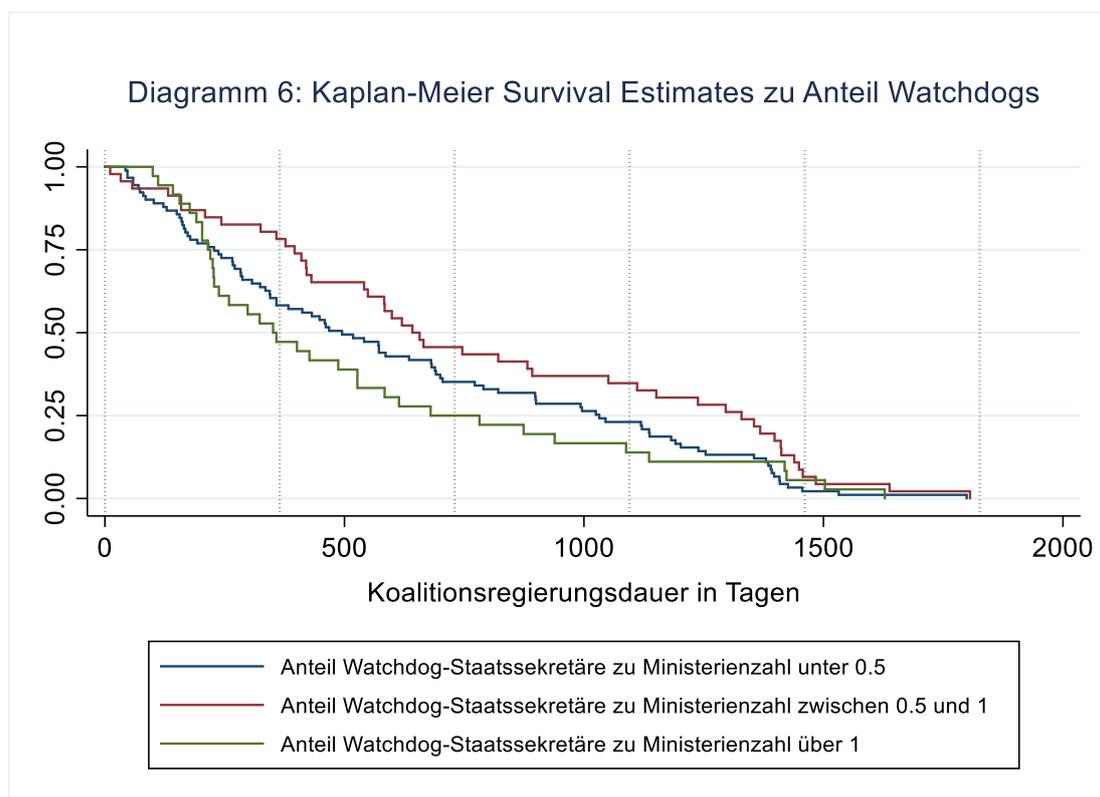
in der wissenschaftlichen Literatur dar. Mittels eines „Kaplan-Meier Survival Estimator“ werden die unterschiedlichen Mortalitätsraten der genannten Koalitionsformen einer genaueren Begutachtung unterzogen.

Alle drei Koalitionsformen bieten in den ersten Tagen ihrer Amtszeit noch eine Überlebenswahrscheinlichkeit von 100 Prozent. Bereits nach 50 bis 100 Tagen beginnt sich aber ein klarer Trend herauszukristallisieren. Minimale Gewinnkoalitionen zeigen während des gesamten Beobachtungszeitraums eine deutlich höhere „survival rate“ (Überlebenswahrscheinlichkeit) im Gegensatz zu den anderen beiden Kategorien. Besonders um die Zwei-Jahres-Grenze ist der Unterschied sehr deutlich zu sehen. Die Linien zu Minderheitskoalitionen und übergroßen Koalitionen ähneln einem Paarlauf, bei dem übergroße Koalitionen, betreffend der Beständigkeit, immer leicht die Nase vorne haben. Der Unterschied ist im Zeitraum zweieinhalb bis vier Jahr besonders auffallend.



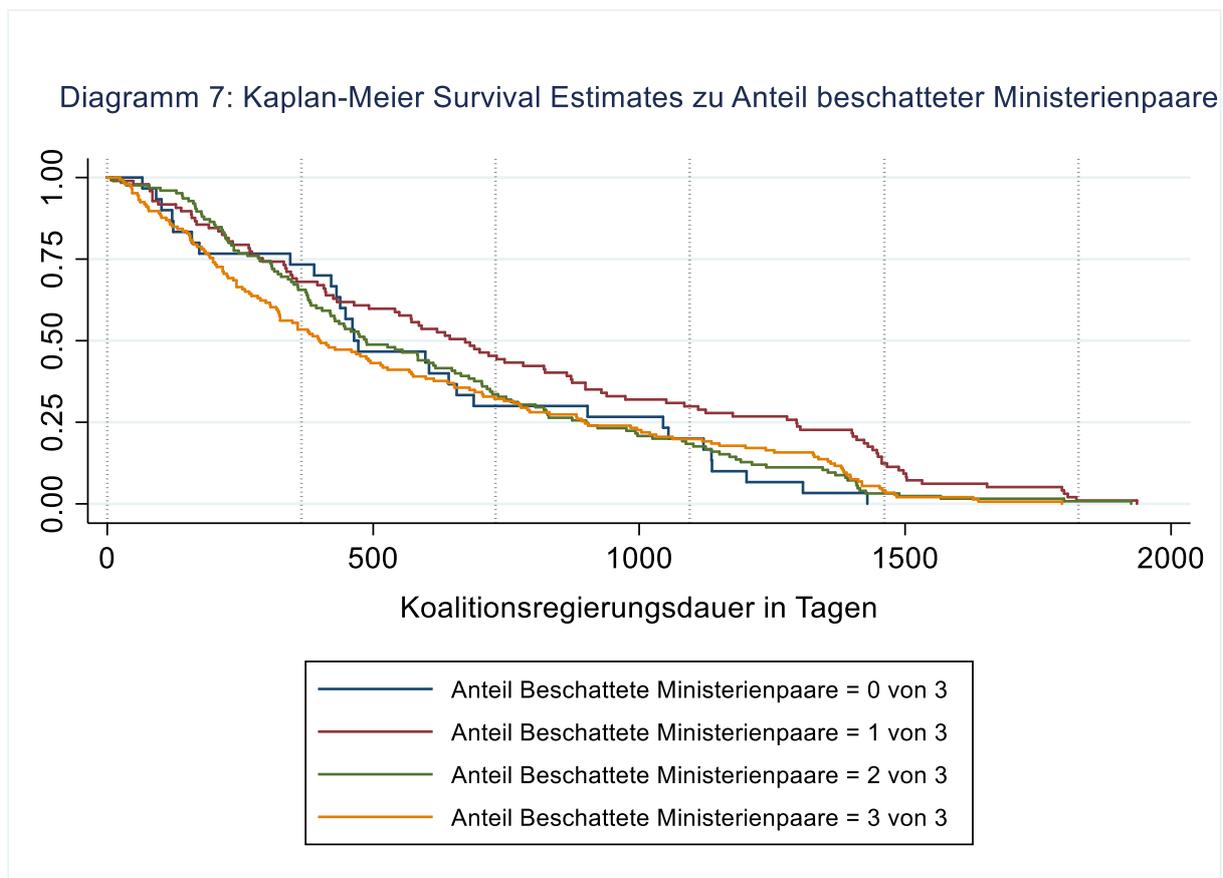
Zu guter Letzt gilt es noch zwei Diagramme zu analysieren, die sich dem Hauptthema dieser Arbeit annehmen, also den „Ex-ante“-Kontrollmechanismen „Watchdog-Staatssekretäre“ und „beschattende Ministerienverteilung“. Da es auch hier um die Gegenüberstellung einzelner Subvariablen des Datensatzes geht, bietet sich erneut der „Kaplan-Meier-Estimator“ zur Untersuchung an.

Diagramm 6 beleuchtet zunächst Überlebensschätzungen des Instruments der „watchdogs“. Die Einteilung erfolgte dabei unter zwei Gesichtspunkten. Erstens durch eine induktive Gliederung des Datensatzes, sodass jede Rubrik eine ausreichende Fülle an Fällen beinhaltete. Zweitens durch eine „logische“ Einschätzung dieser Vorgehensweise – die Einordnung, ob eine Koalition im Verhältnis zur Ministerzahl lediglich höchstens die Hälfte an solchen Staatssekretären hat, der Wert höher ist oder die Anzahl irgendwo dazwischen liegt, schien dazu angemessen. Die Schätzung zeigt, dass Koalitionsregierungen mit einem mittelmäßigen Wert an „watchdogs“, über den gesamten Zeitraum hinweg, vergleichsweise am längsten halten. Die anderen beiden Linien lassen ferner den Schluss zu, dass Kabinette eher mit einer geringen als hohen Zahl an Staatssekretären, die nicht der Partei des jeweiligen Ministers angehören, eine längere Amtsdauer zu erwarten haben.



Ähnlich sieht es in Diagramm 7 zu Überlebensschätzungen im Bereich der Ministerienverteilung aus. Koalitionskabinette mit einer moderaten schattenseitigen Besetzung von einem der drei prestigeträchtigsten Ministerienpaare haben im Schnitt die höchste Lebensdauer, besonders an allen Tagen, die über den Zeitraum von gut einem Jahr hinausgehen. Bei den anderen Kategorien lässt sich kein klarer Trend erkennen. Was

herausgelesen werden kann ist, dass Koalitionen, in denen alle drei relevanten Paare beschattet besetzt sind, vor allem in der Anfangszeit ihrer Laufbahn, Probleme haben bestehen zu bleiben. Je länger eine Regierung aber hält, desto gefestigter geht sie in den Endspurt der maximalen CIEP. Koalitionsregierungen, deren Portfolioaufteilungen von keiner Beschattung geprägt sind, weisen, vor allem in der Anfangsphase, ein unbeständiges Bild auf und lassen im Finish stark nach. Koalitionen mit einer Zweidrittel-Paarbesetzung liegen konstant im Schnitt der Darstellung.



Diese sieben simplen, nicht-parametrischen Schätzungen entlang des Datensatzes gewähren einen ersten Einblick in potentielle Antworten auf die in Kapitel 3 gestellte Forschungsfrage, welchen Einfluss die Präsenz und der Umfang von „Watchdog“-Staatssekretären und beschattenden Ministerienverteilungen auf die Koalitionsregierungsdauer in Europa haben. Als klares Manko solcher deskriptiven Schätzungen ist jedoch zu nennen, dass sie keinerlei erklärende Variablen, außer die jeweils in der Grafik zur Debatte stehende, in die Berechnung mitaufnehmen (können). Die

Regressionsanalysen im folgenden Unterkapitel werden tiefergehende Hinweise auf die Glaubwürdigkeit dieser Effekte, nach Einbeziehung anderer Co-Variablen, liefern.

5.2 Regressionsanalyse

Kommen wir nun zum empirischen Hauptteil dieser Arbeit, welcher durch diverse „Cox Proportional Hazards“-Modelle in den folgenden Tabellen vorgestellt und präsentiert wird. Hier werden, im Gegensatz zum vorigen Kapitel, die Variablen nicht einzeln nacheinander dargestellt, sondern durch Kombination und Gegenüberstellung in den folgenden Regressionen systematisch demonstriert (zur Cox-Survival-Analyse vgl.: Cleves et al. 2010).

Tabelle 1 bringt diesbezüglich elf verschiedene Modelle, welche ein Basismodell, verschiedene Modelle zu „Watchdog“-Staatssekretären einerseits und zu beschattender Ministerienverteilung andererseits, und zu guter Letzt noch drei kombinierte Modelle zu beiden Kontrollinstrumentarien gemeinsam beinhalten. Die abhängige Variable aller Modelle ist „(Koalitions-)Regierungsdauer“, die in „Tage im Amt“ gemessen wird. Die Variablenwerte werden als „coefficients“ und nicht als „hazard ratios“ dargestellt. Der Schnittpunkt von positiver und negativer Korrelation befindet sich somit genau beim Wert „0“ und nicht erst bei „1“ – das verbessert die Darstellung und erleichtert die Interpretation.

Ferner ist noch ein wichtiger Punkt zur Interpretation der Co-Variablen zu nennen. Viele „Survival“-Modelle, wie z. B. das Weibull-Modell, sind standardmäßig als AFT-Modelle („accelerated failure time models“) parametrisiert. Das bedeutet, dass positive Koeffizienten implizieren, dass die Lebensdauer steigt und negative, dass die Lebensdauer sinkt. Diese Werte beziehen sich also direkt auf die abhängige Zeitvariable. Genau umgekehrt ist es in sogenannten PH-Modellen („proportional hazards models“), wie in dem in dieser Arbeit verwendeten Cox-Modell. Die Zahlen beziehen sich hier nicht auf die Überlebenszeit selbst, sondern auf die Risikorate eines frühen „Ablebens“ – in diesem Fall einer Regierung. Positive Koeffizienten offenbaren somit nicht, dass die Lebensdauer steigt, sondern ein hohes Risiko, dass die Lebensdauer kurz ist. Kurzum weisen hier positive Werte, eher unintuitiv, auf eine kurze Lebensdauer hin,

negative auf eine lange. Dieser Umstand soll einer klaren Auslegung der folgenden Modelle aber nicht im Weg stehen.

Modell 1 liefert in einem ersten Schritt ein sogenanntes Basismodell, welches zunächst erprobte unabhängige Variablen früherer Studien und noch keine hypothesenrelevanten beinhaltet. Die Vorzeichen und Größen dieser Variablen geben einen ersten Hinweis darauf, ob das Modell grundsätzlich richtig eingerichtet ist.

Die erste erklärende Variable, die hier inkludiert wurde, ist jene der „Medianpartei“. Wie in Kapitel 4.1 schon diskutiert, sollte die Präsenz dieser Partei in den meisten Fällen einen positiven Effekt auf die Regierungsdauer haben. Als Hauptgründe dafür werden in der Literatur sowohl ihre ideologisch zentrale Position sowie ihre zumeist auch große Stimmzahl genannt. Indessen lässt sich aus der Tabelle aber ein erhöhtes Risiko eines früheren Zerfalls erkennen. Diese Gefahr ist allerdings mit einer lediglich fünf Prozent höheren Wahrscheinlichkeit, im Vergleich zu Koalitionen, welche die Medianpartei nicht enthalten, nur sehr schwach ausgeprägt. Ein Grund für diesen positiven Zusammenhang könnte sein, dass von den 396 Kabinetten 323 die Medianpartei enthalten, während lediglich 73 dies nicht tun. Aufgrund der vielen „Ja“-Fälle scheint es möglich, dass die Tendenz leicht überbewertet sein könnte. Der Wert der Variable ist aber ohnehin nicht signifikant. Diese Bilanz zieht sich durch alle elf Modelle.

Als zweites steht das Attribut des „Status quo“ einer Koalitionsregierung zur Diskussion. Hierzu findet man in wissenschaftlichen Schriften, je nach Zerfallsgrund der Koalition und Zielrichtung des Forschungsinteresses, sehr unterschiedliche Resultate. Annahmen sind hier immer sehr vorsichtig und einzelfallabhängig zu tätigen. In dieser Arbeit zeigt sich, wie schon bei Medianparteien, eine ungefähr fünf Prozent hohe „hazard rate“, jedoch ins Negative. Bleibt die Parteienbesetzung in der nunmehrigen Regierung also dieselbe, deutet dies auf einen stabilisierenden Effekt hin. Diese Folgeerscheinung ist im Basismodell zwar sehr klein und nicht signifikant, zieht sich aber wiederum durch alle weiteren Modelle hindurch. Drei dieser weiteren zehn Regressionen weisen dabei sogar leichte Signifikanz auf. Die Korrelationen zur Regierungsbeständigkeit, liegen hier mit jeweils zirka 44 Prozent geringerem Risiko früh zu zerfallen, zudem deutlich höher als im Basismodell.

Als nächstes wurde die „Ideologische Reichweite“ in die Analyse inkludiert. Die Politikwissenschaft geht hier grundsätzlich von einem negativen Zusammenhang aus. Grund für diese Erwartung ist vor allem, dass in polarisierteren Koalitionen zumeist größere Kompromisse eingegangen werden müssen und dann wohl auch mehr Konfliktpotential besteht als in ideologisch kompakteren politischen Partnerschaften. Auch in meiner Untersuchung lässt eine hohe Polarisierung innerhalb der Koalition die Risikorate eines frühen Zerfalls steigen. Über die gesamten Modelle gesehen, kann hierzu aber kein klarer Trend abgelesen werden. Während in Variable 1 und 2 zumindest eine Tendenz errechnet werden konnte, bewegen sich die Ergebnisse zur ideologischen Spannweite der Regierungsparteien, sowohl im Basismodell als auch in den weiteren Modellen, um den Nullpunkt. Zudem konnte in keinem der Modelle eine statistische Signifikanz festgestellt werden. Die einzige Aussage, die getroffen werden kann, ist, dass eine hohe Polarisierung eher Koalitionsregierungen schadet, die eine beschattende Ministerienverteilung aufweisen, als jenen mit dem Kontrollmechanismus der „Watchdog“-Staatssekretäre.

Eine ähnliche Aussage lässt sich bei der Variable „Sitzanteil im Parlament“ tätigen. Die meisten Werte bewegen sich zwar etwas höher oder niedriger um den Nullpunkt, eine klare Tendenz oder Signifikanz kann aber auch hier nicht abgelesen werden. Die Zahl im Basismodell ist mit 0,038 etwas höher als die der ideologischen Reichweite. Mit Aussagen zum Sitzanteil ist, ähnlich zum Status quo, ebenso vorsichtig umzugehen. Denn während im Normalfall Koalitionen etwas über der 50-%-Marke eine höhere Lebenserwartung genießen, sind sowohl Minderheits- als auch übergroße Koalitionen fragiler. Auffallend ist, dass ein höherer „seat share“ im Parlament nicht eher Koalitionen mit einer „shadowed portfolio distribution“, sondern jenen mit „watchdogs“, schadet.

Kommen wir nun zur ersten Variable dieses Basismodells, die eine (hohe) Signifikanz aufweist. Die Rede ist von der „Anzahl der Regierungsparteien“. Die üblichen Aussage in bisherigen Studien ist, dass sich Koalitionsregierungen mit einer hohen Ideologie- bzw. Meinungsvielfalt als tendenziell destabilisierender Faktor erweisen. Dieser Fakt trifft auch auf meine Untersuchung zu. Je höher die Parteienanzahl in einer Regierung ist, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit eines frühen Regierungsendes. Sowohl im Basismodell als auch in einigen anderen Modellen der Tabelle 1 lässt sich

eine positive Risikorate, und somit eine kürzere Lebensdauer, feststellen. Pro Partei, die ins Amt hinzukommt, besteht eine 17 Prozent höhere Gefahr eines frühen Kabinettszerfalls. Die Werte zeigen in den meisten Fällen leichte bis hohe Signifikanz.

„Minderheitskoalitionen“ weisen, konsistent mit Aussagen und Erwartungen aus der Literatur, ebenso einen negativen Einfluss auf die Regierungsdauer auf. Sie haben, laut vorliegender Regressionsergebnisse des Basismodells, durchschnittlich eine 50 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit früher zu enden als andere Regierungsformen. In den weiteren Modellen sind die Durchschnittswerte sogar noch höher und zeigen eine normale bis hohe Signifikanz. Mit zirka 23 Prozent der Fälle stellen sie zudem eine beachtenswerte Größe dar.

Gegenteilige Aussagen lassen sich zu „minimalen Gewinnkoalitionen“ treffen. Bereits Studien Mitte des 20. Jahrhunderts sagten solchen Koalitionen die beständigste Lebensdauer voraus. Da sie nicht mehr Parteien als nötig beinhalten, können sowohl Ämter als auch Politikinhalt optimal verteilt bzw. diskutiert werden. Mit einer über 20 Prozent niedrigeren Risikorate als in anderen Regierungsformen wird ihnen auch in dieser Analyse eine relativ hohe Lebensdauer unterstellt. Dieser Wert zieht sich in einem ähnlichen Ausmaß durch alle weiteren zehn Modelle hindurch, jedoch nur in zwei der elf Modelle in signifikanter Weise.

Ein weiterer Indikator zur Beständigkeit von Koalitionsregierungen ist die unabhängige Variable „Investiturabstimmung“. Einer solchen Abstimmung muss bzw. müssen sich entweder nur der Premierminister oder alle Kabinettsmitglieder stellen. Im verwendeten Datensatz besteht in knapp zwei Drittel der inkludierten Regierungen dieses parlamentarische Erfordernis. Ein Unterschied dahingehend, wie viele der Regierungsmitglieder davon betroffen sind, wurde nicht gemacht. Die Koeffizienten sind ähnlich wie jene der Variable zuvor, zeigen jedoch in keinem der Modelle signifikante Zusammenhänge.

Die vorletzte erklärende Variable, die Einzug in die Analyse fand, ist jene zur übrigen (geloggt) Wahlperiodenzeit (CIEP) eines Koalitionskabinetts. Regierungen, die erst später innerhalb einer Legislaturperiode ins Amt kommen, haben folglich nicht

dieselbe, potentielle Regierungsdauer in Aussicht wie solche, die direkt nach einer Wahl die Amtsgeschäfte aufnehmen. Diesem Umstand wird durch das Einspeisen dieses Parameters Rechnung getragen. Die Tabelle zeigt eine hohe Risikorate eines frühen Zerfalls, je länger die potentielle Restzeit der möglichen Regierungsdauer ist. Das bedeutet, dass (Koalitions-)Regierungen, die nur eine sehr kurze verbleibende Amtszeit zur Verfügung haben, diese eher voll ausnutzen als jene, wo diese noch höher ist. Die Ergebnisse dazu sind in allen Modellen höchst signifikant.

Zu guter Letzt folgte bei der Regressionserstellung noch die Inkludierung einer Dummy-Variable zu Osteuropa. Da die Fallzahl zu Westeuropa mit zwei Drittel, im Vergleich zu Osteuropa mit einem Drittel, deutlich höher war, und Osteuropa auch allgemein zu wenige Fälle enthielt, bot sich eine eigene, vergleichende Analyse zwischen diesen beiden Teilen Europas nicht an. Stattdessen wurde die Co-Variable „Osteuropa“ als erklärende Variable in die gesamte Untersuchung miteinbezogen. Ähnlich der Ergebnisse zur CIEP, weisen die Resultate auch hier (in fast allen Fällen) sehr hohe Signifikanz auf. Die Koeffizienten sind zudem deutlich höher. Dies liegt aber wohl an der nicht-metrischen Skalierung oder anders gesagt: Die dichotome Variable „Osteuropa“ hat nur zwei Ausprägungen (0 und 1) und daher, im Vergleich zu kardinalskalierten Variablen, nur eine mögliche Koeffizientenausprägung. Bei polytomen Variablen müsste man den Koeffizienten immer mit der jeweiligen Einheit (z. B. der jeweiligen Anzahl an Parteien) multiplizieren. Bei solchen, vielschichtigen Variablen liegt der Prozentsatz meist niedriger, dieser kann aber, je nachdem wie viele Einheiten es gibt, auf einen relativ hohen Wert anwachsen. Die vorliegende Tabelle sagt Koalitionen aus Osteuropa immer zirka eine 50 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit voraus, früh zu zerfallen.

Wenden wir uns nun den Modellen 2 bis 4 zu, die sich mit Parametern zu „Watchdog“-Staatssekretären auseinandersetzen. M2 beschäftigt sich mit dem Effekt einer generellen Präsenz des genannten Kontrollmechanismus. Manche Studien nehmen diese erst ab einer zumindest gleich hohen Anzahl wie jene der Koalitionsparteien selbst an. Da aber bereits im Basismodell die Anzahl der Regierungsparteien inkludiert ist und in den folgenden beiden Modellen sowohl auf die Anzahl der „Watchdog“-Staatssekretäre wie auch auf die Anzahl aller Staatssekretäre und die Anzahl der Ministerien hin kontrolliert wird, wird die Präsenz bereits ab einem „watchdog“ bejaht. Die Tabelle zeigt

einen leichten positiven Effekt auf die Regierungsdauer, welcher aber nicht signifikant ist.

M3 behandelt, zusätzlich zur Präsenz überwachender Staatssekretäre, deren Anzahl. Dadurch fällt die erstgenannte Variable weg („omitted“), weil durch Kontrollierung auf die Anzahl nurmehr Fälle behandelt werden, wo es zumindest einen „watchdog junior minister“ gibt. Das verringert auch die Fallzahl von 364 auf 171. Das Resultat zeigt weder Signifikanz noch eine Tendenz in irgendeine Richtung.

Nimmt man nun, wie in M4, auch noch weitere Anzahl-Parameter in die Analyse mit hinein, zeigt sich ein etwas anderes Bild. Viele „Watchdog“-Staatssekretäre beeinflussen die Regierungsdauer leicht negativ. Vergegenwärtigt man sich aber die Anzahl aller Staatssekretäre, deutet dies wiederum auf einen leichten, positiven Effekt auf die Regierungsdauer hin. Je niedriger dabei die Ministerienzahl, desto besser für die Lebensdauer. Die beiden letztgenannten Parameter zeigen leichte bzw. sehr hohe Signifikanz. Lässt man andere Kontrolleinrichtungen außer Acht, halten Koalitionen mit generell vielen Staatssekretären und einer zugleich geringen Anzahl an Ministerien, laut diesen Ergebnissen, länger als andere. Auffallend ist auch, dass in diesen zwei Modellen dem Status quo, bei einer hohen Anzahl verschiedener Parameter, eine besondere, stabilisierende Bedeutung zuteil kommt.

Die nächsten vier Modelle (M5 bis M8) beschäftigen sich mit dem zweiten, hier zur Debatte stehenden, Kontrollmechanismus, nämlich der beschattenden Ministerienverteilung. Zur Analyse stehen dabei die drei relevantesten Ministerienpaare der inkludierten europäischen Staaten. Relevant deshalb, weil diese in allen Staaten, über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg, vorhanden waren und mitunter auch dadurch als sehr prestigeträchtig angesehen werden (vgl. dazu: Druckman/Warwick 2005). Sie eignen sich deshalb auch sehr gut für einen internationalen Vergleich.

M5 zeigt einen leichten positiven Trend in Richtung einer sinkenden Risikorate. Eine demzufolge steigende Lebensdauerwahrscheinlichkeit ist aber nicht signifikant. Eine beschattende Ministerienverteilung wird auch hier bereits ab einem beschatteten Paar angenommen. Ebenfalls deshalb, weil in den nächsten Schritten ohnehin auf die Anzahl verschiedener Parameter hin kontrolliert wird.

Auch M6 zeigt einen positiven Einfluss auf die Koalitionsregierungsdauer, wenn zumindest zwei der sechs Ministerien beschattend besetzt sind. Nimmt man nun die

Anzahl der beschatteten Ministerienpaare hinzu, zeigt sich ein etwas anderer Wert als vielleicht angenommen werden könnte. Die Ergebnisse sagen nämlich ein 16 Prozent höheres Risiko eines Regierungszurfalls pro weiterem beschatteten Paar voraus.

M7 skizziert ein fast identisches Bild. Die Hinzunahme der Ministerienanzahl ändert daran nichts. Ein negativer Einfluss auf die Lebensdauer, je höherer das Beschattungsausmaß ist, ist sowohl in M6 als auch in M7 signifikant.

In M8 wurden in einem letzten Schritt auch noch die Paare einzeln in Begutachtung genommen. Durch diese Hinzunahme wechselt der negative Risikofaktor von der Hauptvariable der Beschattungsanzahl auf die einzelnen Ministerienpaare. Diese zeigen nun einen mittleren negativen Trend bezüglich der Überlebenszeit. Keiner der Werte dieses Modells weist aber noch Signifikanz auf. Aus diesem Grund wird in der Folge zur Repräsentation der Rubrik „Beschattende Ministerienverteilung“ in der Analyse der Subsets M7 herangezogen.

Zu guter Letzt folgt in M9 bis M11 der Tabelle 1 noch eine kombinierte Darstellung des Einflusses der beiden Kontrollmechanismen. Ähnlich wie bereits in den jeweils ersten Modellen der jeweiligen Rubrik, zeigt die generelle Präsenz von Kontrollmechanismen in M9 einen positiven Effekt auf die Koalitionsdauer, wenngleich dieser auch hier keine Signifikanz aufweist.

Nimmt man, wie in M10, auch die jeweilige Anzahl der Kontrollmechanismen hinzu, verstärkt sich dieser Effekt zumindest bei der Ministerienverteilung. Ein hohes Ausmaß an Beschattung erweist sich, auch durch Hinzunahme des Faktors der „watchdogs“, als größere Gefahr für einen frühen Kabinettszurfall.

Inkludiert man schließlich in M11 auch noch die weiteren Kontrollvariablen, weisen eine hohe Anzahl aller Staatssekretäre auf ein leicht niedrigeres und eine hohe Anzahl an Ministerien auf ein leicht höheres Risiko eines frühen Regierungszurfalls hin. Die Ergebnisse sind großteils signifikant und bieten, im Vergleich zu den jeweiligen Werten in ihrer Einzelbetrachtung, keine großen Unterschiede. Das impliziert, dass sich die hier zur Debatte stehenden Kontrollmechanismen nur in sehr geringer Weise gegenseitig beeinflussen.

Tabelle 1: "Cox Proportional Hazards"-Modelle zur (Koalitions-)Regierungsdauer

Erklärende Variablen	Basismodell			"Watchdog"-Staatssekretäre				Beschattende Ministerienverteilung				Kombinierte Modelle		
	M1	M2	M3	M4	M5	M6	M7	M8	M9	M10	M11			
Medianpartei	0,048	0,025	0,350	0,374	0,039	0,038	0,046	0,040	0,019	0,283	0,318			
Status quo	-0,052	-0,022	-0,421	-0,441	-0,056	-0,039	-0,044	-0,037	-0,024	-0,329	-0,393			
Ideologische Reichweite	0,018	-0,001	-0,063	-0,061	0,017	0,032	0,031	0,027	-0,002	-0,033	-0,026			
Sitzanteil im Parlament	0,038	0,251	0,302	0,086	-0,021	-0,005	-0,076	-0,028	0,214	0,497	0,281			
Anzahl Regierungsparteien	0,174	0,180	0,255	0,129	0,182	0,133	0,141	0,134	0,186	0,182	0,070			
Minderheitskoalition	0,534	0,581	0,729	0,921	0,523	0,500	0,504	0,526	0,573	0,825	0,981			
Minimale Gewinnkoalition	-0,213	-0,239	-0,285	-0,346	-0,214	-0,237	-0,241	-0,222	-0,240	-0,297	-0,353			
Investiturabstimmung	-0,222	-0,205	-0,042	-0,035	-0,215	-0,240	-0,211	-0,233	-0,200	-0,095	-0,109			
Übrige Wahlperiodenzeit (geloggt)	0,192	0,186	0,209	0,188	0,191	0,194	0,196	0,195	0,185	0,224	0,202			
Osteuropa	0,512	0,504	0,595	0,455	0,499	0,510	0,478	0,491	0,492	0,633	0,553			
"Watchdog"-Staatssekretäre	-0,061	(omitted)	(omitted)	(omitted)	-0,064	(omitted)	(omitted)	(omitted)	(omitted)	(omitted)	(omitted)			
Anzahl "Watchdog"-Staatssekretäre		-0,001	0,032	0,032					0,000	0,028				
Anzahl aller Staatssekretäre			-0,033	-0,033						-0,029	*			
Anzahl Ministerien			0,089	0,089			-0,012	-0,011		0,085	**			
Beschattende Ministerienverteilung					-0,147	-0,455	-0,473	-0,411	-0,099	-0,544	-0,320			
Anzahl beschatteter Ministerienpaare						0,162	0,165	-0,523		0,281	0,224			
Finanzen/Wirtschaft beschattet						*	*	0,622		**	*			
Inneres/Justiz beschattet								0,603						
Äußeres/Verteidigung beschattet								0,828						
Falzzahl	396	364	171	171	396	396	396	396	364	171	171			

* p < 0,05, ** p < 0,01, *** p < 0,001

Anmerkung:

PH-Modelle (z. B. Cox):

AFT-Modelle (z. B. Weibull):

positives Vorzeichen = Risikorate ("hazard rate") steigt = Lebensdauer sinkt

positives Vorzeichen = Risikorate ("hazard rate") sinkt = Lebensdauer steigt

negatives Vorzeichen = Risikorate sinkt = Lebensdauer steigt

negatives Vorzeichen = Risikorate steigt = Lebensdauer sinkt

unintuitiv

intuitiv

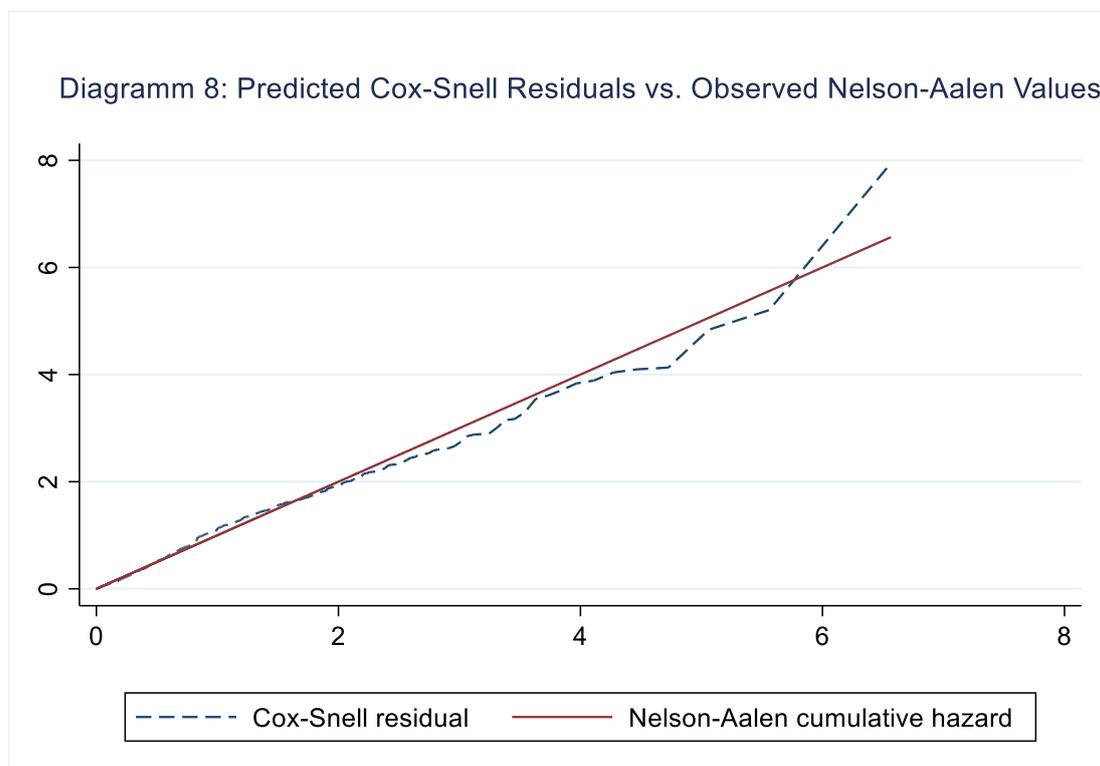
Rückblickend auf die ersten, in Kapitel 3 entwickelten Hypothesen lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen: Zunächst ist zu erwähnen, dass es im Basismodell keine großen Auffälligkeiten gibt und die Ergebnisse im Einklang mit der bisherigen Literatur sind.

Im Bereich der „Watchdog“-Staatssekretäre liefern die ersten beiden zugehörigen Modelle zumindest eine leichte Bestätigung von H1a und H1b. Die Präsenz und der Umfang der „watchdogs“ deuten tatsächlich auf ein geringeres Risiko eines Regierungszerfalls und somit auf eine längere Amtsdauer hin. Die Resultate weisen aber nur einen schwachen Trend auf und sind nicht signifikant. Anders sieht es im dritten „Watchdog“-Modell aus, in dem auch noch die Anzahl aller Staatssekretäre und die Anzahl der Ministerien eine Rolle spielen. Nicht alle Koalitionsregierungen mit überwachenden Staatssekretären sind von hoher Beständigkeit geprägt. Herrscht in solchen aber generell eine hohe Anzahl an Staatssekretären vor und ist die Ministerienzahl gering, kann, aufgrund der Koeffizienten und Signifikanzniveaus, von langlebigeren Koalitionen gesprochen werden. Zu nennen ist zudem, dass der Status quo – also die Situation, dass die Parteilistenzusammensetzung einer (Koalitions-)Regierung ident mit der vorhergehenden ist – in solchen Konstellationen eine wesentliche(re) Rolle spielt.

Im Mechanismus „beschattende Ministerienverteilung“ sieht es ähnlich aus. Als Unterschied ist aber zu nennen, dass hier nicht die zusätzlichen Kontrollvariablen eine vermehrte Rolle spielen, sondern jene der Anzahl der beschatteten Ministerienpaare selbst. Des Weiteren kommen beständigere Regierungen hervor, wenn zumindest eines dieser Paare beschattet besetzt ist. Dieser Effekt ist im Gegensatz zur Variable „Anzahl beschatteter Ministerienpaare“ nicht signifikant. Je mehr Paare beschattet besetzt sind, desto höher ist das Risiko eines baldig(er)en Zerfalls des Kabinetts. Ein Grund dafür könnte sein, dass Parteien hier Einblick in mehr Ministerämter von Koalitionspartnern haben und etwaige Unstimmigkeiten so häufiger ans Tageslicht geraten. Aus den kombinierten Modellen lassen sich keine weiteren, nennenswerten Zusatzinformationen mehr herausfiltern. H1a und H1b können somit nicht ohne Weiteres bestätigt werden. Erst wenn man die Anzahl von allen Staatssekretären und Ministerien hinzunimmt, lässt sich in gewissen Konstellationen ein positiver Einfluss auf die Lebensdauer erkennen. Ähnliche Ergebnisse können im zweiten Kontrollmechanismus ausgemacht werden. Während eine generelle Präsenz von beschattenden Ministerien einen positiven Effekt auf die Amtsdauer hat, zeigt sich bei einer höheren Anzahl

beschatteter Paare ein negativer, signifikanter Wert. Von H2a und H2b darf somit, wie beim ersten Hypothesenpaar, lediglich erstere als bestätigt angesehen werden.

Bevor wir zu den letzten beiden Hypothesentests kommen, werden in folgender Grafik (Diagramm 8) noch die „Cox-Snell“-Residuen, im Vergleich zur beobachteten Kabinettsdauer nach Nelson und Aalen, dargestellt. Dieser Vergleich soll die „Passform“ der eben besprochen Modelle beurteilen. Die geschätzten Residuen wurden hier gegen die beobachteten Werte, die als 45-Grad-Linie dargestellt sind, geplottet. Je näher die Residuen an der Linie entlanglaufen, desto besser konvergieren die Modelle. Es lässt sich erkennen, dass die vorgestellten Erwartungen und Ergebnisse sehr gut mit den tatsächlichen Regierungsdaten harmonieren.



Als letzter Part des Regressionskapitels werden nun noch die beiden für H3 und H4 relevanten Subsets genauer analysiert. H3 prognostiziert, dass Kontrollmechanismen einen größeren positiven Effekt auf die Koalitionsdauer in Minderheitsregierungen als in Mehrheitsregierungen haben. H4 thematisiert den möglichen größeren positiven Einfluss von Kontrollmechanismen auf die Amtsdauer von Koalitionen nach vorgezogenen Neuwahlen in Kontrast zu fliegenden Regierungswechseln.

Auch hier wurden wieder „Cox Proportional Hazards“-Modelle zur Beantwortung dieser Fragen herangezogen und die Resultate als „coefficients“ und nicht als „hazard ratios“ dargestellt. Zusätzlich anzumerken ist, dass, aufgrund der niedrigen Fallzahlen, die Ergebnisse der Subsets mehr als explorative Trenddarstellung und weniger als vollumfängliche, forschungsgemäße Untersuchung zu werten sind.

Als Erstes widmen wir uns der Gegenüberstellung von Minderheits- und Mehrheitsregierungen (Tabelle 2). Wie bereits im Modell-Kapitel besprochen, wird Minderheitsregierungen, in den meisten Studien, eine kürzere Lebensdauer als Mehrheitsregierungen zugeschrieben. Ohne etwaige Nebenabsprachen mit Nicht-Kabinettsparteien, sind solche Regierungen ständig der Gefahr einer Absetzung ausgesetzt. Innere Geschlossenheit ist daher hier umso wichtiger, um mögliche Angriffe der Opposition bestmöglich abzuwehren. Ein Weg, diese Geschlossenheit zu erreichen, sind Kontrollmechanismen, die gegenseitige Überwachung und Vertrauen sicherstellen sollen.

Wenn wir nun einen Blick auf die Tabelle werfen, lässt sich in Bezug auf die hypothesenrelevanten Variablen erkennen, dass, wie auch schon in Haupttabelle 1, weniger die „watchdogs“ selbst, sondern vielmehr ihre Kombination mit vielen Staatssekretären und wenigen Ministerien, in vielen Koalitionen für mehr Beständigkeit sorgen. In Mehrheitskabinetten ist dieser Effekt deutlich geringer, dafür sind Kabinette, die dieselbe Parteienkonstellation wie die letzte Regierung aufweisen (Status quo), deutlich beständiger als Minderheitskabinette mit derselben Eigenschaft.

Betrachten wir M7, lässt sich ein deutlicher Unterschied bei der Variable „Beschattende Ministerienverteilung“ erkennen. Demnach haben Minderheitskoalitionen ein höheres Risiko, früher zu enden, wenn Portfolios mit ähnlichen Kompetenzbereichen auch noch an verschiedene Parteien verteilt werden. Der inneren Geschlossenheit von Kabinetten ohne Mehrheit sind also eher Portfolioaufteilungen ohne Beschattung förderlich. Gegenteilig sieht es in Mehrheitskoalitionen aus. Die Ergebnisse entsprechen hier den Hauptmodellen aus Tabelle 1 und lassen den Schluss zu, dass Koalitionen mit diesem Kontrollmechanismus und einer entsprechenden Mehrheit im Parlament beständiger sind.

Das kombinierte Modell liefert, wie schon in Tabelle 1, keinen nennenswerten Mehrwert. Einzig die negative Risikorate des Status quo in Mehrheitsregierungen sticht erneut hervor. Die Tendenzen der hypothesenrelevanten Variablen entsprechen aber den Vorgängermodellen.

Tabelle 2: Minderheitsregierungen vs. Mehrheitsregierungen

Erklärende Variablen	"Watchdog"-Staatssekretäre		Beschattende Ministerienverteilung		Kombinierte Modelle	
	Minderheit	Mehrheit	Minderheit	Mehrheit	Minderheit	Mehrheit
	M4	M4	M7	M7	M11	M11
Medianpartei	0,541	0,791	0,086	0,143	0,914	0,680
Status quo	0,117	-0,640 **	0,089	-0,090	-0,011	-0,562 **
Ideologische Reichweite	-0,239	0,065	-0,051	0,043	-0,123	0,078
Sitzanteil im Parlament	-0,192	0,295	-1,514	-0,241	2,249	0,333
Anzahl Regierungsparteien	-0,023	0,106	0,105	0,138	-0,066	0,066
Minderheitskoalition	-	-	-	-	-	-
Minimale Gewinnkoalition	-	-0,450	-	-0,273	-	-0,456
Investiturabstimmung	0,731	0,106	-0,129	-0,286	0,312	-0,015
Übrige Wahlperiodenzeit (geloggt)	-0,065	0,316 ***	0,055	0,260 ***	-0,048	0,329 ***
Osteuropa	-0,195	0,619 *	0,625	0,456 **	0,263	0,697 *
"Watchdog"-Staatssekretäre	(omitted)	(omitted)			(omitted)	(omitted)
Anzahl "Watchdog"-Staatssekretäre	0,108 *	-0,004			0,098	-0,006
Anzahl aller Staatssekretäre	-0,111 **	-0,001			-0,114 **	0,001
Anzahl Ministerien	0,294 **	0,060 *	-0,064	0,004	0,361 **	0,056 *
Beschattende Ministerienverteilung			0,458	-0,617 *	1,380	-0,287
Anzahl beschatteter Ministerienpaare			-0,037	0,181 *	-0,117	0,196
Finanzen/Wirtschaft beschattet						
Inneres/Justiz beschattet						
Äußeres/Verteidigung beschattet						
Fallzahl	35	136	92	304	35	136

* p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001

Anmerkung:

PH-Modelle (z. B. Cox): positives Vorzeichen = Risikorate ("hazard rate") steigt = Lebensdauer sinkt negatives Vorzeichen = Risikorate sinkt = Lebensdauer steigt unintuitiv
 AFT-Modelle (z. B. Weibull): positives Vorzeichen = Risikorate ("hazard rate") sinkt = Lebensdauer steigt negatives Vorzeichen = Risikorate steigt = Lebensdauer sinkt intuitiv

Beachten wir nun die Ergebnisse der Tabelle 3. Das Augenmerk lag hier auf der Herausarbeitung von Differenzen zwischen Koalitionen, die aus vorgezogenen Neuwahlen entsprangen, versus jenen, die innerhalb der Wahlperiode durch einen „fliegenden Regierungswechsel“ ins Amt kamen.

Wie bereits erwähnt, soll durch diese Ergebnisse, aufgrund der niedrigen Fallzahl, kein repräsentatives Ergebnis dargelegt werden. Gewisse Tendenzen lassen sich aber dennoch ableiten. Es scheint, dass in Koalitionsregierungen, die nach (vorgezogenen) Wahlen ins Amt kamen und somit prinzipiell noch die volle, verfassungsmäßige Legislaturperiode zur Verfügung hatten, einige Basisvariablen eine größere Rolle spielen als nach fliegenden Regierungswechseln.

Darüber hinaus scheinen viele überwachende Staatssekretäre mit einer in Relation geringen allgemeinen Staatssekretärenzahl solchen Koalitionen mehr Beständigkeit zu verleihen.

Beim Kontrollmechanismus der beschattenden Ministerienverteilung sucht man bei den hypothesenbezogenen Variablen nach signifikanten Ergebnissen vergeblich. Ein leichter Trend lässt sich aber dahingehend festmachen, dass eine Beschattung bei fliegenden Regierungswechseln für Halt zu sorgen scheint, während man bei Koalitionen nach Neuwahlen danach vergeblich sucht.

Die kombinierten Modelle liefern hier, zumindest bei der Co-Variable zur Anzahl der beschatteten Ministerienpaare, eine nennenswerte Erkenntnis in Bezug darauf, dass beiden Varianten, im Vergleich zu „normalen“ Amtseintritten von (Koalitions-)Regierungen, eine hohe Beschattung innerhalb des debattierten Ministerienspektrums schadet.

Die insgesamt zwölf Modelle der Regressionstabellen 2 und 3 liefern, bezugnehmend auf H3 und H4, Belege für die folgenden Schlussfolgerungen: Vergegenwärtigt man sich zunächst das Subset bestehend aus Minderheits- bzw. Mehrheitsregierungen, kann bei Koalitionen mit „Watchdog“-Staatssekretären in einigen Modellen ein signifikanter, positiver Effekt auf die Koalitionsdauer festgestellt werden. Der Trend bei beschattenden Ministerienverteilungen läuft dagegen in die andere Richtung. Hier sind Mehrheitskoalitionen beständiger bzw. können besser mit einer Beschattung umgehen. Insgesamt gesehen kann H3 somit teilweise bestätigt werden.

Ähnlich sieht es bei der Bestätigung der Hypothese 4 aus. Während Koalitionen mit „Watchdog“-Staatssekretären in gewissen Konstellationen beständiger sind, kehrt sich dieser Trend bei Regierungen mit einer beschattenden Ministerienverteilung um. Wenn jedoch beide Kontrollinstrumente in einer Koalition installiert sind, lässt sich wiederum, zumindest bezüglich der generellen Präsenz, von einer längeren Amtsdauer bei Kabinetten nach vorgezogenen Neuwahlen, im Vergleich zu jenen nach einem fliegenden Wechsel, sprechen. H4 lässt sich demnach ebenso teilweise bestätigen.

Wie bereits erwähnt, sind die Ergebnisse der Subsets, aufgrund der geringen Fallzahl, mit Vorsicht zu genießen und besser explorativ zu verstehen.

Tabelle 3: Vorgezogene Neuwahlen vs. Fliegende Regierungswechsel

Erklärende Variablen	"Watchdog"-Staatssekretäre		Beschattende Ministerienverteilung		Kombinierte Modelle	
	Vorgezogene Neuwahlen	Fliegende Regierungswechsel	Vorgezogene Neuwahlen	Fliegende Regierungswechsel	Vorgezogene Neuwahlen	Fliegende Regierungswechsel
	M4	M4	M7	M7	M11	M11
Medianpartei	1,879 *	0,584	0,502	0,103	-0,186	0,648
Status quo	0,023	-0,667 *	0,643	-0,243	-0,816	-0,431
Ideologische Reichweite	-0,120	0,041	-0,575 ***	0,101	-0,671	0,030
Sitzanteil im Parlament	1,449	-0,244	3,911 **	-1,547	9,657 *	0,374
Anzahl Regierungsparteien	0,927 **	0,112	0,341	0,076	0,350	-0,028
Minderheitskoalition	2,185 *	0,600	0,874	0,296	2,658 **	0,598
Minimale Gewinnkoalition	0,784	-0,539	-0,263	-0,421 *	-1,145	-0,690
Investiturabstimmung	-0,615	0,488	0,497	0,173	-0,213	0,351
Übrige Wahlperiodenzeit (geloggt)	-0,191	0,962 ***	-0,065	0,912 ***	-0,130	1,036 ***
Osteuropa	0,942	0,810	0,009	0,253	2,252	1,139 **
"Watchdog"-Staatssekretäre	(omitted)	(omitted)			(omitted)	(omitted)
Anzahl "Watchdog"-Staatssekretäre	-0,151	0,014			-0,157	0,012
Anzahl aller Staatssekretäre	0,132 *	-0,014			0,162 **	-0,006
Anzahl Ministerien	0,089	0,025	-0,028	-0,044	0,068	0,024
Beschattende Ministerienverteilung			0,465	-0,278	-0,718	-0,282
Anzahl beschatteter Ministerienpaare			0,023	0,157	1,322 *	0,439 **
Finanzen/Wirtschaft beschattet						
Inneres/Justiz beschattet						
Äußeres/Verteidigung beschattet						
Fallzahl	33	91	66	204	33	91

* p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001

Anmerkung:

PH-Modelle (z. B. Cox): positives Vorzeichen = Risikorate ("hazard rate") steigt = Lebensdauer sinkt negatives Vorzeichen = Risikorate sinkt = Lebensdauer steigt unintuitiv
 AFT-Modelle (z. B. Weibull): positives Vorzeichen = Risikorate ("hazard rate") sinkt = Lebensdauer steigt negatives Vorzeichen = Risikorate steigt = Lebensdauer sinkt intuitiv

5.3 Zusammenfassende Ergebnisse dieses Kapitels

In diesem Kapitel wurden zunächst eine Reihe von beschreibenden Statistiken vorgestellt, um die Zusammensetzung des verwendeten Datensatzes näher darzustellen. Dabei konnte festgestellt werden, dass sowohl die absolute als auch die relative durchschnittliche Amtsdauer von Koalitionen zwischen den verschiedenen europäischen Staaten stark variiert. Trotz dieser Abweichungen, hatten einige Regierungsattribute in allen, in diese Analyse einbezogenen Ländern einen sehr ähnlichen Effekt. Kaplan-Meier-Überlebensschätzer, ebenso wie Cox-Regressionen in den Basismodellen,

legten weitere Belege für diese Annahme vor. Die bereits von früheren Studien bekannten Variablen boten somit keine Überraschungen.

Koalitionsregierungen, deren „Watchdog“-Anzahl ungefähr der Ministerienanzahl entspricht oder etwas darunter liegt, halten, der deskriptiven Analyse nach, am längsten. Auch scheinen Koalitionen mit eher weniger als mehr solchen Sekretären länger zu leben. Tabelle 1 zeigt diesbezüglich weitere Erkenntnisse. Koalitionen mit „watchdogs“ – das sind zirka die Hälfte der Fälle – sind, im Gegensatz zu jenen ohne diesem Überwachungsmechanismus, bevorteilt. Dieser Effekt dreht sich in solchen Regierungen um, die generell über eine große Anzahl an Staatssekretären jeglicher Parteizugehörigkeit verfügen und zugleich eine niedrige Ministerienzahl haben.

Ferner genießen Kabinette, in denen zumindest die Minister eines der hier diskutierten Ministerienpaare verschiedenen Parteien angehören, ebenso eine (leicht) höhere Wahrscheinlichkeit für eine lange Lebensdauer als jene, in denen alle Minister des jeweiligen Paares von derselben Partei stammen. Nimmt man die Kontrollvariablen der Anzahl dieser Paare und der Anzahl der Ministerien im jeweiligen Kabinett hinzu, verstärkt sich dieser Effekt sogar. Sowohl die Cox-Regressionsanalyse als auch die deskriptive Analyse, ein Unterkapitel davor, bestätigten aber, dass sich eine zu hohe Beschattung wiederum negativ auf die Regierungsdauer auswirkt. Am besten scheint die Vorgehensweise, lediglich eines der drei Paare beschattend zu besetzen. Die letzten drei Variablen in M8, die diese Paare nochmal einzeln abstrahierten, wiesen kein beträchtlich niedrigeres Risiko für irgendeines von ihnen auf. Koalitionen mit einer beschatteten Aufteilung von Innerem und Justiz haben dabei knapp das geringste Risiko eines frühen Zerfalls.

Aus den drei kombinierten Modellen in Tabelle 1 ließen sich keine neuen Erkenntnisse mehr extrahieren. Auch die Existenz beider Kontrollmechanismen gemeinsam boten hiernach einen risikoverringenden Effekt auf die Koalitionsdauer, der jedoch in beiden Fällen nicht signifikant war. Eine hohe Anzahl erhöhte, zumindest bei der überwachten Ministerienbesetzung, das Risiko eines rascheren Ablebens. Die Ausprägung der Anzahl an Staatssekretären und Ministerien blieb in derselben Weise signifikant wie in M4.

Die Tabellen 2 und 3 gaben schließlich durch zwei Subsets noch einen tiefergehenden Einblick in den vorliegenden, kombinierten Datensatz.

H3 prognostizierte, dass Kontrollmechanismen gemeinsamen Regierens einen stärkeren positiven Effekt auf die Kabinettsdauer in Minderheits- als in Mehrheitskoalitionen haben sollten. Tabelle 2 konnte entnommen werden, dass die Annahme für Regierungen mit „watchdogs“ zutrifft, sich diese Erwartung aber bei jenen mit einer „shadowed portfolio distribution“ sogar umkehrt.

H4 brachte die Prognose aufs Tapet, dass Überwachungsinstrumente bei Koalitionskabinetten nach vorgezogenen Neuwahlen sinnvoller und effektiver seien als bei Regierungen nach fliegenden Regierungswechseln. Auch hier testierten die Modelle „Watchdog“-Staatssekretären eine bessere Wirkung als beschattenden Ministerienverteilungen. Im kombinierten Modell wiesen aber beide dieser Kontrollmechanismen, zumindest bezüglich ihrer grundsätzlichen Präsenz, einen positiven Effekt auf die Regierungsdauer auf.

In Summe können somit H1a und H2a bestätigt, H3 und H4 teilweise bestätigt und H1b, H2b nicht bestätigt werden.

6 Fazit und Ausblick

Die Beständigkeit von (Koalitions-)Regierungen ist nicht nur zwischen den einzelnen Staaten, sondern auch zwischen den einzelnen Koalitionen innerhalb dieser Staaten, sehr divergent. In den letzten Jahrzehnten wurden bereits einige Faktoren entwickelt, die ein mehr oder weniger starkes Risiko auf die Lebensdauer von Regierungen darstellen. Während es bereits viele detaillierte Studien gibt, die sich auf Themen eher am Beginn des Lebenszyklus von Regierungen konzentrieren, besteht in der „Duration“- bzw. „Government Survival“-Literatur noch Untersuchungsbedarf. Dabei finden sich vor allem in der Koalitionsforschung noch Lücken, obwohl Koalitionen, im Vergleich zu anderen Regierungsformen, bereits in größerem Umfang erforscht sind. Es gibt hierzu zwar schon eine nennenswerte Anzahl an Studien, die sich entweder mit Regierungsbeständigkeit oder Kontrollmechanismen beschäftigen, der Anteil an übergreifenden Analysen ist jedoch gering.

Die vorliegende Arbeit nahm sich dieser Herausforderung an und untersuchte folglich den Einfluss von „Watchdog“-Staatssekretären und beschattenden Ministerienvertreterinnen der drei relevantesten Ministerienpaare auf die Amtsdauer von Koalitionen. Während „watchdogs“ oft zumindest bezüglich ihrer generellen Existenz als Co-Variablen in anderen Studien zur Regierungsdauer vorkommen, mangelt es an dementsprechenden Variablen zur „shadowed portfolio distribution“ grundlegend. Angelehnt an Analysen zu anderen Überwachungsinstrumentarien, erwartete ich auch hier, dass Präsenz und Umfang dieser beiden Kontrollmechanismen einen positiven Effekt auf die Regierungsdauer haben werden.

Als Grundlage für die (quantitative) Untersuchung dienten Informationen zu Regierungen aus den Datensätzen von Müller/Strøm (2000a) und Bergman et al. (2019) bzw. erweiterte Informationen zur ideologischen Klassifizierung von Parteien aus den ParlGov-Daten von Döring/Manow (2020). Angaben bezüglich der Kontrollmechanismen selbst wurden von mir zum großen Teil durch externe Literatur- und Onlinerecherche ergänzt.

Durch sieben nicht-parametrische Analysen konnte bereits ein erster Einblick in die grundsätzliche Datenlage geboten werden. Darunter finden sich drei Schätzungen sowohl zu bisherigen Regierungsattributen, aber auch schon zu den, in dieser Arbeit zur

Debatte stehenden Überwachungseinrichtungen von Koalitionskabinetten. Die Ergebnisse zeigten längere Amtsdauern bei Koalitionen mit mäßigem Einsatz dieser Instrumentarien, im Vergleich zu jenen mit übermäßigem Gebrauch.

Einen tiefergehenden Einblick gewährten die im darauffolgenden Abschnitt erstellten „Cox Proportional Hazards“-Überlebenszeitmodelle zum gesamten Datensatz sowie die beiden Subsets zu „Minderheitsregierungen versus Mehrheitsregierungen“ und „Vorgezogene Neuwahlen versus Fliegende Regierungswechsel“. Auch hier zeigte sich, dass vor allem das grundsätzliche Vorhandensein dieser beiden Kontrollmechanismen einen stabilisierenden Faktor auf Koalitionsregierungen in Europa darstellt, ein ausgedehnter Umfang dieser hingegen kontraproduktiv ist. Des Weiteren konnten die Hypothesen, dass ein größerer positiver Effekt der Überwachungsinstrumente auf die Amtsdauer bei Koalitionen nach vorgezogenen Neuwahlen, im Vergleich zu fliegenden Regierungswechseln, bestehe, teilweise bestätigt werden. Eine ebenso partielle Bejahung einer Lebensverlängerung zeigte sich bei Minderheitskoalitionen, im Unterschied zu Regierungskonstellationen mit Mehrheitsstatus.

Die Resultate geben somit Hinweis darauf, dass eine umfangreiche gegenseitige Kontrolle nicht immer zu beständigen Regierungen führen muss. Während der gezielte Einsatz von Kontrollinstrumentarien den Risikofaktor eines schnellen Regierungsendes senken kann, schützt ein übermäßiger Gebrauch nicht vor externen (wie auch internen) „shocks“ und stärkt allenfalls das intrakoalitionäre Misstrauen.

Für zukünftige Studien wäre es denkbar, das Sample auch auf Staaten außerhalb Europas auszuweiten, um durch die größere Fallzahl eine bessere Verifizierbarkeit der Ergebnisse zu erzielen. Acht zu geben ist hier sicherlich auf die Stichprobenwahl, da bereits die parlamentarische Tradition innerhalb Europas teils beachtliche Unterschiede aufweist. Forschungsfrage(n) und Hypothesen müssten für solch eine Analyse dementsprechend angepasst und formuliert werden. So eine Erweiterung könnte es aber ermöglichen, verschiedene Ländergruppen zu definieren und unterschiedliche oder konvergierende Muster zu identifizieren. Erste Anhaltspunkte dafür könnte die Parteisystemeinteilung nach Laver/Benoit (2012) bieten. Ebenso wäre eine Analyse auf Basis einer Unterteilung nach ökonomischen Aspekten vorstellbar (vgl. z. B.: Alesina et al. 1996).

Der bereits im Methodenteil angesprochene Copula-Approach von Chiba et al. (2015) könnte eine weitere Möglichkeit sein, die Forschung im Bereich Regierungsdauer und

Kontrollmechanismen zu erweitern. In diesem Anwendungsmodell wird Parteien unterstellt, schon vor einem potentiellen Regierungseintritt, die Chancen einer langen Beständigkeit mit den verschiedenen möglichen Partnern durchzudenken. Kalkuliert man diese Überlegungen in die Analyse mit ein, verlieren zwar häufig einige Variablen ihre Signifikanz, diese Vorgehensweise wird aber von vielen als sachgemäß und praxisnah bezeichnet. In meiner Arbeit wurde diese methodische Vorgehensweise zwar abgelehnt, da „Ex-post“-Kontrollmechanismen zumeist erst nach Koalitionsbeginn in vollem Umfang feststehen, etwaige Schätzungen zu allen möglichen Koalitionsvarianten könnten aber erste veritable Anhaltspunkte liefern.

Ein dritter möglicher Denkanstoß wäre die Mithineinnahme von mehr bzw. allen Ministerienpaaren zur Analyse beschattender Portfolio-Verteilungen. Dafür ist jedoch gewiss ein großer Umfang an Recherche und Theoriebildung nötig, um entsprechende Annahmen zu formulieren. Die weltweite, große Anzahl an Nationalstaaten und Parlamentstraditionen macht eine derartige vergleichende Analyse keineswegs einfach. Außerdem stellt sich dabei die Frage, wie eine beschattende Besetzung in größeren Datenlagen definiert werden soll. Können immer nur genau zwei Ministerien als gegenseitig beschattend bezeichnet werden oder eventuell auch mehr? Ist es denkbar, dass möglicherweise ein einzelnes Ministerium auch beschattend gegenüber mehreren anderen gezählt werden kann? Dies sind Fragen, die dabei sicherlich geklärt werden müssten. Dabei werden gewiss auch die „portfolio weights“ (vgl. z. B. Druckman/Warwick 2005) eine maßgebende Rolle spielen.

Schließlich wäre als Inspiration zu nennen, die Staaten noch einmal genauer auf das Vorhandensein und die Parteizugehörigkeit von Staatssekretären zu untersuchen, da in vielen Ländern keine oder nur unzureichende Daten existieren. Die Präsenz solcher Ämter kann in einigen Fällen bisher nicht einmal verneint werden. Basisvariablen aus dem „office“- oder „policy“-orientierten Spektrum scheinen dagegen bereits hinlänglich erforscht. Eine zusätzliche qualitative Untersuchung, zu all den genannten Punkten, wäre ebenso denkbar.

Letztlich war es das Ziel dieser Arbeit, eine solide Basis für kommende Studien zu bieten, dabei aber gleichsam einen Anstoß für die Behandlung weiterer entstandener Lücken zu geben. Die vielfältigen weiteren aufgekommenen Gedanken zeigen, dass die Forschung zu den Themen Regierungsdauer und Kontrollmechanismen noch lange nicht abgeschlossen ist.

7 Literaturverzeichnis

Alesina, Alberto / Ozler, Sule / Roubini, Nouriel / Swagel, Philip (1996): Political Instability and Economic Growth. *Journal of Economic Growth* 1 (2), S. 189-213.

Andeweg, Rudy B. / Timmermans, Arco (2008): Conflict Management in Coalition Government. in: Strøm, Kaare / Müller, Wolfgang C. / Bergman, Torbjörn (Hg.): *Cabinets and Coalition Bargaining: The Democratic Life Cycle in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press, S. 269-300.

Axelrod, Robert M. (1970): *Conflict of Interest: A Theory of Divergent Goals with Applications to Politics*. Berkeley: University of California Press.

Bäck, Hanna / Debus, Marc / Dumont, Patrick (2011): Who gets what in Coalition Governments? Predictors of Portfolio Allocation in Parliamentary Democracies. *European Journal of Political Research* 50 (4), S. 441-478.

Bäck, Hanna / Meier, Henk E. / Persson, Thomas (2009): Party Size and Portfolio Payoffs: The Proportional Allocation of Ministerial Posts in Coalition Governments. *Journal of Legislative Studies* 15 (1), S. 10-34.

Baron, David P. / Diermeier, Daniel (2001): Elections, Governments, and Parliaments in Proportional Representation Systems. *The Quarterly Journal of Economics* 116 (3), S. 933-967.

Baron, David P. / Ferejohn, John (1989): Bargaining in Legislatures. *American Political Science Review* 83 (4), S. 1181-1206.

Bergman, Torbjörn (1993): Constitutional Design and Government Formation: The Expected Consequences of Negative Parliamentarism. *Scandinavian Political Studies* 16 (4), S. 285-304.

Bergman, Torbjörn / Ilonszki, Gabriella / Müller, Wolfgang C. (2019): *Coalition Governance in Central Eastern Europe*. Oxford: Oxford University Press.

Berlinski, Samuel / Dewan, Torun / Dowding, Keith (2007): The Length of Ministerial Tenure in the United Kingdom, 1945-97. *British Journal of Political Science* 37 (2), S. 245-262.

Blondel, Jean (1968): Party Systems and Patterns of Government in Western Democracies. *Canadian Journal of Political Science* 1 (2), S. 180-203.

Bowler, Shaun / Bräuninger, Thomas / Debus, Marc / Indridason, Indridi H. (2016): Let's just agree to disagree: Dispute Resolution Mechanisms in Coalition Agreements. *The Journal of Politics* 78 (4). DOI: 10.1086/686805.

Browne, Eric C. / Feste, Karen A. (1975): Qualitative Dimensions of Coalition Payoffs. Evidence from European Party Governments, 1945-1970. *American Behavioral Scientist* 18 (4), S. 530-556.

Browne, Eric C. / Frensdreis, John P. (1980): Allocating Coalition Payoffs by Conventional Norm: An Assessment of the Evidence from Cabinet Coalition Situations. *American Journal of Political Science* 24 (4), S. 753-768.

Browne, Eric C. / Frensdreis, John P. / Gleiber, Dennis W. (1984a): An "Events" Approach to the Problem of Cabinet Stability. *Comparative Political Studies* 17 (1), S. 167-197.

Browne, Eric C. / Frensdreis, John P. / Gleiber, Dennis W. (1986): The Process of Cabinet Dissolution: An Exponential Model of Duration and Stability in Western Democracies. *American Journal of Political Science* 30 (3), S. 628-650.

Browne, Eric C. / Gleiber, Dennis W. / Mashoba, Carolyn S. (1984b): Evaluating Conflict of Interest Theory: Western European Cabinet Coalitions, 1945-80. *British Journal of Political Science* 14 (1); S. 1-32.

Budge, Ian / Keman, Hans (1990): *Parties and Democracy. Coalition Formation and Government Functioning in Twenty States*. Oxford: Oxford University Press.

Carmignani, Fabrizio (2002): New Evidence on the Politics and Economics of Multiparty Cabinets Duration. *Scottish Journal of Political Economy* 49 (3), S. 249-279.

Carroll, Royce / Cox, Gary W. (2007): The Logic of Gamson's Law: Pre-Election Coalitions and Portfolio Allocations. *American Journal of Political Science* 51 (2), S. 300-313.

Carroll, Royce / Cox, Gary W. (2012): Shadowing Ministers: Monitoring Partners in Coalition Governments. *Comparative Political Studies* 45 (2), S. 220-236.

Cheibub, José A. / Przeworski, Adam / Saiegh, Sebastian M. (2004): Government Coalitions and Legislative Success under Presidentialism and Parliamentarism. *British Journal of Political Science* 34 (4), S. 565-587.

Chiba, Daina / Martin, Lanny W. / Stevenson, Randolph T. (2015): A Copula Approach to the Problem of Selection Bias in Models of Government Survival. *Political Analysis* 23 (1), S. 42-58.

Cleves, Mario / Gould, William / Gutierrez, Roberto. G / Marchenko, Yulia (2010): An Introduction to Survival Analysis using Stata. Third Edition. College Station, Texas: Stata Press.

Cox, David R. (1972): Regression Models and Life-Tables. *Journal of the Royal Statistical Society. Series B (Methodological)* 34 (2), S. 187-220.

Cox, David R. (1975): Partial Likelihood. *Biometrika* 62 (2), S. 269-276.

De Winter, Lieven / Dumont, Patrick (2008): Uncertainty and Complexity in Cabinet Formation. in: Strøm, Kaare / Müller, Wolfgang C. / Bergman, Torbjörn (Hg.): *Cabinets and Coalition Bargaining: The Democratic Life Cycle in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press, S. 123-158.

De Swaan, Abram (1973): *Coalition Theories and Cabinet Formations: A Study of Formal Theories of Coalition Formation applied to Nine European Parliaments after 1918*. Amsterdam: Elsevier Scientific Publishing Co.

Diermeier, Daniel (2006): Coalition Government. in: Weingast, Barry R. / Wittman, Donald A. (Hg.): *The Oxford Handbook of Political Economy*. Oxford: Oxford University Press, S. 162-179.

Diermeier, Daniel / Eraslan, Hülya / Merlo, Antonio (2003): A Structural Model of Government Formation. *Econometrica* 71 (1), S. 27-70.

Diermeier, Daniel / Stevenson, Randolph T. (1999): Cabinet Survival and Competing Risks. *American Political Science Review* 43 (4), S. 1051-1068.

Diermeier, Daniel / Stevenson, Randolph T. (2000): Cabinet Terminations and Critical Events. *American Political Science Review* 94 (3), S. 627-640.

Diermeier, Daniel / Van Roozendaal, Peter (1998): The Duration of Cabinet Formation Processes in Western Multi-Party Democracies. *British Journal of Political Science* 28 (4), S. 609-626.

Dodd, Lawrence C. (1984): The Study of Cabinet Durability. Introduction and Commentary. *Comparative Political Studies* 17 (2), S. 155-161.

Döring, Holger / Hellström, Johan (2013): Who gets into Government? Coalition Formation in European Democracies. *West European Politics* 36 (4), S. 683-703.

Döring, Holger / Manow, Philip (2020): ParlGov 2020 Release. <https://doi.org/10.7910/DVN/Q6CVHX>, Harvard Dataverse, V1, UNF:6:mUoYp2KfQii0z+5dE-Zum1w== [fileUNF], 10.12.2020.

Dogan, Mattei (1989): Pathways to Power. Selecting Rulers in Pluralistic Democracies. Boulder Colorado: Westview Press.

Druckman, James N. / Warwick, Paul V. (2005): The Missing Piece: Measuring Portfolio Salience in Western European Parliamentary Democracies. *European Journal of Political Research* 44 (1), S. 17-42.

Dumont, Patrick (1998): Keys for the Analysis of the Relation between Parties' Programmatic Preferences and Portfolio Allocation in Government Formation. Paper presented at the Joint Sessions of Workshops of the European Consortium for Political Research, Warwick, UK, 23-28 March.

Ecker, Alejandro / Meyer, Thomas M. (2017): Coalition Bargaining Duration in Multiparty Democracies. *British Journal of Political Science* 50 (1), S. 261-280.

Ecker, Alejandro / Meyer, Thomas M. / Müller, Wolfgang C. (2015): The Distribution of Individual Cabinet Positions in Coalition Governments: A Sequential Approach. *European Journal of Political Research* 54 (4), S. 802-818.

Ecker, Alejandro / Meyer, Thomas M. / Müller, Wolfgang C. (forthcoming a): Coalition Governance and Government Survival. Manuscript.

Ecker, Alejandro / Meyer, Thomas M. / Müller, Wolfgang C. (forthcoming b): The Architecture of Coalition Governance. in: Bergman, Torbjörn / Dumont, Patrick / Grofman, Bernard / Louwse, Tom (Hg.): New Developments in Coalition Cabinet Research. Heidelberg and New York: Springer [Studies in Public Choice].

Falco-Gimeno, Albert (2012): The Use of Control Mechanisms in Coalition Governments: The Role of Preference Tangentiality and Repeated Interactions. *Party Politics* 20 (3), S. 341-356.

Farrell, Brian (1994): The Political Role of Cabinet Ministers in Ireland. in: Laver, Michael J. / Shepsle, Kenneth A. (Hg.): *Cabinet Ministers and Parliamentary Government*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 73-87.

Fernandes, Jorge M. / Meinfelder, Florian / Moury, Catherine (2016): Wary Partners: Strategic Portfolio Allocation and Coalition Governance in Parliamentary Democracies. *Comparative Political Studies* 49 (9), S. 1270-1300.

Filzmaier, Peter / Plasser, Fritz (1997): *Die Amerikanische Demokratie*. Wien: Manz.

Gamson, William (1961): A Theory of Coalition Formation. *American Sociological Review* 26 (1), S. 373-382.

Greene, William H. (2012): *Econometric Analysis*. Seventh Edition. Edinburgh Gate and Essex: Pearson.

Greene, Zachary / Jensen, Christian B. (2014): Manifestos, Salience and Junior Ministerial Appointments. *Party Politics* 22 (3), S. 382-392.

Harmel, Robert / Robertson, John D. (1986): Government Stability and Regime Support. A Cross-National Analysis. *The Journal of Politics* 48 (4), S. 1029-1040.

Huber, John D. / Martinez-Gallardo, Cecilia (2008): Replacing Cabinet Ministers: Patterns of Ministerial Stability in Parliamentary Democracies. *American Political Science Review* 102 (2), S. 169-180.

Indridason, Indridi H. / Kristinsson, Gunnar H. (2013): Making Words count: Coalition Agreements and Cabinet Management. *European Journal of Political Research* 52 (6), S. 822-846.

Jäckle, Sebastian (2009): Determinanten der Regierungsbeständigkeit – Eine Event-History-Analyse von 40 Parlamentarischen Demokratien. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 3 (1), S. 6-32.

Jäckle, Sebastian (2010): Determinanten der Regierungsbeständigkeit in Parlamentarischen Systemen. Dissertation. Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg.

Kim, Dong-Hun / Loewenberg, Gerhard (2005): The Role of Parliamentary Committees in Coalition Governments. Keeping Tabs on Coalition Partners in the German Bundestag. *Comparative Political Studies* 38 (9), S. 1104-1129.

King, Gary / Alt, James E. / Burns, Nancy E. / Laver, Michael J. (1990): A Unified Model of Cabinet Dissolution in Parliamentary Democracies. *American Journal of Political Science* 34 (3), S. 846-871.

Krauss, Svenja (2018): Stability through Control? The Influence of Coalition Agreements on the Stability of Coalition Cabinets. *West European Politics* 41 (6), S. 1282-1304.

Krauss, Svenja / Klüver, Heike (2016): Cabinet Formation and Coalition Governance: Understanding the Link between Ministerial Portfolio Allocation and Coalition Agreements. Paper presented at the 2016 EPSA Conference. Brussels, Belgium.

Krauss, Svenja / Thürk, Maria (2021): Stability of Minority Governments and the Role of Support Agreements. *Western European Politics*. DOI: 10.1080/01402382.2021.1890455.

Laver, Michael J. / Hunt, W. Ben (1992): *Policy and Party Competition*. New York: Routledge.

Laver, Michael J. / Shepsle, Kenneth A. (1990): Coalitions and Cabinet Government. *American Political Science Review* 84 (3), S. 873-890.

Laver, Michael J. / Shepsle, Kenneth A. (1994): *Cabinet Ministers and Parliamentary Government*. Cambridge: Cambridge University Press.

Laver, Michael J. / Shepsle, Kenneth A. (1996): *Making and Breaking Governments. Cabinets and Legislatures in Parliamentary Democracies*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.

Laver, Michael J. / Shepsle, Kenneth A. (1998): Events, Equilibria, and Government Survival. *American Journal of Political Science* 42 (1), S. 28-54.

Laver, Michael J. / Schofield, Norman (1990/1998): *Multiparty Government: The Politics of Coalition in Europe*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.

Lijphart, Arend (1984): A Note on the Meaning of Cabinet Durability. *Comparative Political Studies* 17 (2), S. 163-166.

Lipsmeyer, Christine S. / Pierce, Heather N. (2011): The Eyes that bind: Junior Ministers as Oversight Mechanisms in Coalition Governments. *The Journal of Politics* 73 (4), S. 1152-1164.

Lupia, Arthur / Strøm, Kaare (1995): Coalition Termination and the Strategic Timing of Parliamentary Elections. *American Political Science Review* 89 (3), S. 648-665.

Manow, Philip / Zorn, Hendrik (2004): Office versus Policy Motives in Portfolio Allocation. The Case of Junior Ministers. MPIfG Discussion Paper 04/9. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln. https://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp04-9.pdf, 30.01.2021.

Martin, Lanny W. (2004): The Government Agenda in Parliamentary Democracies. *American Journal of Political Science* 48 (3), S. 445-461.

Martin, Lanny W. / Stevenson, Randolph T. (2001): Government Formation in Parliamentary Democracies. *American Journal of Political Science* 45 (1), S. 33-50.

Martin, Lanny W. / Vanberg, Georg (2003): Wasting Time? The Impact of Ideology and Size on Delay in Coalition Formation. *British Journal of Political Science* 33 (2), S. 323-332.

Martin, Lanny W. / Vanberg, Georg (2004): Policing the Bargain: Coalition Government and Parliamentary Scrutiny. *American Journal of Political Science* 48 (1), S. 13-27.

Martin, Lanny W. / Vanberg, Georg (2005): Coalition Policymaking and Legislative Review. *American Political Science Review* 99 (1), S. 93-106.

Martin, Lanny W. / Vanberg, Georg (2011): *Parliaments and Coalitions. The Role of Legislative Institutions in Multiparty Governance*. Oxford: Oxford University Press.

McCubbins, Mathew D. / Schwartz, Thomas (1984): Congressional Oversight overlooked: Police Patrols versus Fire Alarms. *American Journal of Political Science* 28 (1), S. 165-179.

McDonnell, Duncan / Valbruzzi, Marco (2014): Defining and Classifying Technocrat-Led and Technocratic Governments. *European Journal of Political Research* 53 (4), S. 654-671.

Mershon, Carol (1996): The Costs of Coalition: Coalition Theories and Italian Governments. *American Political Science Review* 90 (3), S. 534-554.

Mershon, Carol (2001): Party Factions and Coalition Government: Portfolio Allocation in Italian Christian Democracy. *Electoral Studies* 20 (4), S. 555-580.

Mershon, Carol (2002): *The Costs of Coalition*. Stanford: Stanford University Press.

Morelli, Massimo (1999): Demand Competition and Policy Compromise in Legislative Bargaining. *American Political Science Review* 93 (4), S. 809-820.

Moury, Catherine (2011): Coalition Agreement and Party Mandate: How Coalition Agreements constrain the Ministers. *Party Politics* 17 (3), S. 385-404.

Müller, Wolfgang C. (2004): Koalitionstheorien. in: Helms, Ludgar / Jun, Uwe: *Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die Politikwissenschaftliche Institutionenforschung*. Frankfurt / New York: Campus Verlag, S. 267-301.

Müller, Wolfgang C. / Bergman, Torbjörn / Ilonszki, Gabriella (2019): Extending the Coalition Life-Cycle Approach to Central Eastern Europe – An Introduction. in: Bergman, Torbjörn / Ilonszki, Gabriella / Müller, Wolfgang C. (Hg.): *Coalition Governance in Central Eastern Europe*. Oxford: Oxford University Press, S. 1-59.

Müller, Wolfgang C. / Meyer, Thomas M. (2010a): Meeting the Challenges of Representation and Accountability in Multi-Party Governments. *West European Politics* 33 (5), S. 1065-1092.

Müller, Wolfgang C. / Meyer, Thomas M. (2010b): Mutual Veto? How Coalitions work. in: König, Thomas / Tsebelis, George / Debus, Marc (Hg.): *Reform Processes and Policy Change: Veto Players and Decision-Making in Modern Democracies*. New York: Springer, S. 99-124.

Müller, Wolfgang C. / Strøm, Kaare (2000a): Coalition Governance in Western Europe. Oxford: Oxford University Press.

Müller, Wolfgang C. / Strøm, Kaare (2000b): Coalition Governance in Western Europe. An Introduction. in: Müller, Wolfgang C. / Strøm, Kaare (Hg.): Coalition Governance in Western Europe. Oxford: Oxford University Press, S. 1-31.

Müller, Wolfgang C. / Strøm, Kaare (2000c): Conclusion. Coalition Governance in Western Europe. in: Müller, Wolfgang C. / Strøm, Kaare (Hg.): Coalition Governance in Western Europe. Oxford: Oxford University Press, S. 559-592.

Müller, Wolfgang C. / Strøm, Kaare (2008): Coalition Agreements and Cabinet Governance. in: Strøm, Kaare / Müller, Wolfgang C. / Bergman, Torbjörn (Hg.): Cabinets and Coalition Bargaining: The Democratic Life Cycle in Western Europe. Oxford: Oxford University Press, S. 159-199.

Nousiainen, Jaakko (2000): Finland. The Consolidation of Parliamentary Governance. in: Müller, Wolfgang C. / Strøm, Kaare (Hg.): Coalition Governance in Western Europe. Oxford: Oxford University Press, S. 264-299.

Peleg, Bazalel (1981): Coalition Formation in Simple Games with Dominant Players. International Journal of Game Theory 10 (1), S. 11-33.

Riker, William H. (1962): The Theory of Political Coalitions. New Haven: Yale University Press.

Saalfeld, Thomas (2000): Germany. Stable Parties, Chancellor Democracy, and the Art of Informal Settlement. in: Müller, Wolfgang C. / Strøm, Kaare (Hg.): Coalition Governance in Western Europe. Oxford: Oxford University Press, S. 32-85.

Saalfeld, Thomas (2008): Institutions, Chance and Choices: The Dynamics of Cabinet Survival in the Parliamentary Democracies of Western Europe (1945-99). in: Strøm, Kaare / Müller, Wolfgang C. / Bergman, Torbjörn (Hg.): Cabinets and Coalition Bargaining: The Democratic Life Cycle in Western Europe. Oxford: Oxford University Press, S. 327-368.

Sanders, David / Herman, Valentin (1977): The Stability and Survival of Governments in Western Democracies. Acta Politica 12 (3), S. 346-377.

Schermann, Katrin / Ennser-Jedenastik, Laurenz (2014): Coalition Policy-Making under Constraints: Examining the Role of Preferences and Institutions. *West European Politics* 37 (3), S. 564-583.

Siegfried, André (1956): Stable Instability in France. *Foreign Affairs* 34 (3), S. 394-404.

Spence, Michael (1974): Competitive and Optimal Responses to Signals: An Analysis of Efficiency and Distribution. *Journal of Economic Theory* 7 (3), S. 296-332.

Strøm, Kaare (1985): Party Goals and Government Performance in Parliamentary Democracies. *American Political Science Review* 79 (3), S. 738-754.

Strøm, Kaare (1990): A Behavioral Theory of Competitive Political Parties. *American Journal of Political Science* 34 (2), S. 565-598.

Strøm, Kaare / Browne, Eric C. / Frensdreis, John P. / Gleiber, Dennis W. (1988): Contending Models of Cabinet Stability. *American Political Science Review* 82 (3), S. 923-941.

Strøm, Kaare / Budge, Ian / Laver, Michael J. (1994): Constraints on Cabinet Formation in Parliamentary Democracies. *American Journal of Political Science* 38 (2), S. 303-335.

Strøm, Kaare / Müller, Wolfgang C. (1999): The Keys to Togetherness: Coalition Agreements in Parliamentary Democracies. *Journal of Legislative Studies* 5 (3-4), S. 255-282.

Strøm, Kaare / Müller, Wolfgang C. / Bergman, Torbjörn (2006): The (Moral) Hazards of Parliamentary Democracy. in: Braun, Dietmar / Gilardi, Fabrizio (Hg.): *Delegation in Contemporary Democracies*. London: Routledge, S. 27-51.

Strøm, Kaare / Müller, Wolfgang C. / Bergman, Torbjörn (2008): *Cabinets and Coalition Bargaining: The Democratic Life Cycle in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press.

Strøm, Kaare / Müller, Wolfgang C. / Smith, Daniel M. (2010): Parliamentary Control of Coalition Governments. *Annual Review of Political Science* 13 (1), S. 517-535.

Strøm, Kaare / Swindle, Stephen M. (2002): Strategic Parliamentary Dissolution. *American Political Science Review* 96 (3), S. 575-591.

Tavits, Margit (2008): The Role of Parties' Past Behavior in Coalition Formation. *American Political Science Review* 102 (4), S. 495-507.

Taylor, Michael / Herman, Valentin (1971): Party Systems and Government Stability. *American Political Science Review* 65 (1), S. 28-37.

Thies, Michael F. (2001): Keeping Tabs on Partners: The Logic of Delegation in Coalition Governments. *American Journal of Political Science* 45 (3), S. 580-598.

Thomson, Robert / Royed, Terry / Naurin, Ellen / Artés, Joaquin / Costello, Rory / Enns-Jedenastik, Laurenz / Ferguson, Mark / Kostadinova, Petia / Moury, Catherine / Pétry, Francois / Praprotnik, Katrin (2017): The Fulfillment of Parties' Electoral Pledges: A Comparative Study on the Impact of Power Sharing. *American Journal of Political Science* 61 (3), S. 527-542.

Timmermans, Arco (1994): Cabinet Ministers and Policy-Making in Belgium: The Impact of Coalition Constraints. in: Laver, Michael J. / Shepsle, Kenneth A. (Hg.): *Cabinet Ministers and Parliamentary Government*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 106-124.

Timmermans, Arco / Moury, Catherine (2006): Coalition Governance in Belgium and The Netherlands: Rising Government Stability against All Electoral Odds. *Acta Politica* 41 (4), S. 163-179.

Tsebelis, George (1995): Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism, and Multipartyism. *British Journal of Political Science* 25 (3), S. 289-325.

Van Deemen, Adrian M. A. (1989): Dominant Players and Minimum Size Coalitions. *European Journal of Political Research* 17 (3), S. 313-332.

Verzichelli, Luca (2008): Portfolio Allocation. in: Strøm, Kaare / Müller, Wolfgang C. / Bergman, Torbjörn (Hg.): *Cabinets and Coalition Bargaining: The Democratic Life Cycle in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press, S. 237-267.

Von Beyme, Klaus (1971): Party Systems and Cabinet Stability in European Parliamentary Systems. in: Commager, Henry S. (Hg.): *Festschrift für Karl Löwenstein*. Aus Anlass seines achtzigsten Geburtstages. Tübingen: Mohr Siebeck Verlag, S. 51-70.

Von Neumann, John / Morgenstern, Oskar (1953): Theory of Games and Economic Behavior. Princeton: Princeton University Press.

Warwick, Paul V. (1979): The Durability of Coalition Governments in Parliamentary Democracies. *Comparative Political Studies* 11 (4), S. 465-498.

Warwick, Paul V. (1994): Government Survival in Parliamentary Democracies. Cambridge: Cambridge University Press.

Warwick, Paul V. / Druckman, James N. (2006): The Portfolio Allocation Paradox: An Investigation into the Nature of a very strong but puzzling Relationship. *European Journal of Political Research* 45 (4), S. 635-665.

Warwick, Paul V. / Easton, Stephen T. (1992): The Cabinet Stability Controversy: New Perspectives on a Classic Problem. *American Journal of Political Science* 36 (1), S. 122-146.

Ziegler, Andreas / Lange, Stefan / Bender, Ralf (2007): Überlebenszeitanalyse: Die Cox-Regression – Artikel Nr. 17 der Statistik-Serie in der DMW – Survival Analysis: Cox Regression. *Deutsche Medizinische Wochenschau* 132, S. 42-44.

Anhang I: Inkludierte Koalitionsregierungen

Staaten	Zeitraum	Anzahl Koalitionen („Watchdogs“)	Anzahl Koalitionen (Ministerienverteilung)
Belgien	1946-1999	14	28
Bulgarien	1990-2014	2	7
Dänemark	1950-2001	-	17
Deutschland	1949-2002	12	22
Estland	1992-2015	-	14
Finnland	1945-1999	-	33
Frankreich	1959-2002	17	17
Griechenland	1989-1990	-	2
Irland	1948-2002	10	10
Island	1944-2003	-	22
Italien	1945-1999	36	36
Lettland	1993-2014	9	21
Litauen	1996-2014	1	10
Luxemburg	1945-1999	-	16
Niederlande	1945-2002	21	23
Norwegen	1963-2000	3	8
Österreich	1945-2000	15	17
Polen	1991-2014	4	13
Portugal	1978-1985	-	6
Rumänien	1991-2014	13	19
Schweden	1951-1994	-	7
Slowakei	1992-2011	6	10
Slowenien	1990-2014	-	17
Tschechien	1992-2017	-	12
Ungarn	1990-2018	10	11
Anzahl Staaten: 25	1944-2018	173	398

Anhang II: Datenquellen

Staaten	Zeitraum	„Watchdogs“	Ministerienverteilung
Belgien	1946-1999	CRISP (siehe unten)	Müller/Strøm 2000a
Bulgarien	1990-2014	Bergman et al. 2019	Bergman et al. 2019
Dänemark	1950-2001	-	Müller/Strøm 2000a
Deutschland	1949-2002	Deutscher Bundestag (siehe unten)	Müller/Strøm 2000a
Estland	1992-2015	-	Bergman et al. 2019
Finnland	1945-1999	-	Müller/Strøm 2000a
Frankreich	1959-2002	Assemblée nationale (siehe unten)	Müller/Strøm 2000a
Griechenland	1989-1990	-	Müller/Strøm 2000a
Irland	1948-2002	Department of the Taoi- seach (siehe unten)	Müller/Strøm 2000a
Island	1944-2003	-	Müller/Strøm 2000a
Italien	1945-1999	Senato della Repub- blica (siehe unten)	Müller/Strøm 2000a
Lettland	1993-2014	Ministru kabinets (siehe unten)	Bergman et al. 2019
Litauen	1996-2014	Bergman et al. 2019	Bergman et al. 2019
Luxemburg	1945-1999	-	Müller/Strøm 2000a
Niederlande	1945-2002	Rijksoverheid (siehe unten)	Müller/Strøm 2000a
Norwegen	1963-2000	Regjeringen.no (siehe unten)	Müller/Strøm 2000a
Österreich	1945-2000	Bundeskanzleramt (siehe unten)	Müller/Strøm 2000a
Polen	1991-2014	Bergman et al. 2019	Bergman et al. 2019
Portugal	1978-1985	-	Müller/Strøm 2000a
Rumänien	1991-2014	Guvernul Romaniei (siehe unten)	Bergman et al. 2019
Schweden	1951-1994	-	Müller/Strøm 2000a
Slowakei	1992-2011	Bergman et al. 2019	Bergman et al. 2019
Slowenien	1990-2014	-	Bergman et al. 2019
Tschechien	1992-2017	-	Bergman et al. 2019
Ungarn	1990-2018	Bergman et al. 2019	Bergman et al. 2019

Belgien:

CRISP. Centre de recherche et d'information socio-politiques: Gouvernements nationaux et fédéraux depuis 1944. <http://www.crisp.be/documents-politiques/gouvernements/gouvernements-nationaux-federaux/>, 9.3.2021.

Deutschland:

Deutscher Bundestag: Druckausgaben der Datenhandbücher zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 2003. https://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/datenhandbuch_archiv, 9.3.2021.

Frankreich:

Assemblée nationale: Tous les gouvernements depuis 1958. https://www2.assemblee-nationale.fr/decouvrir-l-assemblee/histoire/la-ve-republique/tous-les-gouvernements-depuis-1958#node_8702, 9.3.2021.

Irland:

Department of the Taoiseach: History of Government. <https://www.gov.ie/en/publication/6968e4-history-of-government/>, 9.3.2021.

Italien:

Senato della Repubblica: Il Governo. <http://www.senato.it/leg/18/BGT/Schede/Governi/0078M.htm>, 9.3.2021.

Lettland:

Ministru kabinets: Ministru kabineta vēsture. Latvijas valdību sastāvi (1990.gads – 2019.gads), deklarācijas un koalīcijas līgumi. <https://www.mk.gov.lv/lv/ministru-kabineta-vesture>, 9.3.2021.

Niederlande:

Rijksoverheid: Kabinetten sinds 1945. <https://www.rijksoverheid.nl/regering/over-de-regering/kabinetten-sinds-1945>, 9.3.2021.

Norwegen:

Regjeringen.no: Søk i regjeringer siden 1814. <https://www.regjeringen.no/no/om-regjeringa/tidligere-regjeringer-og-historie/sok-i-regjeringer-siden-1814/id2578015/>, 9.3.2021.

Österreich:

Bundeskanzleramt: Regierungen seit 1945. Zusammensetzung der Regierungen seit 1945. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/geschichte/regierungen-seit-1945.html>, 9.3.2021.

Rumänien:

Guvernul Romaniei: Les Premiers Ministres de l'histoire. <https://gov.ro/fr/les-premiers-ministres-de%20l-histoire>, 9.3.2021.

Anhang III: Zusammenfassung der erklärenden Variablen

Erklärende Variablen	Xmin	Xmax	Mittelwert	Median	Standard- abweichung	% der Fälle
Medianpartei	0	1				81,66
Status quo	0	1				69,10
Ideologische Reichweite	0,038	7,5	2,516	2,536	1,326	
Sitzanteil im Parlament	0,222	1	0,584	0,557	0,132	
Anzahl Regierungsparteien	2	7	3,106	3	1,090	
Minderheitskoalition	0	1				23,12
Minimale Gewinnkoalition	0	1				44,97
Investiturabstimmung	0	1				61,06
Übrige Wahlperiodenzeit	0	1.605	470,264	391	449,204	
Übrige Wahlperiodenzeit (geloggt)	0	7,381	4,613	5,969	2,706	
Osteuropa	0	1				33,67
"Watchdog"-Staatssekretäre	0	1				43,47
Anzahl "Watchdog"-Staatssekretäre	1	50	10,981	7	11,986	
Anzahl aller Staatssekretäre	1	69	19,126	13	16,816	
Anzahl Ministerien	8	26	16,058	15	3,512	
Beschattende Ministerienverteilung	0	1				92,46
Anzahl beschatteter Ministerienpaare	0	3	1,972	2	0,956	
Finanzen/Wirtschaft beschattet	0	1				71,11
Inneres/Justiz beschattet	0	1				66,58
Äußeres/Verteidigung beschattet	0	1				60,30
N (Koalitionsregierungen)			398			

Anmerkung: Diese Tabelle zeigt das Minimum, das Maximum, den Mittelwert, den Median und die Standardabweichung der relevanten erklärenden Variablen dieser Studie. Für Dummy-Variablen wurde zur sinnvolleren Beschreibung, anstelle der drei letztgenannten Maße, der prozentuelle Anteil an den gesamten Fällen angeführt.

Anhang IV: Abstract (deutsch)

Koalitionsregierungen sind vom Faktum getragen, dass verschiedene Interessen im Willensbildungsprozess aggregiert werden müssen. Um inter-parteiliche Konflikte zu vermeiden, setzen viele dieser Kabinette auf Kontrollmechanismen. Zwei dieser bis dato noch weniger erforschten Mechanismen sind „Watchdog“-Staatssekretäre und beschattende Ministerienverteilungen. Mittels Sekundärdaten aus Müller/Strøm (2000a), Bergman et al. (2019) und Döring/Manow (2020) zu 398 Koalitionen aus 25 europäischen parlamentarischen Demokratien sollte der Einfluss dieser sogenannten „Ex-post“-Kontrollinstrumente gemeinsamen Regierens auf die Amtsdauer identifiziert werden. Während deskriptive Analysen zum kombinierten Datensatz bereits erste Tendenzen lieferten, bestätigten und vertieften mehrere „Cox Proportional Hazards“-Modelle diese Resultate. Koalitionsregierungen mit einem mäßigen Einsatz dieser Überwachungsapparate scheinen, im Vergleich zu solchen mit übermäßigem Gebrauch, länger zu halten. Zudem zeigen die Ergebnisse bei Minderheitskoalitionen und Koalitionen nach vorgezogenen Neuwahlen, in Relation zu anderen Regierungsformen, eine zum Teil bessere Nutzenziehung bei Investierung in gegenseitige Kontrolle. Forschungsarbeiten in der Zukunft sind dazu angehalten, die Datenlage innerhalb, aber auch außerhalb, Europas auszudehnen und die Literatur um weitere Modelle und Methoden zu gleichgelagerten Forschungsfragen zu erweitern.

Anhang V: Abstract (englisch)

Coalition governments are driven by the fact that different interests have to be aggregated in the decision-making process. In order to avoid inter-party conflicts, many of these cabinets use mechanisms of mutual control. Two of these to date little explored mechanisms are “watchdog” junior ministers and shadowed portfolio distributions. Using original data from Müller/Strøm (2000a), Bergman et al. (2019) and Döring/Manow (2020) on 398 coalitions in 25 European parliamentary democracies, the influence of these so-called “ex post” control instruments of joint governance on office duration should be identified. While descriptive analyzes of the combined data set already delivered first tendencies, several “Cox Proportional Hazards” models confirmed and deepened these results. Coalition governments with moderate use of these surveillance devices appear to last longer compared to those with excessive use. In addition, the results for minority coalitions and coalitions after early elections show, in relation to other government types, a partially better benefit from investing in mutual control. Research work in the future is encouraged to enlarge the data situation within, but also outside of, Europe and to expand the literature by establishing further models and methods on similar research questions.

Anhang VI: Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich nun noch bei all denjenigen bedanken, die mich während der Erarbeitung dieser Masterarbeit unterstützten, motivierten und vor allem aushielten. Das Schreiben dieser Arbeit war, wie sicherlich für viele Studierende, eine aufwendigere und anspruchsvollere Aufgabe als man zu Beginn erwartet hätte und kostete wohl nicht nur mir einige Nerven.

Zuerst gebührt mein Dank Herrn Univ.-Prof. Dr. Wolfgang C. Müller, der meine Masterarbeit betreute und begutachtete. Aufgrund der Corona-Pandemie waren wir hauptsächlich über E-Mail-Verkehr im Austausch, dies beeinträchtigte aber in keiner Weise seine konstruktiven und schnellen Antworten. Besonders seine Verfügbarkeit zu jeder Tages- (und Nachtzeit) rechne ich ihm hoch an.

Auch bedanken möchte ich mich bei Herrn Markus Wagner, PhD und Herrn Thomas Meyer, PhD, die mich bei einigen statistischen Zwischenfragen unterstützten.

Ausgesprochener Dank gilt ebenso meinen Eltern, die mir durch ihre finanzielle und mentale Unterstützung das Studium erst ermöglichten. Sie verzichteten oft auf meine helfende Hand, um einen baldigen Abschluss zu garantieren. Danke dafür.

Weitere Danksagungen gehen hinaus an meine Freunde, meine Partnerin und meine anderen Familienmitglieder, die mich besonders in den Endzügen dieser Arbeit eher selten zu Gesicht bekamen.

Danke außerdem an Lisa Benerer für das Korrekturlesen.